

Landesamt
für Datenverarbeitung
und Statistik
Nordrhein-Westfalen



Statistische Rundschau

September 1986

für das Land
Nordrhein-
Westfalen

Kurznachrichten

■ **Der Preisindex für die Lebenshaltung** aller privaten Haushalte ist in Nordrhein-Westfalen von Mitte Juli bis Mitte August 1986 um 0,2 % von 120,2 auf 119,9 Punkte zurückgegangen (Basis 1980 = 100); damit wurde der Vorjahresstand um 0,7 % (August 1986/85) unterschritten. Die seit April d. J. mit negativem Vorzeichen versehene jährliche Preisveränderungsrate hatte im Juli ebenfalls bei -0,7 % gelegen. — Die Indexveränderung im August 1986/85 beträgt für 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen -0,7 % (119,9 Punkte), für 4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen -0,5 % (120,8 Punkte) und für 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern -0,1 % (120,4 Punkte).

■ Von den im Jahr 1985 in Nordrhein-Westfalen neu errichteten 70 480 Wohneinheiten werden 51 118 mit Gas beheizt, das sind 72,5 %. Damit bleibt das **Gas mit großem Abstand die bedeutendste Heizenergie im Wohnungs-Neubau** in Nordrhein-Westfalen. An zweiter Stelle folgt das Öl mit einem Anteil von 13,5 % (9 516 Wohneinheiten). An dritter Stelle der vorwiegend verwendeten Heizenergien rangiert der Strom mit 7,3 % (5 162 Wohneinheiten). Alle übrigen Heizenergien, wie Koks/Kohle, Wärmepumpen, Solarenergie, Holz, Torf usw., haben zusammen nur einen Anteil von 1,7 % (1 150 Wohneinheiten). 3 534 der 1985 neu errichteten Wohneinheiten (5,0 %) besitzen einen Anschluß an ein Fernwärmenetz.

■ Nach Umsatzeinbußen im 1. Vierteljahr 1986 (-0,3 %) und im 4. Vierteljahr 1985 (-0,5 %) konnte das **nordrhein-westfälische Handwerk** im 2. Vierteljahr 1986 — jeweils gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum — eine Umsatzsteigerung von nominal 2,5 % verzeichnen.

An dieser positiven Entwicklung ist die umsatzstärkste Handwerksgruppe, das Metallgewerbe, mit einem deutlichen Umsatzplus von 7,5 % beteiligt, gefolgt vom Glas-, Papier-, keramischen und sonstigen Gewerbe (+5,9 %). Umsatzsteigerungen gab es auch im Holzgewerbe (+2,8 %), das nach längerer Zeit ein Plus zu verzeichnen hatte, und in dem „Gewerbe für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemisches- und Reinigungsgewerbe“ mit +1,5 %. Die größten Umsatzeinbußen hatte das Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe (-1,8 %), gefolgt vom Nahrungsmittelgewerbe mit -1,6 %. Das Bau- und Ausbaugewerbe hatte nur einen Rückgang um 1,5 % zu verzeichnen; dies ist die geringste Umsatzeinbuße seit dem 1. Vierteljahr 1985.

■ **Die Beschäftigtenzahl in den industriellen Betrieben** Nordrhein-Westfalens mit 20 und mehr Mitarbeitern stieg im 1. Halbjahr 1986 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 1,1 % auf 1,955 Millionen; davon waren 1,367 Millionen Personen als Arbeiter und 0,588 Millionen als Angestellte eingesetzt. Die Beschäftigten-Zunahme ist vorwiegend auf die Entwicklung in der Investitionsgüterindustrie zurückzuführen (+2,9 %), während aus den übrigen Sektoren bestenfalls Stagnation gemeldet wird. Im Bergbau sank die Beschäftigtenzahl um 1,2 %, in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie um 0,2 % und im Nahrungs- und Genussmittelbereich um 1,0 %. Im Verbrauchsgütergewerbe bewegte sich die Zahl der tätigen Personen auf Vorjahresniveau.

■ In den Monaten Januar bis Juni 1986 erteilten die nordrhein-westfälischen Bauämter 13 136 **Baugenehmigungen zur Errichtung neuer Wohngebäude** mit zusammen 21 680 Wohnungen. Gegenüber dem ersten Halbjahr 1985 entspricht das einem Rückgang um 9,1 % bei den Gebäuden und um 21,3 % bei den Wohnungen. 9 658 Baugenehmigungen betrafen Einfamilienhäuser (-2,8 %), 2 565 Zweifamilienhäuser (-15,6 %) und 913 Mehrfamilienhäuser (einschl. Wohnheimen) mit zusammen 6 892 Wohnungen (-40,2 %). Die veranschlagten Baukosten (ohne Grundstücks- und Erschließungskosten) beliefen sich auf 3,909 Mrd. DM; sie lagen damit um 15,5 % unter dem entsprechenden Vorjahreswert.

Statistische Rundschau für das Land Nordrhein- Westfalen

38. Jahrgang
September 1986

ISSN 0177 – 6363

Erscheinungsfolge: monatlich.
Herausgeber: Landesamt für Datenverarbeitung und
Statistik Nordrhein-Westfalen.
Hauptschriftleiter: Dr. Walter Rauch, 4000 Düsseldorf 1.
Schriftleitung: Dipl.-oec. Udo Nockemann.
Jahresabonnement: 48,— DM,
Einzelheft: 5,— DM.
Bestellungen nehmen entgegen:
das Landesamt für Datenverarbeitung und
Statistik Nordrhein-Westfalen,
Postfach 1105, Mauerstraße 51, 4000 Düsseldorf 1,
Fernruf 4 49 71,
sowie der Buchhandel.
Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe gestattet.

LDS-Bestell-Nr. Z 01 1 8609

Inhalt

581 Erfolgswert der Wahlentscheidung bei allgemeinen Wahlen
in der Nachkriegszeit

592 Arbeitskräfte in der Landwirtschaft 1985

608 Der Außenhandel der Entwicklungsländer

618 Zahlungsschwierigkeiten 1982 bis 1985

Rundblick

628 Ausländer 1985

632 Die Fluktuation bei sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Tabellenteil

Zahlenspiegel

Zeichenerklärungen (nach DIN 55 301)

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle,
jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden (genau null)
- . Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- . . . Zahlenwert lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- () Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
- / keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl

Hinweis

Abweichungen in den Summen erklären sich aus dem Runden der Einzelwerte.

Zentrale Information und Beratung

Tel. (0211) 44 97 525

Erfolgswert der Wahlentscheidung bei allgemeinen Wahlen in der Nachkriegszeit

Allgemeine Wahlen: Instrumente politischer Willensbildung

In der Bundesrepublik Deutschland, die nach den Intentionen der Väter des Grundgesetzes als repräsentative Demokratie errichtet worden ist, kann der Bürger seinen politischen Willen bei allgemeinen Wahlen in der Regel nur auf indirekte Weise, d. h. durch die Wahl von „Repräsentanten“, zum Ausdruck bringen, die stellvertretend für ihn in den dafür bestimmten parlamentarischen Gremien die politischen Entscheidungen treffen. Die Möglichkeiten einer direkten Einflußnahme auf die Gesetzgebung etwa durch Volksbegehren oder Volksentscheid sind durch das Grundgesetz und die Verfassungen der Bundesländer bewußt – eingedenk der nachteiligen Erfahrungen mit der Weimarer Verfassung – eng begrenzt.

Der wahlberechtigte Bürger, der sich an einer politischen Wahl beteiligt, steht damit vor der Entscheidung, welchem programmatischen und personellen Angebot der zur Wahl zugelassenen – gewissermaßen als Vermittler zwischen Bürger und Staat auftretenden – Parteien, Wählergruppen oder einzelnen Bewerbern er den Vorzug gibt. Mit der Stimmabgabe ist die politische Einwirkungsmöglichkeit des Wahlbürgers im allgemeinen beendet. Eine weitergehende Einflußnahme auf das politische Geschehen setzt persönliches Engagement, z. B. bei der Vorauswahl der vielfältigen Programm- und Personalangebote, voraus, etwa durch die aktive Mitwirkung in Parteien, Interessenverbänden oder Bürgerinitiativen.

Umsetzung von Wählerstimmen in Parlamentssitze

Für manche Bürger, die zur Teilnahme an einer allgemeinen Wahl aufgerufen sind, stellt sich die Frage, ob die Abgabe ihrer Stimme überhaupt Erfolg verspricht, und zwar im Sinne der sicherlich gewollten Einflußnahme auf das politische Geschehen im jeweiligen Wahlgebiet, z. B. in der Gemeinde, im Land oder in der gesamten Bundesrepublik. Subjektive Zweifel am „Erfolgswert“ der Wahlbeteiligung können durch sehr unterschiedliche individuelle Beurteilungen bedingt sein: Sei es, daß der favorisierten Partei, der Wählergruppe oder dem Einzelbewerber keine realen Erfolgchancen eingeräumt werden oder daß man, wie z. B. bei der Wahl zum Europäischen Parlament, die z. Z. noch stark eingeschränkte Entscheidungskompetenz dieser Volksvertretung als Hindernis für die Umsetzung des politischen Willens betrachtet oder daß man sich durch die Sachprogramme der zur Wahl anstehenden Parteien, Gruppen oder sonstigen Wahlbewerber nicht oder nicht genügend politisch repräsentiert sieht. Daneben gibt es sicherlich auch solche Bürger, denen das politische Geschehen völlig gleichgültig ist. Die durch den wahlberechtigten Bürger letztlich individuell zu treffende Entscheidung, welchem Kandidaten oder welcher Partei er seine Stimme gibt oder ob er – aus welchen Gründen auch immer – auf die Teilnahme an einer Wahl ganz verzichtet, berührt die Grundfrage unseres parlamentarisch-demokratischen Systems: die Umsetzung von Wählerstimmen in Parlamentssitze. Daß dieser Entscheidungsprozeß zugleich auch ein sehr wichtiger Gegenstand der empirischen Sozialforschung ist, die das Wählerverhalten zu erklären versucht, sei hier nur am Rande erwähnt.

Stimmabgabe und Einflußnahme
auf das politische Geschehen

Grundlagen: Wahlrecht und Wahlsystem

Die Umsetzung von Wählerstimmen in Parlamentssitze vollzieht sich in den verschiedenen Ländern und Staaten nach unterschiedlichen Verfahren, die in dem jeweiligen, rechtlich fundierten Wahlsystem ihre Grundlage haben.

So wählen die Bürger unseres Landes bei Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen auf der Grundlage eines Verbindungssystems von Mehrheits- und Verhältniswahl, bestehend aus vorgeschalteter Mehrheitswahl in (Einer-)Wahlbezirken oder

Wahlkreisen und ausgleichender Verhältniswahl nach Reservelisten im jeweiligen gesamten Wahlgebiet (Gemeinde, Land oder Bundesgebiet). Man kann diese in der Nachkriegszeit gefundene Lösung auch als „personalisierte Verhältniswahl“ umschreiben, also als eine Mischung zwischen dem in der demokratischen deutschen Tradition stehenden Proporzwahlverfahren — das z. B. in der Verfassung der Weimarer Republik verankert war — und Elementen des z. B. in Großbritannien üblichen Mehrheitswahlsystems. Bei Europawahlen wird demgegenüber in sämtlichen Staaten der Europäischen Gemeinschaft das Prinzip der reinen Verhältniswahl nach (starren) Listen angewendet.

Bei der Entscheidung für ein bestimmtes Wahlverfahren spielen verschiedene Überlegungen eine Rolle, die gegeneinander abgewogen werden müssen. So z. B. die Frage, ob die politische Vielfalt der Parteienlandschaft bei der Stimmabgabe der wahlberechtigten Bevölkerung sich möglichst exakt in der Verteilung der Parlamentssitze widerspiegeln soll (Proporzgedanke), ob zwischen Wählern und Gewählten eine möglichst enge Verbindung im Sinne der zu treffenden Kandidatenauswahl bestehen soll (Direktwahlsystem), oder ob Mischformen wie in der Bundesrepublik Deutschland (Direktwahl und Listenwahl) bevorzugt werden.

„Fünf-Prozent-Klausel“

Eine wichtige Voraussetzung für die Beurteilung von Wahlergebnissen und Sitzverteilungen in den Parlamenten ist auch die Kenntnis spezieller wahlrechtlicher Regelungen: So ist z. B. die Herausbildung des Parteienspektrums in den Parlamenten der Bundesrepublik Deutschland nur vor dem Hintergrund der in die Wahlgesetze aufgenommenen sogenannten „Fünf-Prozent-Klausel“ zu verstehen, die eine Zersplitterung des repräsentativen demokratischen Systems in eine Vielzahl kleinerer Parteien und Wählergruppierungen verhindern soll; dies war bekanntlich zu einem Existenzproblem der Weimarer Republik geworden.

Diese Sperrklausel, die möglichst stabile, eindeutige Regierungsmehrheiten begünstigen soll, wurde z. B. auf Bundesebene seit 1949 mehrmals verschärft: Zunächst (1. Bundestagswahl 1949) genügte es für die Zuteilung von Parlamentssitzen, wenn eine Partei einen Wahlkreis erobert oder mindestens 5 % der Stimmen eines Bundeslandes erhalten hatte. Bei der 2. Bundestagswahl 1953 mußten — anstelle eines Direktmandates — bereits mindestens 5 % der Zweitstimmen im gesamten Bundesgebiet gewonnen werden. Nach der seit der 3. Bundestagswahl 1957 geltenden Regelung müssen — anstelle eines nicht erreichten 5 %igen Zweitstimmenanteils — mindestens 3 Direktmandate errungen werden.

Erfolgswert der Wählervoten ...

Die Untersuchungen über den „Erfolgswert“ der von den wahlberechtigten Bürgern bei allgemeinen Wahlen in der Nachkriegszeit getroffenen Entscheidungen (dazu soll hier auch die Entscheidung zur Nichtteilnahme zählen) konzentrieren sich nach den w. o. gemachten Ausführungen letztlich auf die Frage, in welchem Umfang diese Personen auf der Grundlage des jeweils geltenden Wahlrechts und Wahlsystems mit ihrer Entscheidung Einfluß auf die Sitzverteilung in den Parlamenten nehmen und damit mittelbar über die gewählten Repräsentanten unseres demokratischen Ordnungssystems auf das politische Geschehen einwirken konnten.

Nichtwähler stärkste Gruppe ohne Einfluß auf die Sitzverteilung

Von den zur Wahl aufgerufenen Bürgern, die auf die Sitzverteilung in den Parlamenten keinen unmittelbaren Einfluß nehmen, sind als zahlenmäßig stärkste Gruppe die sogenannten Nichtwähler zu nennen. Wenn man von der extrem hohen Enthaltungsquote bei den Europawahlen 1984 einmal absieht (NRW: 40,6 %), so bewegten sich die Nichtwähleranteile in Nordrhein-Westfalen in der Nachkriegszeit bei den Bundestagswahlen z. B. zwischen 20,4 % (BW 1949) und 8,2 % (BW 1972), bei den Landtagswahlen — auf einem generell höheren Enthaltungs niveau — zwischen 32,7 % (LW 1947) und 13,9 % (LW 1975). Ohne direkten Einfluß auf die Sitzverteilung sind ferner die Stimmen (bei Bundestagswahlen: Zweitstimmen) derjenigen Wähler, deren Voten für ungültig erklärt worden sind. Wenn man wiederum die relativ hohe Ungültigkeitsquote bei der Europawahl 1984 (NRW: 1,1 %) außeracht läßt, so lag sie bei den jeweils letzten drei Bundestags- bzw. Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen — also seit 1970 — jeweils deutlich unterhalb der Ein-Prozent-Marke. Sie schwankte in der Nachkriegszeit in unserem Lande bei Bundestagswahlen zwischen 3,3 % und 0,6 % (BW 1957 bzw. 1972) und bei Landtagswahlen zwischen 4,9 % und 0,6 % (LW 1947 bzw. 1980).

Als dritte und letzte Gruppe der zur politischen Mitbestimmung aufgerufenen Bürger, deren Voten sich auf die Zusammensetzung der Parlamente nicht unmittelbar auswirken, sind diejenigen Wähler zu nennen, die ihre (gültige) Stimme einer sogenannten Splitterpartei geben. Dieser Kategorie hinzuzurechnen sind i. d. R. auch die für Einzelbewerber abgegebenen Stimmen, da bisher noch bei keiner Bundestags- oder Landtagswahl ein Einzelbewerber erfolgreich war. Anders ausgedrückt haben also bei sämtlichen Bundestags- und Landtagswahlen in der Nachkriegszeit sowie bei den Europawahlen 1979 und 1984 nur diejenigen stimmberechtigten Bürger Einfluß auf die Zusammensetzung der jeweiligen Volksvertretung genommen, die ihre gültige Stimme (bei Bundestagswahlen: Zweitstimme) einer Partei gegeben haben, für die im jeweiligen Wahlgebiet die 5 %-Sperrklausel nicht zutraf.

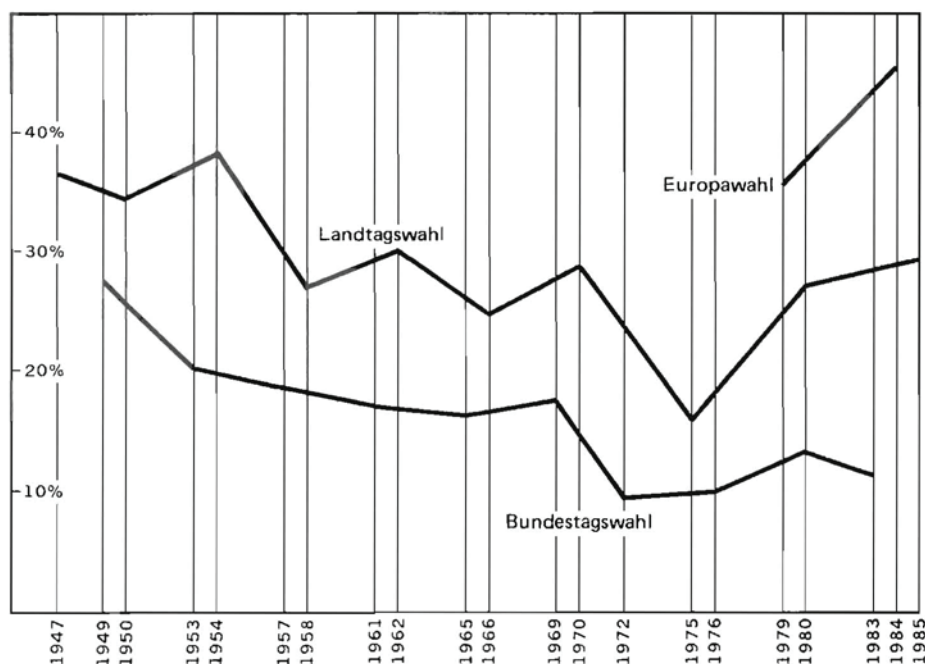
Diese Eingrenzung gilt für die Kommunalwahlen nicht generell, weil hierbei nicht nur Parteien, sondern oftmals auch Wählergruppen die 5 %-Hürde überwunden haben und gelegentlich sogar Einzelbewerber, die keiner Partei oder Wählergruppe zuzuordnen sind, in Gemeinderäte gewählt worden sind.

Aufgrund der Tatsache, daß eine mehr oder minder große Anzahl potentieller Wähler entweder von ihrem Wahlrecht überhaupt nicht Gebrauch machen, im Falle der Wahlbeteiligung z. T. ungültig wählen oder einer Splitterpartei bzw. einem Einzelbewerber ihre Stimme geben, kann dieser Personenkreis sicherlich keine unmittelbaren Einfluß auf die Zusammensetzung der Parlamente nehmen. Andererseits erfordert das geltende Wahlsystem, daß die durch Enthaltung oder „mandatsunwirksame“ Stimmabgabe bei der Umsetzung von Stimmen in Sitze entstandenen „Lücken“ von den übrigen Wählern mit „mandatswirksamer“ Stimmabgabe gewissermaßen stellvertretend und nach Maßgabe ihrer Wahlentscheidung geschlossen werden, so daß die aus den genannten Gründen nicht zum Zuge gekommenen Wahlbürger letztlich doch auf indirekte und oft nicht beabsichtigte Weise am Zustandekommen der Sitzverteilung in den Parlamenten nicht ganz unbeteiligt sind, in dem sie den anderen Wählern das Feld überlassen haben. Diese Tatsache sollte, obgleich sie durchaus dem Wahlsystem konform ist, vor allem den bewußt oder aus Gleichgültigkeit nicht zur Wahl gehenden wahlberechtigten Bürgern zu denken geben und sie veranlassen, den zu hoher Wahlbeteiligung regelmäßig aufrufenden politisch engagierten Personen sowie Parteien nicht nur wahltaktische Motive zu unterstellen.

Nachstehend soll aufgezeigt werden, in welcher Relation die genannten Personen-
gruppen, die an der Umsetzung von Stimmen in Parlamentssitze direkt nicht beteiligt gewesen sind, bei den jeweils zehn Bundestags- und Landtagswahlen der Nachkriegszeit zueinander standen und wie sich das Wahlverhalten dieses Personenkreises insgesamt in der rechnerisch zu ermittelnden Zahl der Mandate widerspiegelt, die in ihrer Parteizuordnung möglicherweise hätten beeinflußt werden können.

„Mandatswirksame“ Stimmabgabe

**Wahlberechtigte aus Nordrhein-Westfalen
ohne Einfluß auf die Sitzverteilung bei allgemeinen Wahlen**



... bei den Bundestagswahlen 1949 bis 1983

Die Zahl der wahlberechtigten Bürger Nordrhein-Westfalens, die bei den zehn Bundestagswahlen der Nachkriegszeit keinen direkten Einfluß auf die Sitzverteilung im Bundestag genommen haben, schwankte zwischen 1,1 und 2,4 Millionen (BW 1972 bzw. 1949), das entsprach Anteilen von 9,5 % bzw. 27,6 % der Wahlberechtigten. Beide Wahlen waren durch extrem auseinanderliegende Wahlbeteiligungsquoten (91,8 % bzw. 79,6 %) gekennzeichnet, was darauf hindeutet, daß die o. g. Personengruppe in ihrer zahlenmäßigen Zusammensetzung weit überwiegend von dem Nichtwählerpotential bestimmt wird. Immerhin waren von den wahlberechtigten Bürgern, die bei der Umsetzung von Wählerstimmen in Bundestagsitze nicht zum Zuge gekommen sind, zwischen 64,6 % (BW 1957) und 91,2 % (BW 1983) Nichtwähler. Ursächlich für diese verhältnismäßig stark schwankenden Nichtwähleranteile an der gesamten Personengruppe sind die beiden anderen Bestimmungsgrößen: Nach der Rangfolge zunächst die Quote derjenigen Wähler, die ihre Stimme nicht für eine im Bundestag vertretene Partei gegeben haben, sondern einer „Splitterpartei“ den Vorzug gaben. Unter diese Kategorie fielen bei den Bundestagswahlen 1957 und 1969 etwa ein Fünftel der o. g. Gesamtgruppe: 1957 z. B. entschieden sich zusammen 4,1 % aller Wahlberechtigten des Landes für die Deutsche Partei (DP, 1,6 %) und für den Gesamtdeutschen Block (GB/BHE, 2,5 %), 1969 z. B. 3,1 % für die NPD. Nach der Bundestagswahl 1969 ist die Bedeutung der Splitterpartei-Wähler von Wahl zu Wahl deutlich zurückgegangen, mit einer Ausnahme: Bei der Bundestagswahl 1980 stieg ihre Quote wieder deutlich an (11,4 %), bedingt durch die erstmals auf Bundesebene kandidierende Partei der Grünen, der es allerdings bei dieser Wahl noch nicht gelang, die Hürde der Sperrklausel zu überwinden (Bundesgebiet 4,1 %, NRW 3,9 %). Bei der Bundestagswahl 1983 fiel die Quote der Splitterpartei-Wähler nach dem Einzug der Grünen in den Bundestag auf den niedrigsten Stand der Nachkriegszeit (3,4 % der Gesamtgruppe) zurück und nahm damit erstmals den letzten Platz in der Rangfolge hinter den Nichtwählern (91,2 %) und den Wählern mit ungültigen Zweitstimmen (5,4 %) ein.

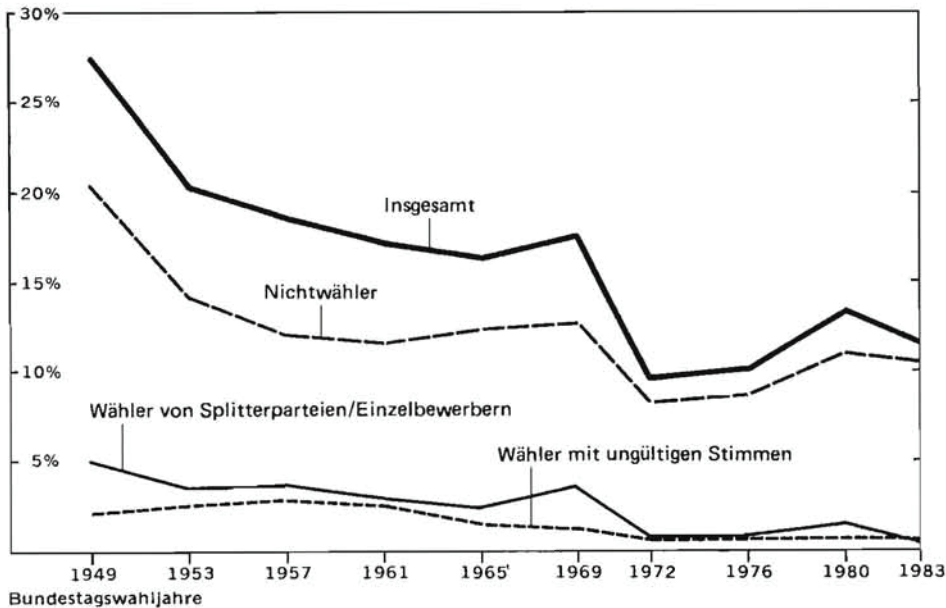
„Splitterparteien“

Wahlberechtigte mit bzw. ohne Einfluß auf die Sitzverteilung im Bundestag bei den Bundestagswahlen 1949 bis 1983 in Nordrhein-Westfalen											
Bundestagswahl	Wahlberechtigte					Von den Wahlberechtigten der Sp. 4 waren					
	insgesamt	mit ¹⁾		ohne		Nichtwähler		Wähler mit			
		Einfluß auf die Sitzverteilung im Bundestag						ungültigen Zweitstimmen		gültigen Zweitstimmen für eine Splitterpartei ²⁾	
		Anzahl		%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	1949 ³⁾	8 681 794	6 286 811	72,4	2 394 983	27,6	1 772 075	74,0	183 176	7,6	439 732
1953	9 599 109	7 662 299	79,8	1 936 810	20,2	1 348 148	69,6	242 532	12,5	346 130	17,9
1957	10 407 006	8 475 723	81,4	1 931 283	18,6	1 248 078	64,6	303 657	15,7	379 548	19,7
1961	11 085 775	9 198 372	83,0	1 887 403	17,0	1 286 346	68,2	281 183	14,9	319 874	16,9
1965	11 322 627	9 483 145	83,8	1 839 482	16,2	1 402 559	76,2	168 836	9,2	268 087	14,6
1969	11 259 648	9 284 246	82,5	1 975 402	17,5	1 431 737	72,5	140 798	7,1	402 867	20,4
1972	11 992 806	10 851 506	90,5	1 141 300	9,5	986 999	86,5	71 169	6,2	83 132	7,3
1976	12 118 533	10 906 568	90,0	1 211 965	10,0	1 051 987	86,8	76 984	6,4	82 994	6,8
1980	12 374 314	10 732 451	86,7	1 641 863	13,3	1 365 632	83,2	89 233	5,4	186 998	11,4
1983	12 576 604	11 126 794	88,5	1 449 810	11,5	1 322 230	91,2	78 037	5,4	49 543	3,4

1) Wähler, die sich für eine im Bundestag vertretene Partei entschieden haben — 2) Wähler, die sich für eine nicht im Bundestag vertretene Partei oder für einen Einzelbewerber entschieden haben — 3) Bei der Bundestagswahl 1949 hatte der Wähler nur eine Stimme.

Diese zuletzt genannte Bestimmungsgröße, die in der Nachkriegszeit tendenziell rückläufig war, bis zu dem seit 1980 erreichten minimalen Stand von 5,4 %, hatte bei den Bundestagswahlen 1953, 1957 und 1961 sehr hohe Werte erreicht (BW 1957: 15,7 %), gegenüber der verhältnismäßig niedrigen Quote bei der ersten Bundestagswahl 1949 (7,6 %). Die Ursache für diesen Entwicklungssprung dürfte u. a. darin zu suchen sein, daß das bei Bundestagswahlen bekannte Stimmensplitting (jeder Wähler hat zwei Stimmen) erst bei der zweiten Bundestagswahl 1953 eingeführt wurde und sicherlich manchem Wähler zunächst Schwierigkeiten bereitet hat. Dafür spricht z. B. die Tatsache, daß bei den Wahlen zum 2., 3. und 4. Bundestag besonders hohe Quoten ungültiger Erst- und Zweitstimmen festgestellt wurden, in Nordrhein-Westfalen z. B. bei den Zweitstimmen zwischen 2,9 % und 3,3 % (im Vergleich dazu bei der letzten Bundestagswahl: 0,7 %).

Wahlberechtigte aus Nordrhein-Westfalen ohne Einfluß auf die Sitzverteilung im Bundestag



Wahlberechtigte mit bzw. ohne Einfluß auf die Sitzverteilung im Bundestag bei den Bundestagswahlen 1949 bis 1983 im Bundesgebiet ohne Berlin (West)

Bundes- tagswahl	Wahlberechtigte					Von den Wahlberechtigten der Sp. 4 waren						
	ins- gesamt	mit ¹⁾		ohne		Nicht- wähler	Wähler mit					
		Einfluß auf die Sitzverteilung im Bundestag					ungültigen Zweitstimmen				ungültigen Zweitstimmen für eine Splitter- partei ²⁾	
	Anzahl		%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11		
1949 ³⁾	31 207 620	22 100 716	70,8	9 106 904	29,2	6 712 006	73,7	763 216	8,4	1 631 682	17,9	
1953	33 120 940	25 748 351	77,7	7 372 589	22,3	4 641 390	63,0	928 278	12,6	1 802 921	24,5	
1957	35 400 923	27 818 387	78,6	7 582 536	21,4	4 328 029	57,1	1 167 466	15,4	2 087 041	27,5	
1961	37 440 715	29 754 493	79,5	7 686 222	20,5	4 591 091	59,7	1 298 723	16,9	1 796 408	23,4	
1965	38 510 395	31 433 993	81,6	7 076 402	18,4	5 094 188	72,0	795 765	11,2	1 186 449	16,8	
1969	38 677 235	31 164 325	80,6	7 512 910	19,4	5 154 171	68,6	557 040	7,4	1 801 699	24,0	
1972	41 446 302	37 111 171	89,5	4 335 131	10,5	3 684 713	85,0	301 839	7,0	348 579	8,0	
1976	42 058 015	37 488 905	89,1	4 569 110	10,9	3 892 262	85,2	343 253	7,5	333 595	7,3	
1980	43 231 741	37 189 335	86,0	6 042 326	14,0	4 939 565	81,7	353 115	5,8	749 646	12,4	
1983	44 088 935	38 738 725	87,9	5 350 209	12,1	4 809 406	89,9	338 841	6,3	201 962	3,8	

1) Wähler, die sich für eine im Bundestag vertretene Partei entschieden haben — 2) Wähler, die sich für eine nicht im Bundestag vertretene Partei oder für einen Einzelbewerber entschieden haben — 3) Bei der Bundestagswahl 1949 hatte der Wähler nur eine Stimme.

Aus der entsprechenden Zahlenübersicht für das gesamte Bundesgebiet ist zu entnehmen, daß in der Gruppe der Wahlberechtigten ohne direkten Einfluß auf die Sitzverteilung im Bundestag der Anteil der Nichtwähler bei sämtlichen Bundestagswahlen geringer als im Landesdurchschnitt war, bei den Wahlen 1953, 1957 und 1961 sogar deutlich geringer (um 6,6 bis 8,5 Punkte), und zwar vor allem infolge erheblich höherer Quoten der Wähler von Splitterparteien (um 6,6 bis 7,8 Punkte höher als in NRW). Außer bei den Splitterpartei-Wählern sind auch bei den ungültigen Zweitstimmen für das Bundesgebiet durchweg höhere Prozentanteile als für Nordrhein-Westfalen festzustellen.

**Nichtwähleranteil im Bundesgebiet
geringer als im Land**

Für den Zeitraum seit der Bundestagswahl 1972 ergibt sich allerdings, daß die Unterschiede in der Zusammensetzung der hier beobachteten Gesamtgruppe von Wahlberechtigten auf der Bundes- und Landesebene nur noch gering sind.

Die mögliche Beeinflussung der Sitzverteilung durch Wahlenthaltung, Wahl von Splitterparteien und durch Abgabe ungültiger Stimmen soll anhand eines Rechenbeispiels für die letzte Bundestagswahl verdeutlicht werden:

Den insgesamt 498 Sitzen im 10. Deutschen Bundestag (einschließlich der 2 Übergangsmandate) standen auf Bundesebene 44 088 935 wahlberechtigte Bürger gegen-

über, so daß auf jeden Bundestagssitz durchschnittlich 88 532 Wahlberechtigte entfielen. Legt man diese bundesdurchschnittliche Meßgröße zugrunde, so haben die insgesamt 1 449 810 wahlberechtigten Bürger Nordrhein-Westfalens, die aus den genannten Gründen keine „mandatswirksame“ Stimme abgegeben haben, bei insgesamt 16 Bundestagssitzen keinen Einfluß auf deren Partezuordnung genommen (Rechnung: $1\,449\,810 : 88\,532 = 16,4$). Das entsprach einem Anteil von immerhin 3,2 % der Gesamtsitzzahl des 10. Deutschen Bundestages.

Nur bei den Bundestagswahlen 1972 und 1976 wurden mit jeweils 14 Sitzen (2,8 % der jeweiligen Gesamtsitzzahl) geringere Vergleichswerte festgestellt, während bei den Wahlen zwischen 1949 und 1969 für etwa 5 % bis 8 % der Bundestagssitze eine politisch andere Zuordnung möglich gewesen wäre. Bei der ersten Bundestagswahl 1949 hätten die 2,4 Mill. Wahlberechtigten aus Nordrhein-Westfalen mit mandatsunwirksamen Voten immerhin bei jedem 13. der damals 402 Bundestagsmandate die Sitzverteilung beeinflussen können (bei 31 Sitzen = 7,7 %).

Die für Nordrhein-Westfalen festgestellten potentiellen Auswirkungen des Wählerverhaltens auf die Sitzverteilung treffen, wie die folgende Übersicht zeigt, gleichermaßen auch für das gesamte Bundesgebiet zu, allerdings in einer etwa um den Faktor 4 erhöhten Größenordnung.

Die Erkenntnis, daß im derzeitigen Zehnten Deutschen Bundestag die Besetzung von insgesamt 60 Sitzen — d. h. von jedem 8. Sitz — durch die etwa 5,4 Mill. Wahlberech-

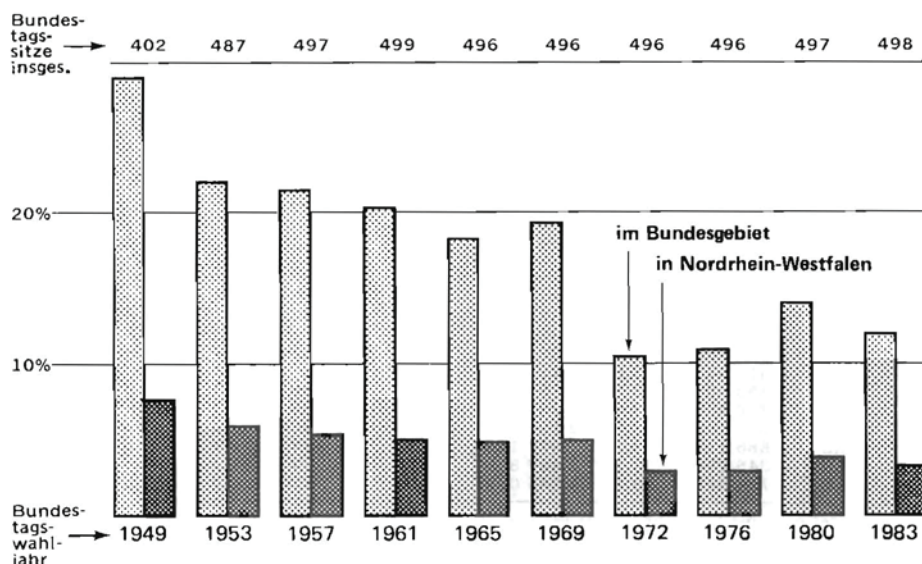
Mögliche Einflußnahme der bei der Sitzverteilung zu den Bundestagswahlen 1949 bis 1983 in Nordrhein-Westfalen nicht zum Zuge gekommenen Wahlberechtigten					
Bundestagswahl	Sitze im Bundestag	Wahlberechtigte		Sitze, die in ihrer Parteizugehörigkeit hätten beeinflusst werden können (Sp. 2: Sp. 3)	
		ohne Einfluß auf die Sitzverteilung	je Bundestags-sitz ¹⁾		
		Anzahl			% ²⁾
	1	2	3	4	5
1949	402 ³⁾	2 394 983	77 631	31	7,7
1953	487 ⁴⁾	1 936 810	68 010	29	6,0
1957	497 ⁴⁾	1 931 283	71 229	27	5,4
1961	499 ⁵⁾	1 887 403	75 031	25	5,0
1965	496	1 839 482	77 642	24	4,8
1969	496	1 975 402	77 978	25	5,0
1972	496	1 141 300	83 561	14	2,8
1976	496	1 211 965	84 794	14	2,8
1980	497 ⁶⁾	1 641 863	86 985	19	3,8
1983	498 ³⁾	1 449 810	88 532	16	3,2

1) Wahlberechtigte im Bundesgebiet — ohne Berlin (West) —, dividiert durch die entsprechende Gesamtzahl der Sitze — 2) bezogen auf die jeweiligen Gesamtzahl der Bundestagssitze — 3) einschl. 2 Überhangmandate — 4) einschl. 3 Überhangmandate — 5) einschl. 5 Überhangmandate — 6) einschl. 1 Überhangmandat

Mögliche Einflußnahme der bei der Sitzverteilung zu den Bundestagswahlen 1949 bis 1983 im Bundesgebiet ohne Berlin (West) nicht zum Zuge gekommenen Wahlberechtigten					
Bundestagswahl	Sitze im Bundestag	Wahlberechtigte		Sitze, die in ihrer Parteizugehörigkeit hätten beeinflusst werden können (Sp. 2: Sp. 3)	
		ohne Einfluß auf die Sitzverteilung	je Bundestags-sitz		
		Anzahl			% ¹⁾
	1	2	3	4	5
1949	402 ²⁾	9 106 904	77 631	117	29,1
1953	487 ³⁾	7 372 589	68 010	108	22,2
1957	497 ³⁾	7 582 536	71 229	107	21,5
1961	499 ⁴⁾	7 686 222	75 031	102	20,4
1965	496	7 076 402	77 642	91	18,3
1969	496	7 512 910	77 978	96	19,4
1972	496	4 335 131	83 561	52	10,5
1976	496	4 569 110	84 794	54	10,9
1980	497 ⁵⁾	6 042 326	86 985	70	14,1
1983	498 ²⁾	5 350 210	88 532	60	12,0

1) bezogen auf die jeweilige Gesamtzahl der Bundestagssitze — 2) einschl. 2 Überhangmandate — 3) einschl. 3 Überhangmandate — 4) einschl. 5 Überhangmandate — 5) einschl. 1 Überhangmandat

Bundestagsitze, deren Parteizugehörigkeit hätte beeinflußt werden können



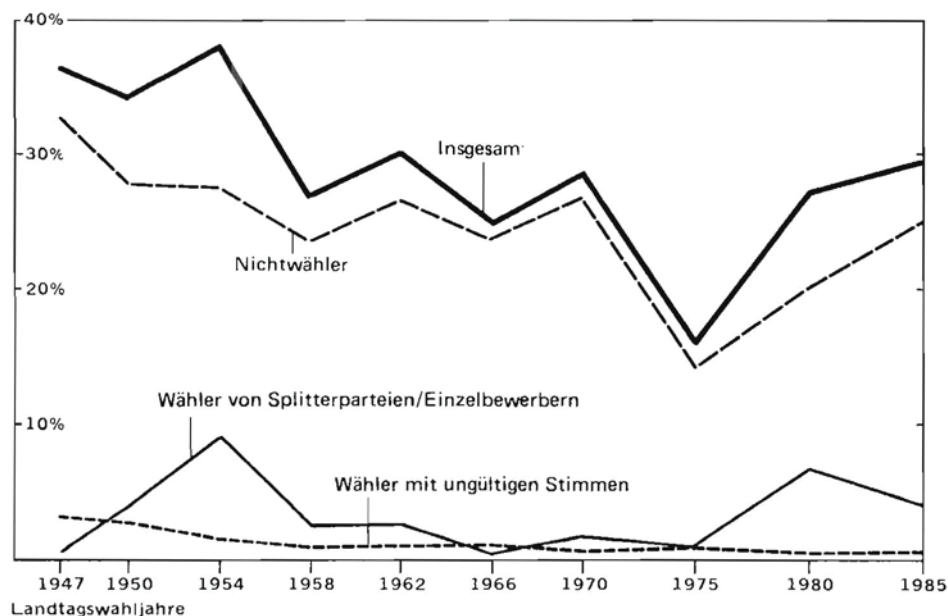
tigten — darunter 4,8 Mill. Nichtwähler —, die aus den genannten Gründen ihre Stimmen nicht in Sitze umgesetzt haben, hätte beeinflußt werden können, sollte vor allem die Nichtwähler darüber nachdenken lassen, ob es wirklich ratsam ist, sich in der Bestellung des politischen „Feldes“ von anderen vertreten zu lassen.

... bei den Landtagswahlen 1947 bis 1985

Bei der Landtagswahl 1985, der zehnten der Nachkriegszeit, blieben 3,7 Millionen Wahlberechtigte, das waren 29,4 % aller zur Wahl aufgerufenen Bürger des Landes, ohne direkten Einfluß auf die Sitzverteilung im Landtag. Diese Quote war die höchste seit der Landtagswahl 1962 (30,1 %), die nur noch von den entsprechenden Vergleichswerten der ersten drei Landtagswahlen (1947, 1950, 1954: zwischen 34 % und 38 %) übertroffen wurde. Die gegenüber den Bundestagswahlen deutlich höheren Prozentanteile dieses Kreises von Personen, deren Wahlverhalten bei Landtagswahlen mandatsunwirksam war, sind in erster Linie eine Folge der bei Landtagswahlen gegenüber Bundestagswahlen erfahrungsgemäß erheblich stärkeren Stimmenthaltungen. Die bei der Landtagswahl 1975 erzielte höchste Wahlbeteiligungsquote aller 10 Landtagswahlen (86,1 %) lag immerhin um fast 5 Punkte unter der

**Stärkere Stimmenthaltung
bei Landtagswahlen**

Wahlberechtigte ohne Einfluß auf die Sitzverteilung im Landtag von Nordrhein-Westfalen



Wahlberechtigte mit bzw. ohne Einfluß auf die Sitzverteilung im Landtag bei den Landtagswahlen 1947 bis 1985

Land- tagswahl	Wahlberechtigte					Von den Wahlberechtigten der Sp. 4 waren					
	ins- gesamt	mit ¹⁾		ohne		Nicht- wähler		Wähler mit			
		Einfluß auf die Sitzverteilung im Landtag						ungültiger Stimme		ungültiger Stimme für eine Splitter- partei ²⁾	
	Anzahl		%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1947	7 860 608	4 989 611	63,5	2 870 997	36,5	2 570 010	89,5	261 706	9,1	39 281	1,4
1950	8 892 305	5 846 241	65,7	3 046 064	34,3	2 459 302	80,7	231 886	7,6	354 876	11,7
1954	9 730 078	6 037 442	62,0	3 692 636	38,0	2 661 686	72,1	145 323	3,9	885 627	24,0
1958	10 507 956	7 693 415	73,2	2 814 541	26,8	2 461 758	87,5	98 020	3,5	254 763	9,1
1962	11 156 285	7 802 721	69,9	3 353 564	30,1	2 967 297	88,5	106 421	3,2	279 846	8,3
1966	11 292 041	8 513 553	75,4	2 778 488	24,6	2 650 395	95,4	99 153	3,6	28 940	1,0
1970	11 890 609	8 495 414	71,4	3 395 195	28,6	3 150 837	92,8	61 945	1,8	182 413	5,4
1975	12 035 289	10 149 172	84,3	1 886 117	15,7	1 677 181	88,9	95 903	5,1	113 033	6,0
1980	12 342 282	8 996 988	72,9	3 345 294	27,1	2 467 855	73,8	55 909	1,7	821 530	24,6
1985	12 705 763	8 971 415	70,6	3 734 348	29,4	3 145 082	84,2	81 241	2,2	508 025	13,6

1) Wähler, die sich für eine im Landtag vertretene Partei entschieden haben — 2) Wähler, die sich für eine nicht im Landtag vertretene Partei oder für einen Einzelbewerber entschieden haben

entsprechenden Quote der im Jahre darauf stattfindenden Bundestagswahl (NRW 1976: 90,7 %), und selbst die minimale Wahlbeteiligungsziffer bei der ersten Bundestagswahl (NRW 1947: 79,6 %) wurde erst und bislang nur bei den Landtagswahlen 1975 und 1980, die die höchsten Beteiligungsquoten brachten, überschritten (86,1 % bzw. 80,0 %).

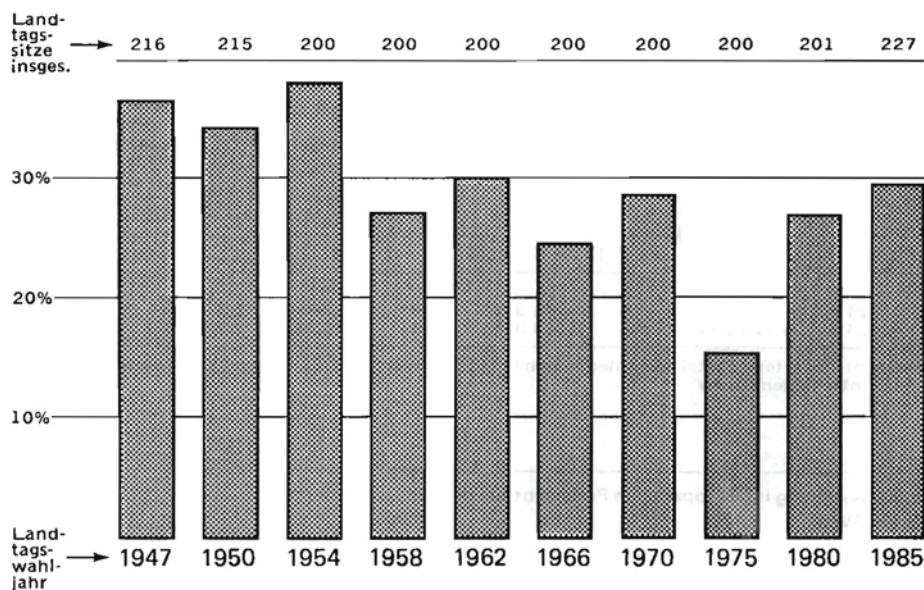
Die Tatsache der bei Landtagswahlen durchweg geringeren Wahlbeteiligung spiegelt sich in den höheren Nichtwähleranteilen an der hier untersuchten Gesamtgruppe wider: Sie schwankten in der Nachkriegszeit zwischen 72,1 % (LW 1954) und 95,4 % (LW 1966). In diesem Zusammenhang ist der verhältnismäßig starke Rückgang der Nichtwählerkomponente bei den beiden letzten Landtagswahlen 1980 und 1985 (1980 z. B. 73,8 %) bei zugleich stark gestiegenem Anteil der für Splitterparteien abgegebenen Stimmen (1980 z. B. 24,6 %) besonders auffällig. Diese Entwicklung war durch den Umstand bestimmt, daß bei der Landtagswahl 1980 die F.D.P. erstmals in der Geschichte des Landesparlaments mit einem äußerst knappen Stimmendefizit an der 5 %-Hürde scheiterte und andererseits die erstmals bei einer Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen angetretenen GRÜNEN mit einem Landesergebnis von 3,0 % auf der Strecke blieben, so daß der allein auf diese beiden Parteien entfallenen Stimmenanteil von zusammen nahezu 8 % dem Konto „Splitterparteien“ zuzurechnen war. Bei der letzten Landtagswahl scheiterten die GRÜNEN — trotz erheblich höheren Stimmenanteils (4,6 %) gegenüber der Landtagswahl 1980 — erneut an der Sperrklausel, was den bei der Landtagswahl 1985 immer noch vergleichsweise hohen Prozentanteil der Komponente der Splitterpartei-Wähler (13,6 %) zur Folge hatte.

Ungültige Stimmabgabe geringer als bei Bundestagswahlen

Die ungültige Stimmabgabe hat bei Landtagswahlen eine erheblich geringere Bedeutung als bei Bundestagswahlen. Im Wahljahr 1980 z. B., als Landtagswahl und Bundestagswahl mit nur fünfmonatigem Zeitabstand voneinander durchgeführt worden sind, gaben bei der Landtagswahl nur 1,7 %, bei der Bundestagswahl dagegen 5,4 % der jeweiligen Personengruppe mit mandatsunwirksamer Wahlentscheidung ungültige Stimmen ab. Die Vermutung liegt nahe, daß die bei Bundestagswahlen erforderliche Abgabe von zwei Stimmen für manchen Wähler mehr Schwierigkeiten bereitet, als wenn er nur eine Stimme hat.

Vor allem die bei Landtagswahlen erheblich geringere Wahlbeteiligung hat dazu geführt, daß der Prozentanteil der Landtagssitze, deren Parteizugehörigkeit gewissermaßen stellvertretend von den Wahlberechtigten mit mandatswirksamer Stimmabgabe beeinflußt worden ist, signifikant höher ist als bei Bundestagswahlen. So hätte z. B. in dem o. a. Wahljahr 1980 auf die Besetzung von 14,1 % aller Bundestagsmandate, dagegen auf 26,9 % aller Landtagssitze durch die hier analysierten Gruppen von Wahlberechtigten, Einfluß genommen werden können. Bei den in den Jahren 1947, 1950 und 1954 gewählten Landtagen waren es sogar z. T. weit mehr als ein Drittel der Gesamtsitzzahl (Maximum LW 1954: 38,0 %), die hinsichtlich der Zuordnung zu den Landtagsparteien zur Disposition gestanden hätten.

Landtagssitze, deren Parteizugehörigkeit hätte beeinflußt werden können



Mögliche Einflußnahme der bei der Sitzverteilung zu den Landtagswahlen 1947 bis 1985 nicht zum Zuge gekommenen Wahlberechtigten

Landtagswahljahr	Sitze im Landtag	Wahlberechtigte		Sitze, die in ihrer Parteizugehörigkeit hätten beeinflußt werden können (Sp. 2: Sp. 3)	
		ohne Einfluß auf die Sitzverteilung	je Landtagssitz		
		Anzahl			% 1)
	1	2	3	4	5
1947	216 ²⁾	2 870 997	36 392	79	36,6
1950	215 ³⁾	3 046 064	41 360	74	34,4
1954	200	3 692 636	48 650	76	38,0
1958	200	2 814 541	52 540	54	27,0
1962	200	3 353 564	55 781	60	30,0
1966	200	2 778 488	56 460	49	24,5
1970	200	3 395 195	59 453	57	28,5
1975	200	1 886 117	60 176	31	15,5
1980	201	3 345 294	61 404	54	26,9
1985	227 ⁴⁾	3 734 348	55 973	67	29,5

1) bezogen auf die jeweilige Gesamtzahl der Landtagssitze — 2) einschl. 16 Überhangmandate — 3) einschl. 15 Überhangmandate — 4) einschl. 26 Überhangmandate

Die außerordentlich niedrige Vergleichszahl für die Landtagswahl 1975 (15,5 %) war insbesondere durch die bis dahin nicht und seither auch nicht mehr erreichte hohe Wahlbeteiligungsquote (86,1 %) bedingt. Dies hatte dazu geführt, daß bei dieser Landtagswahl der in der Nachkriegszeit höchste Prozentsatz (84,3 %) wahlberechtigter Bürger auf die Sitzverteilung des Landtags Einfluß genommen hat. Bei den Bundestagswahlen ergaben sich demgegenüber wesentlich höhere Vergleichswerte auf der Bundes- und Landesebene, vor allem bei den Bundestagswahlen 1972 und 1976 (Erfolgswert etwa 90 %).

... bei den Europawahlen 1979 und 1984

Die Europawahlen, die bekanntlich — anders als in der Bundesrepublik sonst üblich — von der Europäischen Gemeinschaft als reine Verhältniswahl (ohne die Komponente der Mehrheitswahl) konzipiert worden sind, haben in den Wahljahren 1979 und mehr noch 1984 aus Gründen, die allgemein bekannt sind und hier nicht näher erörtert werden sollen, eine vergleichsweise geringe Akzeptanz in der Bevölkerung — und nicht nur in der deutschen — gefunden. Von den wahlberechtigten Bürgern des Landes beteiligten sich 1979 nur etwa zwei Drittel (67,4 %) und 1984 sogar weniger als 60 % (59,4 %), wobei die Vergleichsquoten im Bundesdurchschnitt noch um 2 bis 3 Punkte niedriger lagen. Dementsprechend war der Anteil derjenigen Wahlberechtig-

**Geringe Akzeptanz
der Europawahl**

Wahlberechtigte mit bzw. ohne Einfluß auf die Sitzverteilung im Europäischen Parlament bei der Europawahl 1979/84 in Nordrhein-Westfalen

Europa- wahl	Wahlberechtigte					Von den Wahlberechtigten der Sp. 4 waren					
	ins- gesamt	mit ¹⁾		ohne		Nicht- wähler		Wähler mit			
		Einfluß auf die Sitzverteilung im Europäischen Parlament						ungültiger Stimme		ungültiger Stimme für eine Splitter- partei ²⁾	
	Anzahl		%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	1979	12 284 767	7 909 282	64,4	4 375 485	35,6	4 009 331	91,6	55 885	1,3	310 269
1984	12 657 700	6 879 501	54,4	5 778 199	45,6	5 143 592	89,0	84 089	1,5	550 518	9,5

1) Wähler, die sich für eine im Europäischen Parlament vertretene Partei entschieden haben — 2) Wähler, die sich für eine nicht im Europäischen Parlament vertretene Partei oder Wählergemeinschaft entschieden haben

Wahlberechtigte mit bzw. ohne Einfluß auf die Sitzverteilung im Europäischen Parlament bei der Europawahl 1979/84 im Bundesgebiet ohne Berlin (West)

Europa- wahl	Wahlberechtigte					Von den Wahlberechtigten der Sp. 4 waren						
	ins- gesamt	mit ¹⁾		ohne		Nicht- wähler	Wähler mit					
		Einfluß auf die Sitzverteilung im Europäischen Parlament					ungültiger Stimme				ungültiger Stimme für eine Splitter- partei ²⁾	
							Anzahl		%	Anzahl		%
	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1979	42 751 940	26 732 871	62,5	16 019 069	37,5	14 653 068	91,5	251 763	1,6	1 114 238	7,0	
1984	44 465 989	22 739 930	51,1	21 726 059	48,9	19 227 235	88,5	387 383	1,8	2 111 441	9,7	

1) Wähler, die sich für eine im Europäischen Parlament vertretene Partei entschieden haben — 2) Wähler, die sich für eine nicht im Europäischen Parlament vertretene Partei oder Wählergemeinschaft entschieden haben

Mögliche Einflußnahme der bei der Sitzverteilung zum Europäischen Parlament 1979/84 in Nordrhein-Westfalen nicht zum Zuge gekommenen Wahlberechtigten

Europa- wahl	Sitze der Bundes- republik Deutschland im Europ. Parlament ¹⁾	Wahlberechtigte		Sitze, die in ihrer Parteizugehörigkeit hätten beeinflusst werden können (Sp. 2: Sp. 3)	
		ohne Einfluß auf die Sitzverteilung	je Sitz im Europ. Parlament ²⁾		
	Anzahl				% ³⁾
	1	2	3	4	5
1979	78	4 375 485	548 102	8	10,3
1984	78	5 778 199	570 077	10	12,8

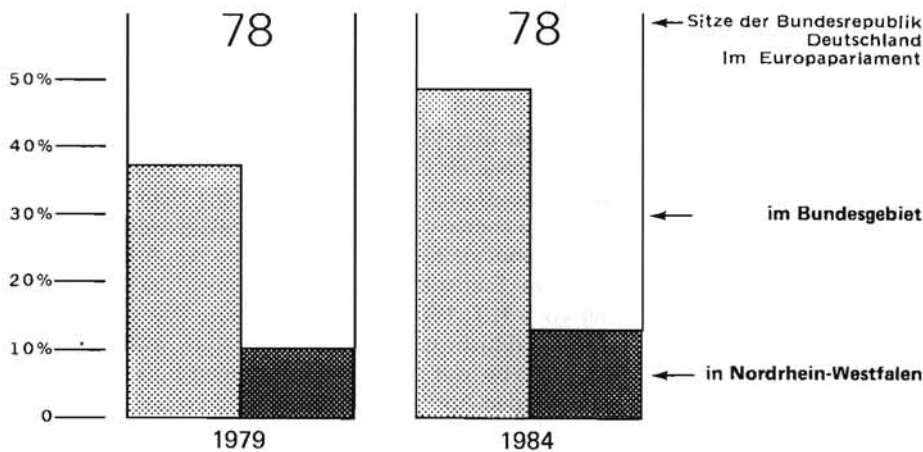
1) ohne die 3 Sitze von Berlin (West) — 2) Wahlberechtigte im Bundesgebiet — ohne Berlin (West) — , dividiert durch die entsprechende Gesamtzahl der Sitze — 3) bezogen auf die jeweilige Gesamtzahl der Sitze der Bundesrepublik Deutschland, ohne Berlin (West)

Mögliche Einflußnahme der bei der Sitzverteilung zum Europäischen Parlament 1979/84 im Bundesgebiet ohne Berlin (West) nicht zum Zuge gekommenen Wahlberechtigten

Europa- wahl	Sitze der Bundes- republik Deutschland im Europ. Parlament ¹⁾	Wahlberechtigte		Sitze, die in ihrer Parteizugehörigkeit hätten beeinflusst werden können (Sp. 2: Sp. 3)	
		ohne Einfluß auf die Sitzverteilung	je Sitz im Europ. Parlament ²⁾		
	Anzahl				% ³⁾
	1	2	3	4	5
1979	78	16 019 069	548 102	29	37,2
1984	78	21 726 059	570 077	38	48,7

1) ohne die 3 Sitze von Berlin (West) — 2) Wahlberechtigte im Bundesgebiet — ohne Berlin (West) — , dividiert durch die entsprechende Gesamtzahl der Sitze — 3) bezogen auf die jeweilige Gesamtzahl der Sitze der Bundesrepublik Deutschland, ohne Berlin (West)

Sitze im Europaparlament, deren Parteizugehörigkeit hätte beeinflußt werden können



ten aus Nordrhein-Westfalen, die durch ihre Stimmabgabe Einfluß auf die Zusammensetzung des Europaparlaments genommen haben, mit 64,4 % (1979) bzw. 54,4 % (1984) weit geringer als bei anderen landesweiten, allgemeinen Wahlen. Im Bundesdurchschnitt beliefen sich die entsprechenden Vergleichsquoten nur auf 62,5 % bzw. 51,1 %. Sie bestimmten für die übrigen Wahlberechtigten, die sich der Stimme enthielten, eine Splitterpartei oder ungültig wählten, die Sitzverteilung stellvertretend mit. Unter dieser Personengruppe mit mandatsunwirksamen Wahlverhalten war der Prozentanteil der Nichtwähler mit rd. 92 % (1979) bzw. 89 % (1984) auf Landesebene ebenso wie im Bundesdurchschnitt dementsprechend die bei weitem herausragende Komponente. Die ebenfalls nicht unerhebliche zweite Komponente der Splitterpartei-Wähler (1979: rd. 7 %, 1984: knapp 10 %) war bei der ersten Europawahl vor allem durch das Scheitern der GRÜNEN (1979: Bund 3,2 %, NRW 3,0 %), bei der zweiten Europawahl dagegen durch das Scheitern der F.D.P. (1984: Bund 4,8 %, NRW 4,2) bei der Überwindung der 5 %-Sperrklausel bedingt.

Hoher Anteil der Splitterpartei-Wähler

Demgegenüber war der Anteil der Wähler mit ungültiger Stimmabgabe auch im Vergleich mit den entsprechenden Daten der Bundestagswahlen und der Landtagswahlen mit Werten deutlich unterhalb der 2-Prozent-Marke von untergeordneter Bedeutung.

Von den 78 Sitzen, die der Bundesrepublik Deutschland im Europäischen Parlament nach dem Wohnerschlüssel zugewiesen worden sind, wurde bei der Europawahl 1979 von den wahlberechtigten Bürgern Nordrhein-Westfalens etwa jeder zehnte und bei der Europawahl 1984 etwa jeder achte Sitz (10,3 % bzw. 12,8 %), dessen Zuordnung von der Gruppe der Nichtwähler, der Splitterpartei-Wähler sowie der ungültig Wählenden hätte bestimmt werden können, mit den Stimmen der übrigen Wähler, die für eine im Europaparlament vertretene Partei votiert haben, verteilt. Im Durchschnitt des gesamten Bundesgebietes waren es 1979 37,2 %, 1984 sogar mit 48,7 % fast die Hälfte des gesamten Sitzkontingents der Bundesrepublik Deutschland, das z. B. 1984 auf der Grundlage des Stimmenverhältnisses von 51,1 % der Wahlberechtigten, die Einfluß auf die Sitzverteilung im Europaparlament genommen haben, stellvertretend für die restlichen 49 % der zur Wahl aufgerufenen Bundesbürger auf die im Europaparlament vertretenen deutschen Parteien aufgeteilt worden ist.

Es bedarf keiner tiefgründigen Überlegungen, um zu erkennen, daß bei einer derart geringen Wahlbeteiligungsquote wie bei der Europawahl 1984 — in Verbindung mit den wegen der Abgabe für eine Splitterpartei oder wegen Ungültigkeit nicht in Mandate umsetzbare Wählerstimmen — das Prinzip der repräsentativen Demokratie schließlich soweit ausgehöhlt werden kann, daß die Sitzverteilung im Parlament mit den Stimmen einer Minderheit der Wahlberechtigten eines Wahlgebietes bewirkt wird.

Dieser Gefahr für das Demokratieverständnis mit der Forderung nach einer möglichst hohen Wahlbeteiligung entgegenzuwirken und damit einen möglichst hohen Erfolgswert der von den wahlberechtigten Bürgern getroffenen Wahlentscheidung zu erreichen, muß daher im Interesse aller verantwortungsbewußten Parteien und der sie tragenden Wählerschichten liegen.

Arbeitskräfte in der Landwirtschaft 1985

**Jährliche Feststellung des
Arbeitskräftebestandes und
seiner Zusammensetzung**

Außer den Bodennutzungserhebungen und Viehzählungen gehört die Arbeitskräftestatistik zu den drei regelmäßig durchgeführten agrarstatistischen Erhebungen, die seit Jahrzehnten alljährlich die wichtigsten Informationen für die Beurteilung von Richtung und Ausmaß des Strukturwandels in der Landwirtschaft einschl. des Gartenbaues liefern. Die gesetzliche Grundlage für die Durchführung der Arbeitskräftestatistik bildet das Gesetz über eine Statistik der Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft in der Fassung vom 1. 7. 1980 (BGBl. I S. 820). Die Erhebungen finden auf repräsentativer Basis im Frühjahr eines jeden Jahres statt, wobei sich die Nachweisungen auf eine Zeitspanne von vier aufeinanderfolgenden Berichtswochen beziehen, die ganz oder teilweise auf den April entfallen. Die Stichprobe der Arbeitskräfteerhebung ist mit derjenigen der Bodennutzungserhebung weitgehend identisch und umfaßt bei einem Auswahlatz von rd. 15 % etwa 14 000 Betriebe in Nordrhein-Westfalen. Die Arbeitskräfteerhebung vermittelt einen genauen Aufschluß über die in den landwirtschaftlichen Betrieben lebenden Personen, den Arbeitskräftebestand und seine Zusammensetzung sowie über die Arbeitsleistung der Beschäftigten.

Die Beschäftigungsverhältnisse im Agrarsektor werden auch von anderen statistischen Fachbereichen, so beispielsweise der Volkszählung oder dem Mikrozensus, dargestellt. Diese Statistiken benutzen aber andere Erfassungsrahmen und verfolgen andere Auswertungsziele.

Darstellungsbereich und Merkmalskatalog

Der Darstellungsbereich der Arbeitskräfteerhebungen entspricht demjenigen der Strukturserhebungen der amtlichen Agrarstatistik. Es sind dies die im 2-Jahres-Turnus stattfindende Agrarberichterstattung und die etwa alle 10 Jahre durchgeführte Landwirtschaftszählung. Danach werden bei der Arbeitskräfteerhebung alle Betriebe erfaßt mit einer land- oder forstwirtschaftlich genutzten Fläche von jeweils mindestens 1 ha oder mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) unter 1 ha einschl. Einheiten ohne LF, deren natürliche Erzeugungseinheiten mindestens dem durchschnittlichen Wert einer jährlichen landwirtschaftlichen Markterzeugung von 1 ha LF entsprechen. Einbezogen werden nur Betriebe der Hauptproduktionsrichtung (HPR) Landwirtschaft, d. h. Betriebe, bei denen die Waldfläche das zehnfache der landwirtschaftlich genutzten Fläche nicht übersteigt. Zu den Betrieben der Arbeitskräftestatistik gehören auch Gartenbaubetriebe, Baumschulen und reine Viehhaltungen ohne Fläche, nicht jedoch Betriebe der HPR Forstwirtschaft. Um für die nach Art und Größe sehr unterschiedlichen Betriebe brauchbare Ergebnisse für das Land und die Regierungsbezirke zu erhalten, wurde die Stichprobe aus 20 Einzelschichten gebildet, die der Vielfalt der landwirtschaftlichen Betriebe Rechnung tragen. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß die in den Tabellen durch Hochrechnung ermittelten Ergebnisse, bedingt durch unterschiedliche Rechengänge, leichte Abweichungen aufweisen können.

**Zugleich durchgeführte
Agrarberichterstattung ermöglicht
Nachweis nach Haupt- und
Nebenerwerbsbetrieben**

Die Arbeitskräftestatistik findet alle zwei Jahre, und zwar in den Jahren mit ungerader Endziffer, zusammen mit der Agrarberichterstattung statt. Dies bedeutet, daß die Merkmale beider Statistikteile in denselben Stichprobenbetrieben erfragt werden. Dadurch wird es ermöglicht, daß Betriebe, die sich in der Hand natürlicher Personen befinden, zusätzlich nach Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben unterschieden werden können. Nach der Definition der amtlichen Agrarstatistik stellen Haupterwerbsbetriebe solche Einheiten dar, bei denen das Einkommen des Betriebsinhabers und seines Ehegatten überwiegend aus der Landwirtschaft stammt. Mit einer derartigen Definition ist jedoch keine Aussage über die Höhe des Einkommens aus der Landwirtschaft verbunden, so daß auch Betriebe mit spärlichen oder unzureichenden Einkommen von ihren Inhabern als sog. Haupterwerbsbetriebe eingestuft werden können.

Für jede der erfaßten Personen werden die Arbeitszeiten im Erhebungsmonat erfaßt, wobei drei Arbeitsbereiche unterschieden werden:

1. Landwirtschaftlicher Betrieb,
2. Haushalt des Betriebsinhabers,
3. Erwerbstätigkeit außerhalb des Betriebes.

**Tätigkeiten im Betrieb, im Haushalt
sowie außerhalb des Betriebs
werden erfaßt**

Für Familienarbeitskräfte werden individuell die Arbeitszeiten aller drei Arbeitsbereiche erfragt, bei den ständigen familienfremden Arbeitskräften entfällt die außerbetriebliche Erwerbstätigkeit. Für die nichtständigen familienfremden Arbeitskräfte wird als Gruppe, nur getrennt nach dem Geschlecht, die Arbeitsleistung im Betrieb in vollen Arbeitstagen erfragt.

Zur Unterscheidung der Bereiche „Landwirtschaftlicher Betrieb“ und „Haushalt des Betriebsinhabers“ ist anzumerken, daß diese beiden Bereiche bis zum Jahre 1970 nur zusammengefaßt erfragt und ausgewertet wurden. Dies geschah deshalb, weil der Betriebshaushalt wegen der engen Verflechtung mit dem Betrieb und wegen der Beköstigung und Versorgung familienfremder Arbeitskräfte als Betriebsteil angesehen wurde. Inzwischen hat der Haushalt im landwirtschaftlichen Betrieb fast ausschließlich privaten Charakter, d. h. er dient nur noch der Beköstigung und der Versorgung der Betriebsinhaberbefamilie. Nur noch wenige Betriebe haben überhaupt ständige familienfremde Arbeitskräfte, noch weniger haben solche in Kost und Wohnung. Trotzdem ist es im Interesse einer sauberen Abgrenzung der Arbeitszeiten im landwirtschaftlichen Betrieb erforderlich, nach den Arbeitszeiten im Haushalt zu fragen. Nur durch Vermeidung von Torsofragen kann mit brauchbaren Ergebnissen, insbesondere über die Arbeitsverhältnisse der Ehefrauen der Betriebsinhaber, gerechnet werden.

Da die Anzahl der nichtständigen familienfremden Arbeitskräfte relativ gering ist (bei der letzten Erhebung im Jahre 1985 12 800) und zudem keine detaillierten Auswertungskriterien über diesen Beschäftigtenkreis vorliegen, soll in diesem Beitrag auf eine Betrachtung der entsprechenden Ergebnisse verzichtet werden.

Die Größenklassenbezeichnungen werden im Nachfolgenden der Einfachheit halber abgekürzt wiedergegeben. So wird beispielsweise von 1 – 2 ha-Betrieben gesprochen, wenn es sich genau genommen um Betriebe mit 1 bis unter 2 ha LF handelt. — Vereinzelt auftretende Abweichungen in den Summen ergeben sich durch jeweils gesonderte Hochrechnungen.

In den Betrieben lebende und beschäftigte Familienangehörige

Bei der letzten Arbeitskräfteerhebung im Jahre 1985 wurden in Nordrhein-Westfalen 52 600 Haupterwerbs- und 41 100 Nebenerwerbsbetriebe festgestellt. In den Haupterwerbsbetrieben lebten 31 200 Kinder im Alter von unter 15 Jahren und 185 000 Personen im Alter von 15 und mehr Jahren. In den Nebenerwerbsbetrieben wurden 20 000 Kinder und 136 200 Erwachsene festgestellt. Wenn hier und auch im folgenden von Erwachsenen gesprochen wird, so geschieht dies lediglich aus Gründen einer sprachlichen Vereinfachung. Man muß sich dabei dessen bewußt sein, daß sich unter den Personen im Alter von 15 und mehr Jahren auch noch viele Jugendliche bzw. junge Leute in Ausbildung befinden.

Betrachtet man die Anzahl der Personen, bezogen auf die Anzahl der Betriebe, so ist zu erkennen, daß in den Haupterwerbsbetrieben im Durchschnitt sowohl mehr Kinder als auch mehr Erwachsene leben als in den Nebenerwerbsbetrieben. Darüber hinaus wächst in den Haupterwerbsbetrieben die Zahl der unter und der über 15 Jahre alten Familienangehörigen eindeutig mit steigender Betriebsgröße. So wurden 1985 je 100 Betriebe mit 1 bis 2 ha LF nur 24 Kinder, in 100 Betrieben mit 50 und mehr ha LF dagegen 80 Kinder angetroffen. Die größeren Betriebe bieten im allgemeinen offenbar eine bessere materielle Basis für Kinder als kleinere Einheiten. Oder mit anderen Worten: Viele kleine Einheiten werden noch bewirtschaftet, weil sie nur wenigen meist älteren Menschen eine Existenzgrundlage zu bieten vermögen. Bei den Erwachsenen zeigen die Zahlen mit zunehmender Betriebsgröße ebenfalls ansteigende Werte, wenn auch weit weniger drastisch als bei den Kindern. Die Spannweite lag 1985 in den Haupterwerbsbetrieben zwischen 278 Personen je 100 Betriebe mit 1 bis 2 ha und 378 Personen je 100 Betriebe mit 30 bis 50 ha LF. Flächengrößere

**Haupterwerbsbetriebe haben größere
Familien als Nebenerwerbsbetriebe**

Betriebsinhaber und ihre auf den landwirtschaftlichen Betrieben lebenden Familienangehörigen 1985*)							
Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... bis unter ... ha	Betriebe	Betriebsinhaber und ihre Familienangehörigen im Alter von					
		unter 15 Jahren			15 und mehr Jahren		
		1985		dagegen 1979	1985		dagegen 1979
		Anzahl	je 100 Betriebe		Anzahl	je 100 Betriebe	
Haupterwerbsbetriebe							
unter 1	2 363	785	33	73	6 781	287	296
1 — 2	2 318	564	24	66	6 444	278	333
2 — 5	3 145	1 204	38	62	9 377	298	321
5 — 10	3 994	1 297	33	63	13 057	327	335
10 — 20	12 107	6 385	53	88	42 341	350	364
20 — 30	12 643	8 350	66	110	47 296	374	375
30 — 50	11 671	9 055	78	119	44 060	378	377
50 und mehr	4 387	3 526	80	123	15 630	356	356
Insgesamt	52 628	31 166	59	97	184 986	352	361
Nebenerwerbsbetriebe							
unter 1	1 412	349	25	73	3 412	241	294
1 — 2	8 790	2 459	28	65	26 383	300	307
2 — 5	12 942	5 763	45	78	41 255	319	337
5 — 10	9 344	5 161	55	104	33 472	358	355
10 — 20	6 360	4 641	73	112	23 480	369	361
20 — 30	1 416	1 033	73	110	5 308	375	369
30 — 50	577	444	77	117	2 024	351	353
50 und mehr	293	122	42	68	885	302	307
Insgesamt	41 134	19 972	49	86	136 219	331	336

*) Betriebe in der Hand von natürlichen Personen

Betriebe haben oftmals von alters her auch die größeren Bauernhäuser mit entsprechenden Unterbringungsmöglichkeiten von Familienangehörigen. Die größten Betriebe mit 50 und mehr ha LF hatten in ihren Haushalten mit 356 Erwachsenen je 100 Betriebe offenbar wieder weniger Personen. Diese Betriebe sind wohl häufiger in der Lage, der älteren Generation eine gesonderte Altenteilerwohnung zur Verfügung zu stellen.

Auch bei den Nebenerwerbsbetrieben bildet die Betriebsgröße ein gewisses Kriterium für die Anzahl der auf den Betrieben lebenden Familienangehörigen. In dem Größenklassenbereich von 10 bis 50 ha LF wurden 1985 mit Werten von 73 bis 77 Kindern je 100 Betriebe relativ konstante Zahlen auf hohem Niveau festgestellt, während die größten Betriebe mit 50 und mehr ha LF nur 42 Kinder je 100 Betriebe aufwiesen und damit den Verhältnissen in den kleinen Betriebseinheiten nahekamen. Bei den Erwachsenenzahlen stiegen die Werte je 100 Nebenerwerbsbetriebe von 1 bis 30 ha LF von 300 auf 375 an, um in den Betrieben mit größerer Flächenausstattung etwa wieder auf den niedrigsten Wert abzusinken.

Zwischen 1979 und 1985 starke Abnahme an Kindern je Betrieb ...

Sowohl in den Haupterwerbs- als auch in den Nebenerwerbsbetrieben war die Zahl der Kinder in Nordrhein-Westfalen im Jahre 1979 noch entschieden höher als 1985. Im Durchschnitt aller Haupterwerbsbetriebe standen 97 Kinder je 100 Betriebe im Jahre 1979 59 Kindern sechs Jahre danach gegenüber. Die Relation bei den Nebenerwerbsbetrieben lautet 86 Kinder je 100 Betriebe in 1979 und 49 Kinder bei der Erhebung im vergangenen Jahr. Es ist schwer abzuschätzen, ob außer dem allgemeinen Geburtenrückgang ab den 70er Jahren noch andere Ursachen, wie ein spezifisches Verhalten der bäuerlichen Bevölkerung in den letzten Jahren, für den insgesamt beträchtlichen Rückgang in Frage kommen. Verschiebungen in der Zahl der Personen im Alter von 15 und mehr Jahren zwischen 1979 und 1985 sind dagegen kaum zu erkennen und dürften sich innerhalb der Marge der Zufallsfehler bewegen.

In einer weiteren Übersicht werden die Betriebsinhaber und ihre Familienangehörigen (im Alter von 15 und mehr Jahren) wiedergegeben, und zwar soweit sie 1985 im landwirtschaftlichen Betrieb tätig waren. Die Gesamtzahlen belaufen sich bei den Haupterwerbsbetrieben auf 117 100 Personen und bei den Nebenerwerbsbetrieben auf 77 300. Die Zahlen der Betriebsinhaber entsprechen denjenigen der Betriebe, da unterstellt wird, daß der Betriebsinhaber in jedem Fall einen Mindestaufwand für die Leitung bzw. Verwaltung des Betriebes zu leisten hat. In den Haupterwerbsbetrieben halfen den Betriebsinhabern 1985 23 000 und in den Nebenerwerbsbetrieben 14 000 männliche Familienangehörige. Die Zahlen der im Betrieb mithelfenden weiblichen Familienangehörigen betrugen in den Haupterwerbsbetrieben 41 500 und in

Familienarbeitskräfte im Alter von 15 und mehr Jahren in den landwirtschaftlichen Betrieben 1985*)								
Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... bis unter ... ha	Familienarbeitskräfte, im Betrieb beschäftigt							
	insgesamt		Betriebsinhaber		Familienangehörige			
					männlich		weiblich	
	1985	Veränderung 1985 gegenüber 1979	1985	Veränderung 1985 gegenüber 1979	1985	Veränderung 1985 gegenüber 1979	1985	Veränderung 1985 gegenüber 1979
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Haupterwerbsbetriebe								
unter 1	4 941	+ 1,9	2 363	+ 0,6	679	+31,6	1 899	- 4,2
1 - 2	4 152	+23,1	2 318	+33,4	545	+31,0	1 288	+ 5,8
2 - 5	6 099	+13,0	3 145	+19,4	1 074	+19,6	1 880	+ 0,9
5 - 10	7 897	-16,8	3 995	-16,4	1 253	-23,0	2 649	-14,2
10 - 20	26 275	-24,0	12 107	-23,1	4 664	-26,1	9 504	-24,0
20 - 30	29 607	-14,3	12 643	-15,6	6 109	-11,0	10 857	-14,4
30 - 50	28 298	+ 9,8	11 671	+ 4,8	6 361	+16,0	10 267	+12,2
50 und mehr	9 866	+33,9	4 386	+23,6	2 281	+43,0	3 199	+43,7
Insgesamt	117 135	- 6,6	52 628	- 7,5	22 965	- 3,1	41 542	- 7,1
Nebenerwerbsbetriebe								
unter 1	2 020	-24,9	1 412	-15,9	241	-30,1	367	-44,8
1 - 2	13 629	-16,9	8 790	-19,1	1 888	+ 1,7	2 951	-19,7
2 - 5	22 583	-22,7	12 942	-17,5	3 847	-16,9	5 794	-35,0
5 - 10	19 557	-11,3	9 344	-13,6	3 713	- 6,8	6 500	-10,3
10 - 20	14 677	+ 6,5	6 360	- 0,2	3 181	+10,9	5 136	+13,0
20 - 30	3 188	+37,6	1 416	+30,0	762	+53,3	1 010	+38,0
30 - 50	1 097	+18,1	577	+22,0	275	+18,0	245	+ 9,9
50 und mehr	542	+38,6	293	+21,1	142	+69,0	107	+64,6
Insgesamt	77 293	-11,9	41 134	-12,9	14 047	- 3,1	22 113	-15,2

*) Betriebe in der Hand von natürlichen Personen

den Nebenerwerbsbetrieben 22 100. Wie später noch gezeigt wird, handelt es sich bei den weiblichen Familienangehörigen ganz überwiegend um die Ehefrauen der Betriebsinhaber.

Da die Angaben über die Betriebsinhaber zugleich auch die Zahlen über die Betriebe wiedergeben, lassen sich auch die Veränderungsquoten der Betriebe für den Zeitraum 1979 bis 1985 ablesen. Dem langjährigen Trend entsprechend war die Zahl der Betriebe rückläufig, und zwar bei den Haupterwerbsbetrieben um 7,5 % und bei den Nebenerwerbsbetrieben um 12,9 %. Überraschend erscheint die Zunahme bei den kleinen Haupterwerbsbetrieben bis zu 5 ha Größe. Während die Einheiten unter 1 ha LF zahlenmäßig etwa unverändert blieben (+0,6 %), zeigte sich bei den Betrieben mit 1 bis 2 ha LF eine Zunahme um ein Drittel und bei den Betrieben mit 2 bis 5 ha LF eine Steigerung um ein Fünftel. Als mögliche Ursachen lassen sich eine eventuelle geringe Ausdehnung des hauptberuflichen Gartenbaues und ein Rückgang außerbetrieblicher Einkünfte möglicherweise auch als Folge der Arbeitslosigkeit anführen. Durchaus plausibel erscheint dagegen die rückläufige Entwicklung der Betriebe mit 5 bis 30 ha LF, während die größeren Betriebe ab 30 ha LF zahlenmäßig zunahmen. Die Nebenerwerbsbetriebe hatten im Berichtszeitraum bis zu einer Größe von 10 ha LF in den einzelnen Größenklassen Abnahmeraten zwischen 13,6 und 19,1 % zu verzeichnen. Die Betriebe mit 10 bis 20 ha LF blieben nahezu konstant (-0,2 %), während die wenigen größeren Einheiten an Zahl relativ stark expandierten.

Die Entwicklung der Zahl der mithelfenden Familienangehörigen entspricht in den Haupt- wie in den Nebenerwerbsbetrieben weitgehend der Entwicklung der Zahl der Betriebe.

... sowie Rückgang der Familienarbeitskräfte entsprechend dem Rückgang der Zahl der Betriebe

Betriebsinhaber

Die folgende Übersicht enthält Nachweisungen speziell über die Betriebsinhaber. Die Inhaber der landwirtschaftlichen Betriebe sind in aller Regel Männer, und zwar bei den Haupterwerbsbetrieben zu 93,5 % und bei den Nebenerwerbsbetrieben zu 87,0 %. Aus den Werten für die einzelnen Betriebsgrößenklassen läßt sich insbesondere bei den Haupterwerbsbetrieben als leichte Tendenz ablesen: je größer die Betriebe, desto häufiger treten Männer als Betriebsinhaber auf.

Betriebsinhaber der landwirtschaftlichen Betriebe 1985*)										
Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... bis unter ... ha	Betriebsinhaber, im Betrieb beschäftigt ¹⁾									
	zusammen	und zwar								
		weiblich	männlich	im Betrieb vollbeschäftigt		anderweitig erwerbstätig				
				1985		dagegen 1979	1985		dagegen 1979	
				Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Haupterwerbsbetriebe										
unter 1	2 363	282	2 081	88,1	1 859	78,7	85,2	72	3,1	4,4
1 — 2	2 318	358	1 960	84,6	1 015	43,8	64,1	147	6,3	16,7
2 — 5	3 145	553	2 592	82,4	1 442	45,9	56,6	421	13,4	13,0
5 — 10	3 994	458	3 536	88,5	2 454	61,4	64,9	540	13,5	17,5
10 — 20	12 107	764	11 343	93,7	9 985	82,5	84,0	957	7,9	8,5
20 — 30	12 643	524	12 119	95,9	11 386	90,1	90,1	454	3,6	3,5
30 — 50	11 671	338	11 333	97,1	10 716	91,8	91,4	189	1,6	2,2
50 und mehr	4 387	128	4 259	97,1	3 917	89,3	86,5	116	2,6	3,0
Insgesamt	52 628	3 405	49 223	93,5	42 774	81,3	83,8	2 896	5,5	6,7
Nebenerwerbsbetriebe										
unter 1	1 412	255	1 157	81,9	167	11,8	11,0	599	42,4	52,9
1 — 2	8 790	1 816	6 974	79,3	342	3,9	2,9	4 136	47,0	53,6
2 — 5	12 942	2 191	10 751	83,1	541	4,2	4,3	8 216	63,5	70,7
5 — 10	9 344	656	8 688	93,0	623	6,7	4,4	7 249	77,6	79,5
10 — 20	6 360	265	6 095	95,8	834	13,1	14,3	5 012	78,8	77,4
20 — 30	1 416	64	1 352	95,5	438	30,9	39,3	884	62,4	54,5
30 — 50	577	74	503	87,2	234	40,6	48,8	291	50,4	42,3
50 und mehr	293	35	258	88,1	161	55,0	34,7	84	28,7	35,1
Insgesamt	41 134	5 356	35 778	87,0	3 340	8,1	7,0	26 471	64,4	68,2

*) Betriebe in der Hand von natürlichen Personen — 1) Es wird unterstellt, daß der Betriebsinhaber in jedem Fall einen Mindestzeitaufwand für seinen Betrieb benötigt.

In Haupterwerbsbetrieben sind vier von fünf Betriebsinhabern vollbeschäftigt ...

In den Haupterwerbsbetrieben waren 1985 in Nordrhein-Westfalen vier von fünf Betriebsinhabern (81,3 %) in der Landwirtschaft vollbeschäftigt, d. h. sie hatten eine wöchentliche Arbeitszeit von mindestens 42 Stunden. In den kleinsten Einheiten mit weniger als 1 ha LF, in der Regel Gartenbaubetriebe, wurden 78,7 % als Vollbeschäftigte registriert. Die sonstigen kleinen Betriebe mit 1 bis 5 ha LF weisen dagegen Anteilsätze auf, die zeigen, daß nur knapp jeder zweite Betriebsinhaber im Betrieb vollbeschäftigt war. Auch noch die Inhaber der Haupterwerbsbetriebe mit 5 bis 10 ha LF waren nur vergleichsweise selten, und zwar zu 61,4 % in ihren Betrieben vollbeschäftigt. Ein Blick auf die Erwerbstätigkeit der Betriebsinhaber der kleinen Haupterwerbsbetriebe von 1 bis 10 ha Größe außerhalb der Landwirtschaft gibt zu erkennen, daß sie mit 6,3 bis 13,5 % überdurchschnittlich oft außerlandwirtschaftlich tätig sind. Von den insgesamt 9 500 Betriebsinhabern der genannten Kleinbetriebe verbleibt aber ein beträchtlicher Rest, der weder im landwirtschaftlichen Betrieb vollbeschäftigt noch anderweitig erwerbstätig ist, und der in der Regel über ein nur geringes Einkommen verfügen dürfte. In den Haupterwerbsbetrieben ab 10 ha Größe sind die Betriebsinhaber je nach Größenklasse zu 83 bis zu 92 % betrieblich vollbeschäftigt; eine außerbetriebliche Erwerbstätigkeit stellt mit Anteilswerten zwischen 1,6 und 7,9 % für diesen Personenkreis nur eine Ausnahme dar.

... in Nebenerwerbsbetrieben dagegen nur jeder zwölfte

Bei den Nebenerwerbsbetrieben liegen die Schwerpunkte von betrieblicher und außerbetrieblicher Tätigkeit genau umgekehrt. Während deren Haupterwerb zumeist außerhalb des Betriebes liegt, ist eine Vollbeschäftigung im landwirtschaftlichen Betrieb nur selten festzustellen. Doch das Verhältnis der beiden Arbeitsbereiche zueinander wird auch von der Betriebsgröße mitbestimmt. Die Betriebsinhaber der Nebenerwerbsbetriebe waren 1985 in Nordrhein-Westfalen zu knapp zwei Dritteln (64,4 %) anderweitig erwerbstätig, wobei die anderweitige Erwerbstätigkeit bis zu einer Betriebsgröße von 20 ha von 42,4 auf 78,8 % anstieg, um in den größeren Betrieben bis auf 28,7 % abzusinken (50 und mehr ha LF). Analog dazu war eine Vollbeschäftigung im landwirtschaftlichen Betrieb bis zu einer Betriebsgröße von 20 ha LF mit Werten bis zu 13,1 % recht selten, während in den Nebenerwerbsbetrieben ab 20 ha LF Zahlenwerte von 31 bis zu 55 % erreicht wurden. Von sämtlichen Betriebsinhabern der Nebenerwerbsbetriebe waren 1985 allerdings nur 8,1 % in der Landwirtschaft vollbeschäftigt.

Vergleicht man die Anteilsquoten zwischen 1985 und 1979, dann lassen sich für die Gesamtheiten der Betriebe nur geringe Verschiebungen in den Arbeitsbereichen „Vollbeschäftigung im landwirtschaftlichen Betrieb“ und „anderweitige Erwerbs-

tätigkeit" beobachten. In einzelnen Größenklassen sind jedoch bemerkenswerte Veränderungen zu verzeichnen. So waren bei den **Haupterwerbsbetrieben** mit 1 bis 2 ha LF 1979 noch 64,1 % der Betriebsinhaber vollbeschäftigt, sechs Jahre danach hingegen nur noch 43,8 %. Bei den Betriebsinhabern dieser Größenklasse verminderte sich gleichzeitig die anderweitige Erwerbstätigkeit von 16,7 % (1979) auf 6,3 % (1985). Auch in der folgenden Größenklasse „2 bis 5 ha LF“ ist ein deutlicher Rückgang der Vollbeschäftigung im Betrieb von 56,6 % im Jahre 1979 auf 45,9 % im Jahre 1985 zu erkennen. Bei der anderweitigen Erwerbstätigkeit blieben in dieser Größenklasse die Anteilswerte mit 13,0 und 13,4 % für die Jahre 1979 und 1985 jedoch nahezu konstant.

Ehegatten der Betriebsinhaber

Neben dem Betriebsinhaber stellt der Ehegatte des Betriebsinhabers die zweite tragende Säule des bäuerlichen Familienbetriebes dar. Für kaum einen Beruf spielt – auch heute noch – die Mitarbeit der Frau im Betrieb eine so große Rolle wie in der Landwirtschaft. Wegen der oftmals schwierigen Arbeits- und auch Lebensbedingungen in diesem Berufszweig ist es heutzutage keine Selbstverständlichkeit mehr, daß ein Betriebsinhaber eine Ehefrau findet.

Aus der Übersicht läßt sich entnehmen, daß ein Ehegatte nur in 79,1 % der **Haupterwerbsbetriebe** und in 80,2 % der **Nebenerwerbsbetriebe** vorhanden ist. In nur einem Teil der Fälle ist der Ehegatte wahrscheinlich durch Tod oder Scheidung bereits ausgeschieden. Weit häufiger dürfte ein Ehegatte aber (noch) nicht gefunden worden sein. Für diese These spricht die Tatsache, daß gerade die Betriebsinhaber kleinerer besonders arbeitsintensiver **Haupterwerbsbetriebe** oftmals keinen Ehegatten aufweisen können. So befand sich 1985 in nur zwei von drei **Haupterwerbsbetrieben** mit 1 bis 5 ha LF ein Ehegatte. In den folgenden Größenklassen steigen die Werte dann kontinuierlich an und erreichen bei den Betrieben mit 50 und mehr ha LF schließlich 85,9 %. Mit zunehmender Betriebsgröße werden im allgemeinen die Arbeits- und Lebensbedingungen und nicht zuletzt die finanziellen Verhältnisse, d. h. der Lebensstandard, attraktiver und machen eine Einheirat interessant. Bei den **Nebenerwerbsbetrieben** spielt die Betriebsgröße für eine Einheirat dagegen nur eine untergeordnete Rolle. Hier dürfte die Doppel- bis Dreifachbelastung der Tätigkeit im Haushalt sowie der betrieblichen und/oder außerbetrieblichen Tätigkeit oftmals das Haupthindernis für eine Eheschließung darstellen. Die in der Regel zwei Berufe, denen das Betriebsinhaberehepaar nachgeht, schaffen zwar zumeist ein befriedigendes Einkommen; sie führen aber häufig zu einer hohen Arbeitsbelastung, die den Spielraum für Freizeit oder Urlaub stark einschränkt.

**Betriebsinhaber kleiner
Haupterwerbsbetriebe oftmals
ohne Ehepartner**

Ehegatten der Betriebsinhaber der landwirtschaftlichen Betriebe 1985*) nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche						
Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... bis unter ... ha	Betriebe insgesamt	Ehegatten der Betriebsinhaber				Anteil der Betriebe mit Ehegatten ¹⁾
		Ehemänner	Ehefrauen		zusammen	
			Anzahl	%		
Haupterwerbsbetriebe						
unter 1	2 363	83	1 705	95,4	1 788	75,7
1 — 2	2 318	43	1 503	97,2	1 546	66,7
2 — 5	3 145	171	1 943	91,9	2 114	67,2
5 — 10	3 994	110	2 787	96,2	2 897	72,5
10 — 20	12 107	323	9 074	96,6	9 397	77,6
20 — 30	12 643	213	10 014	97,9	10 227	80,9
30 — 50	11 671	163	9 708	98,3	9 871	84,6
50 und mehr	4 387	56	3 712	98,5	3 768	85,9
Insgesamt	52 628	1 162	40 446	97,2	41 608	79,1
Nebenerwerbsbetriebe						
unter 1	1 412	146	694	82,6	840	59,5
1 — 2	8 790	628	5 904	90,4	6 532	74,3
2 — 5	12 942	1 281	9 210	87,8	10 491	81,1
5 — 10	9 344	395	7 369	94,9	7 764	83,1
10 — 20	6 360	193	5 272	96,5	5 465	85,9
20 — 30	1 416	49	1 127	95,8	1 176	83,1
30 — 50	577	17	468	96,5	485	84,1
50 und mehr	293	25	211	89,4	236	80,5
Insgesamt	41 134	2 734	30 255	91,7	32 989	80,2

*) Betriebe in der Hand von natürlichen Personen — 1) an den Betrieben insgesamt

Entsprechend dem Verhältnis von männlichen zu weiblichen Betriebsinhabern beträgt auch der Anteil der Ehefrauen bei den Haupterwerbsbetrieben 1985 97,2 % und bei den Nebenerwerbsbetrieben 91,7 %. Die Verteilung der Ehefrauen auf die Größenklassen entspricht weitgehend derjenigen der männlichen Betriebsinhaber.

Im folgenden sollen die Tätigkeiten der Ehegatten der Betriebsinhaber, getrennt nach Ehefrauen und Ehemännern, näher betrachtet werden. Hierbei geht es um die Arbeitsbereiche „landwirtschaftlicher Betrieb“ und „Erwerbstätigkeit außerhalb des Betriebes“. Der Umfang der Tätigkeit der Ehefrau, der sich aus der Doppelfunktion im Haushalt und Betrieb ergibt, wird bei der Erhebung zwar gesondert erfragt, in den Auswertungstabellen aber nicht nachgewiesen.

Die Ehefrauen der Betriebsinhaber der Haupterwerbsbetriebe waren 1985 in Nordrhein-Westfalen zu vier Fünfteln (80,4 %) im Betrieb beschäftigt. In den Betrieben mit Flächen zwischen 10 und 50 ha LF waren die Ehefrauen mit Prozenwerten von 82,1 bis 84,8 % am häufigsten, in den Betrieben zwischen 1 und 10 ha sowie ab 50 ha LF mit Werten von 68,9 bis 75,4 % dagegen weniger oft beschäftigt. Allerdings haben diese Zahlen insofern nur eine beschränkte Aussagekraft, als sie nichts über Art und Schwere der Beschäftigung im Betrieb aussagen. Um dies festzustellen, müßte der tatsächlich geleistete Arbeitseinsatz in den verschiedenen betrieblichen Tätigkeitsfeldern ermittelt werden. Es ist nämlich ein großer Unterschied, ob Frauen schwere körperliche Arbeit, wie z. B. das Ausmisten eines veralteten Kuhstalls, verrichten müssen, oder ob sie mehr mit organisatorischen oder kaufmännischen Aufgaben, wie z. B. mit Buchführung, betraut sind. Leider enthält die amtliche Agrarstatistik zu diesem Fragenkomplex keinerlei Angaben.

Ehefrauen der Betriebsinhaber der Haupterwerbsbetriebe zu vier Fünfteln im Betrieb beschäftigt ...

Ehegatten der Betriebsinhaber der landwirtschaftlichen Betriebe 1985*) nach ihrer Beschäftigung										
Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... bis unter ... ha	Ehegatten der Betriebsinhaber									
	Ehemänner					Ehefrauen				
	zusammen	darunter				zusammen	darunter			
		im Betrieb beschäftigt		anderweitig erwerbstätig			im Betrieb beschäftigt		anderweitig erwerbstätig	
		Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl	%	Anzahl	%
Haupterwerbsbetriebe										
unter 1	83	76	91,6	—	—	1 705	1 421	83,3	52	3,1
1 — 2	43	21	48,8	23	53,5	1 503	1 035	68,9	19	1,3
2 — 5	171	84	49,1	34	19,9	1 943	1 358	69,9	55	2,8
5 — 10	110	94	85,5	43	39,1	2 787	2 100	75,4	113	4,1
10 — 20	323	312	96,6	55	17,0	9 074	7 637	84,2	357	3,9
20 — 30	213	199	93,4	30	14,1	10 014	8 491	84,8	258	2,6
30 — 50	163	148	90,8	7	4,3	9 708	7 967	82,1	289	3,0
50 und mehr	56	41	73,2	22	39,3	3 712	2 527	68,1	133	3,6
Insgesamt	1 162	976	84,0	213	18,3	40 446	32 535	80,4	1 275	3,2
Nebenerwerbsbetriebe										
unter 1	146	91	62,3	103	70,5	694	287	41,4	165	23,8
1 — 2	628	472	75,2	338	53,8	5 904	2 388	40,5	805	13,6
2 — 5	1 281	1 021	79,7	901	70,3	9 210	4 704	51,1	1 042	11,3
5 — 10	395	335	84,8	281	71,1	7 369	5 199	70,6	805	10,9
10 — 20	193	166	86,0	157	81,4	5 272	3 897	73,9	751	14,3
20 — 30	49	42	85,7	42	85,7	1 127	720	63,9	409	36,3
30 — 50	17	8	47,1	8	47,1	468	183	39,1	176	37,6
50 und mehr	25	23	92,0	19	76,0	211	85	40,3	66	31,3
Insgesamt	2 734	2 157	78,9	1 849	67,6	30 255	17 462	57,7	4 218	13,9

*) Betriebe in der Hand von natürlichen Personen

Ein Blick zurück in die Zahlenübersicht zeigt, daß die Ehefrauen der Betriebsinhaber von Haupterwerbsbetrieben mit durchschnittlich 3,2 % nur ganz selten einer Erwerbstätigkeit außerhalb des Betriebes nachgehen.

Die Ehefrauen der Betriebsinhaber der Nebenerwerbsbetriebe sind hingegen entschieden häufiger anderweitig erwerbstätig als ihre Kolleginnen aus den Haupterwerbsbetrieben. 1985 waren es 13,9 %, und damit jede siebte Frau. Gemessen an ihren Ehemännern, den Betriebsinhabern der Nebenerwerbsbetriebe, die — wie bereits erwähnt — zu etwa zwei Dritteln Geld außerhalb der Landwirtschaft verdienen, ist der Umfang der Erwerbstätigkeit der Ehefrauen außerhalb des Betriebes dagegen eher als

bescheiden zu bezeichnen. In den größeren Nebenerwerbsbetrieben ab 20 ha LF, in denen sich die Betriebsinhaber bei relativ geringer außerbetrieblicher Erwerbstätigkeit mehr ihren Betrieben widmeten, stieg die anderweitige Erwerbstätigkeit der Ehefrauen auf Werte zwischen 31,3 und 37,6 % an. Die Frauen der Betriebsinhaber der Nebenerwerbsbetriebe waren 1985 mit einem Anteil von 57,7 % im landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigt, wobei die Zahlenwerte in den einzelnen Betriebsgrößenklassen zwischen 39 und 74 % differierten – mit deutlichem Schwerpunkt der betrieblichen Mitarbeit in den mittleren Betrieben. Verglichen mit dem Anteil der betrieblichen Tätigkeit der Ehefrauen in den Haupterwerbsbetrieben von 80,4 %, lag der entsprechende Anteil der Ehefrauen in den Nebenerwerbsbetrieben insgesamt um nahezu ein Drittel darunter.

... dagegen nur knapp drei Fünftel der Ehefrauen der Betriebsinhaber der Nebenerwerbsbetriebe

Die wenigen Ehemänner der nur wenigen weiblichen Betriebsinhaber der Haupterwerbsbetriebe waren im Durchschnitt aller Betriebsgrößen 1985 zu 84 % im Betrieb tätig, bei deutlich niedrigerem Anteil von 49 % in den Betrieben mit 1 bis 5 ha LF. 18,3 % der Ehemänner waren anderweitig erwerbstätig, wobei die Schwankungsbreite der Zahlen in den einzelnen Größenklassen sehr groß war und zwischen 4 und 54 % betrug. Die Männer der weiblichen Betriebsinhaber der Nebenerwerbsbetriebe waren dagegen zu zwei Dritteln, und damit rd. viermal so häufig, außerhalb des Betriebes erwerbstätig. Trotzdem waren sie mit 78,9 % fast genauso häufig in den landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt wie die Ehemänner in den Haupterwerbsbetrieben, sicherlich aber mit weniger Arbeitszeit.

Männliche Familienangehörige

Als nächstes wird untersucht, inwieweit die männlichen Familienangehörigen der Betriebsinhaber – im Alter ab 15 Jahren und mit Ausnahme der Ehemänner der weiblichen Betriebsinhaber – im Betrieb bzw. außerhalb des landwirtschaftlichen Betriebes im vergangenen Jahr tätig waren. 1985 wurden 44 500 solche männlichen Personen in den Haupterwerbsbetrieben festgestellt. 22 000 dieser männlichen Personen (49,5 %) waren im Betrieb beschäftigt, davon 4 600 bzw. 10,3 % außerdem auch anderweitig erwerbstätig. Insgesamt waren 12 800, d. s. 28,7 %, außerhalb des Betriebes erwerbstätig. Durch Differenzbildung ergibt sich, daß im Jahre 1985 14 300 männliche Familienangehörige (32 %) in keinem der beiden genannten Arbeitsbereiche beschäftigt waren. Es dürfte sich dabei überwiegend um jüngere Leute

Männliche Familienangehörige in den Haupterwerbsbetrieben zur Hälfte im Betrieb beschäftigt ...

Männliche Familienangehörige*) der Betriebsinhaber der landwirtschaftlichen Betriebe 1985**)								
Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... bis unter ... ha	Betriebe	Männliche Familienangehörige ¹⁾						
		insgesamt	darunter					
			im Betrieb beschäftigt			anderweitig erwerbstätig		
			zusammen		voll- be- schäftigt	zusammen		darunter auch im Betrieb beschäftigt
			Anzahl		%		Anzahl	%
Haupterwerbsbetriebe								
unter 1	2 363	1 327	603	45,4	21,7	286	21,6	3,6
1 – 2	2 318	1 340	524	39,1	13,0	512	38,2	8,3
2 – 5	3 145	2 089	990	47,4	12,6	974	46,6	22,1
5 – 10	3 994	3 091	1 159	37,5	5,0	1 329	43,0	17,5
10 – 20	12 107	9 936	4 352	43,8	11,3	3 904	39,3	15,0
20 – 30	12 643	11 788	5 910	50,1	19,5	2 963	25,1	8,4
30 – 50	11 671	11 207	6 213	55,4	22,2	2 251	20,1	6,7
50 und mehr	4 387	3 685	2 240	60,8	28,4	542	14,7	4,6
Insgesamt	52 628	44 462	21 989	49,5	17,6	12 762	28,7	10,3
Nebenerwerbsbetriebe								
unter 1	1 412	564	150	26,6	4,3	234	41,5	4,6
1 – 2	8 790	5 813	1 416	24,4	0,8	3 547	61,0	16,2
2 – 5	12 942	8 849	2 826	31,9	1,3	4 692	53,0	20,3
5 – 10	9 344	8 196	3 378	41,2	1,7	4 088	49,9	22,7
10 – 20	6 360	5 697	3 015	52,9	4,4	2 380	41,8	24,4
20 – 30	1 416	1 333	720	54,0	14,1	377	28,3	11,9
30 – 50	577	491	267	54,4	12,0	103	21,0	7,5
50 und mehr	293	171	119	69,6	21,1	37	21,6	15,8
Insgesamt	41 134	31 113	11 890	38,2	2,7	15 457	49,7	20,0

*) im Alter von 15 und mehr Jahren — **) Betriebe in der Hand von natürlichen Personen — 1) ohne männliche Ehegatten von Betriebsinhabern

handeln, die sich noch in der Ausbildung befinden, z. T. aber auch um Rentner, die bereits aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind. Eine Mithilfe im Betrieb kommt um so häufiger vor, je größer die Betriebe sind.

Die Anzahl der männlichen Familienangehörigen, die in den Haupterwerbsbetrieben vollbeschäftigt waren, betrug 1985 nur 17,6 %. Dabei steigt mit zunehmender Betriebsgröße die Vollbeschäftigung mithelfender männlicher Personen an. In der Mehrzahl dieser Fälle dürfte es sich um sog. Vater-Sohn-Betriebe handeln, in denen der Sohn bis zur Hofübergabe im Betrieb voll mitarbeitet.

In den Nebenerwerbsbetrieben wurden im Jahre 1985 31 100 männliche Personen im Alter von 15 und mehr Jahren gezählt, von denen mit 11 900 immerhin noch 38,2 % im Betrieb beschäftigt waren. Diese Mithilfe im Betrieb war — wie bei den Haupterwerbsbetrieben — in den größeren Betrieben häufiger festzustellen als in den kleineren. Eine Vollbeschäftigung im Nebenerwerbsbetrieb war hingegen bei nur 2,7 % der genannten Personen zu beobachten und bildete damit eine große Ausnahme. Immerhin die Hälfte der mithelfenden männlichen Personen (49,7 %) ging 1985 einer anderweitigen Erwerbstätigkeit nach. Dies geschah in den kleinen Nebenerwerbsbetrieben relativ häufig, in den größeren dagegen seltener, wohl deshalb, weil hier die Landwirtschaft oftmals noch genügend Beschäftigung bot. Die Doppelbelastung von betrieblicher und außerbetrieblicher Tätigkeit trat bei diesem Personenkreis mit 20 % doppelt so oft auf wie bei den männlichen Familienangehörigen der Haupterwerbsbetriebe.

... im Vergleich zu knapp zwei
Fünfteln in den Nebenerwerbsbetrieben

Weibliche Familienangehörige

Ebenso wie die männlichen Familienangehörigen werden auch die weiblichen Familienangehörigen einer Betrachtung hinsichtlich ihrer Mithilfe im Betrieb und einer evtl. anderweitigen Erwerbstätigkeit unterzogen. Bei dieser Gruppe wurden analog zu den männlichen Familienangehörigen die Zahlen über die weiblichen Ehegatten der Betriebsinhaber sowie über die Kinder im Alter von unter 15 Jahren nicht berücksichtigt.

Die Anzahl der so ermittelten weiblichen Familienangehörigen entspricht bei den Haupt- und bei den Nebenerwerbsbetrieben etwa denen der entsprechenden männlichen Personen. So gab es 1985 in den Haupterwerbsbetrieben Nordrhein-Westfalens 46 300 und in den Nebenerwerbsbetrieben 31 000 weibliche Familienangehörige.

Weibliche Familienangehörige*) der Betriebsinhaber der landwirtschaftlichen Betriebe 1985**)						
Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... bis unter ... ha	Betriebe	Weibliche Familienangehörige ¹⁾				
		insgesamt	darunter			
			im Betrieb beschäftigt		anderweitig erwerbstätig	
	Anzahl	%	Anzahl	%		
Haupterwerbsbetriebe						
unter 1	2 363	1 303	478	36,7	192	14,7
1 — 2	2 318	1 240	253	20,4	286	23,1
2 — 5	3 145	2 029	522	25,7	622	30,7
5 — 10	3 994	3 075	550	17,9	902	29,3
10 — 20	12 107	10 901	1 867	17,1	2 533	23,2
20 — 30	12 643	12 638	2 364	18,7	2 899	22,9
30 — 50	11 671	11 311	2 299	20,3	2 198	19,4
50 und mehr	4 387	3 791	672	17,7	599	15,8
Insgesamt	52 628	46 289	9 007	19,5	10 232	22,1
Nebenerwerbsbetriebe						
unter 1	1 412	596	80	13,4	114	19,1
1 — 2	8 790	5 248	563	10,7	1 783	34,0
2 — 5	12 942	8 973	1 090	12,2	2 969	33,1
5 — 10	9 344	8 168	1 301	15,9	2 234	27,4
10 — 20	6 360	5 958	1 239	20,8	1 285	21,6
20 — 30	1 416	1 384	290	21,0	268	19,4
30 — 50	577	471	62	13,2	93	19,8
50 und mehr	293	185	22	11,9	37	20,0
Insgesamt	41 134	30 984	4 651	15,0	8 784	28,4

*) im Alter von 15 und mehr Jahren — **) Betriebe in der Hand von natürlichen Personen — 1) ohne weibliche Ehegatten von Betriebsinhabern

Die weiblichen Familienangehörigen waren in den Haupterwerbsbetrieben mit 9 000 Personen etwa zu einem Fünftel (19,5 %) und in den Nebenerwerbsbetrieben mit 4 700 Personen zu rd. einem Siebtel (15,0 %) in den Betrieben tätig. Die Mitarbeit der weiblichen Familienangehörigen in den Betrieben ist naturgemäß viel seltener als die der mithelfenden männlichen Familienangehörigen, weil die weiblichen Familienangehörigen zumeist noch im Haushalt behilflich sind und weil für sie als Nichthofnachfolger eine landwirtschaftliche Ausbildung nicht in Frage kommt. Während sich die Mithilfe im Betrieb bei den Haupterwerbsbetrieben anteilmäßig auf alle Größenklassen etwa gleichermaßen erstreckte, war in den Nebenerwerbsbetrieben eine gewisse Konzentration auf den Größenbereich 5 bis 30 ha LF zu erkennen. Eine anderweitige Erwerbstätigkeit wurde 1985 bei den weiblichen Familienangehörigen der Haupterwerbsbetriebe zu 22,1 % und bei den weiblichen Familienangehörigen der Nebenerwerbsbetriebe zu 28,4 % festgestellt. Die absoluten Zahlen lauten 10 200 bzw. 8 800 Personen. In den Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben ist die Erwerbstätigkeit der weiblichen Familienangehörigen außerhalb der Landwirtschaft in den kleineren Einheiten deutlich größer als in den größeren Betrieben.

**Weibliche Familienangehörige
zu 19,5 % (Haupterwerbsbetriebe) bzw.
zu 15,0 % (Nebenerwerbsbetriebe)
im Betrieb beschäftigt**

Arbeitsleistung der Familienarbeitskräfte

Um die in der Landwirtschaft stark verbreitete Teilbeschäftigung messen zu können, hat man in die amtliche Agrarstatistik einen Begriff aus der landwirtschaftlichen Betriebslehre übernommen, die Arbeitskrafteinheit (= AK-Einheit). Sie ist die von einer voll arbeitsfähigen Person im landwirtschaftlichen Betrieb geleistete Arbeit (gemessen an der Arbeitszeit). Die von den teilbeschäftigten Personen geleistete Arbeit wird aufgrund der tatsächlichen Arbeitsstunden und der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitsstunden der Vollbeschäftigten auf Arbeitskrafteeinheiten umgerechnet. Die Arbeitszeit von 15- bis unter 16jährigen wird mit 50 % und die von 65jährigen und älteren Familienangehörigen zu 30 % angerechnet. — Über den quantitativen Arbeits-einsatz im Haushalt liegen leider keine statistischen Ergebnisse vor.

Die Zahlen in der nachfolgenden Übersicht geben die Arbeitskrafteinheiten der Betriebsinhaber und ihrer Familienangehörigen absolut und prozentual in den Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben Nordrhein-Westfalens wieder. In den Haupterwerbsbetrieben wurden 1985 von den familieneigenen Arbeitskräften 74 700 AK-Einheiten geleistet. 46 500 AK-Einheiten (62,2 %) entfielen davon auf die Betriebsinhaber, 800 (1,0 %) auf die männlichen Ehegatten der Betriebsinhaber, 13 700 (18,3 %) auf die

Arbeitsleistung der Familienarbeitskräfte im Alter von 15 und mehr Jahren in den landwirtschaftlichen Betrieben 1985*)											
Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... bis unter ... ha	Betriebliche Arbeitsleistung der Familienarbeitskräfte										
	insgesamt	davon									
		Betriebsinhaber		Ehegatten der Betriebsinhaber				sonstige Familienangehörige ¹⁾			
				Ehemänner		Ehefrauen		männlich		weiblich	
				AK-Einheiten	%	AK-Einheiten	%	AK-Einheiten	%	AK-Einheiten	%
Haupterwerbsbetriebe											
unter 1	3 495	2 050	58,7	64	1,8	755	21,6	392	11,2	234	6,7
1 — 2	2 251	1 402	62,3	15	0,7	459	20,4	274	12,2	102	4,5
2 — 5	3 308	2 010	60,8	49	1,5	584	17,7	442	13,4	223	6,7
5 — 10	4 538	3 039	67,0	59	1,3	896	19,7	403	8,9	140	3,1
10 — 20	16 693	10 836	64,9	267	1,6	3 235	19,4	1 825	10,9	530	3,2
20 — 30	19 461	11 901	61,2	157	0,8	3 599	18,5	3 119	16,0	685	3,5
30 — 50	18 388	11 115	60,5	134	0,7	3 193	17,4	3 284	17,9	661	3,6
50 und mehr	6 610	4 113	62,2	32	0,5	957	14,5	1 316	19,9	192	2,9
Insgesamt	74 742	46 465	62,2	776	1,0	13 678	18,3	11 059	14,8	2 764	3,7
Nebenerwerbsbetriebe											
unter 1	680	479	70,4	26	3,8	97	14,3	51	7,4	27	4,0
1 — 2	3 344	2 322	69,4	103	3,1	568	17,0	256	7,7	95	2,8
2 — 5	6 314	3 912	62,0	305	4,8	1 294	20,5	613	9,7	190	3,0
5 — 10	6 567	3 584	54,6	117	1,8	1 746	26,6	798	12,2	322	4,9
10 — 20	5 471	2 867	52,4	74	1,4	1 465	26,8	769	14,1	295	5,4
20 — 30	1 447	822	56,8	15	1,0	261	18,0	280	19,4	70	4,8
30 — 50	563	353	62,7	5	0,9	69	12,3	109	19,4	27	4,8
50 und mehr	301	204	67,8	5	1,7	32	10,6	49	16,3	11	3,7
Insgesamt	24 687	14 543	58,9	650	2,6	5 532	22,4	2 926	11,9	1 035	4,2

*) Betriebe in der Hand von natürlichen Personen — 1) ohne Ehegatten von Betriebsinhabern

**Ehefrauen der Betriebsinhaber
verrichten — zusätzlich zur
Haushaltstätigkeit — rd. ein
Fünftel der betrieblichen
Arbeitsleistung**

weiblichen Ehegatten der Betriebsinhaber, 11 100 (14,8 %) auf die männlichen und 2 800 (3,7 %) auf die weiblichen Familienangehörigen. Diese Zahlen machen deutlich, daß nach den Betriebsinhabern die Ehefrauen der Betriebsinhaber den zweitgrößten Teil der betrieblichen Arbeiten verrichten — neben ihrer sicherlich beträchtlichen Arbeitsleistung im Haushalt. Auf die Ehefrauen folgen mit nur geringem Abstand die männlichen Familienangehörigen, während die weiblichen Familienangehörigen nur einen kleinen Bruchteil der betrieblichen Arbeitsleistung der Familien bestreiten. Jedoch ist bei den weiblichen Familienangehörigen zu berücksichtigen, daß sie einen beachtlichen Beitrag zum Betriebshaushalt leisten dürften. Bei der Arbeitsleistung der Ehefrauen der Betriebsinhaber zeigt sich eine Abhängigkeit von der Betriebsgröße. Mit zunehmender Betriebsgröße geht der Anteil der AK-Einheiten der Ehefrauen leicht zurück. Die umgekehrte Tendenz wird bei den männlichen Familienangehörigen sichtbar, bei denen die größten Arbeitsleistungs-Anteile in den obersten Größenklassen zu verzeichnen sind.

In den Nebenerwerbsbetrieben wurden 1985 von den Familienarbeitskräften 24 700 AK-Einheiten geleistet, also ein Drittel der Arbeitsleistung der Haupterwerbsbetriebe. Von sämtlichen Familienarbeitskräfteinheiten entfielen 14 500 (58,9 %) auf die Betriebsinhaber, 650 (2,6 %) auf die männlichen Ehegatten der Betriebsinhaber, 5 500 (22,4 %) auf die weiblichen Ehegatten der Betriebsinhaber, 2 900 (11,9 %) auf die männlichen und 1 000 (4,2 %) auf die weiblichen Familienangehörigen. Die Arbeitsleistung der Ehefrauen der Betriebsinhaber fällt bei den Nebenerwerbsbetrieben noch stärker ins Gewicht als bei den Ehefrauen der Haupterwerbsbetriebe und ist ein Hinweis auf die besondere Gesamtbelastung dieser Frauen. Das größte Arbeitsvolumen entfällt auf die Ehefrauen in den Nebenerwerbsbetrieben mit 5 bis 20 ha LF; mit rd. 27 % erledigten sie 1985 gut ein Viertel der gesamten Arbeit der Betriebe bzw. rd. die Hälfte der Arbeit ihrer Ehemänner. Die männlichen Familienangehörigen haben mit 19,4 % den größten Anteil an der Arbeitsleistung der Familienarbeitskräfte in den Betrieben mit 20 bis 50 ha LF.

Familienarbeitskräfte nach Altersgruppen

Zum Auswertungsprogramm der Arbeitskräftestatistik gehört seit jeher auch eine Gliederung der im Betrieb lebenden und beschäftigten Familienangehörigen nach Altersgruppen. Eine Unterscheidung nach Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben liegt für diese Aufbereitungsversion jedoch leider nicht vor. Anhand einer Übersicht wird die Altersstruktur der im Betrieb beschäftigten Familienarbeitskräfte wiedergegeben.

Die Betriebsinhaber wiesen bei der Arbeitskräfteerhebung im Jahre 1985 in Nordrhein-Westfalen eine Altersstruktur auf, die erkennen läßt, daß jeweils rd. ein Drittel der Betriebsinhaber auf die Altersgruppen „15 bis 44 Jahre alt“, „45 bis 54 Jahre alt“ und „55 Jahre und älter“ entfiel. Die Randgruppen sind dabei jeweils nur schwach besetzt: Unter 30 Jahre alt waren lediglich 5,9 % und über 65 Jahre alt 8,3 % der Betriebsinhaber. Die Zahlen lassen im Vergleich zu anderen Berufsgruppen insgesamt ein relativ hohes Alter der Landwirte erkennen. Dies dürfte hauptsächlich daran liegen, daß die Betriebe in der Regel nur für eine Generation eine ausreichende Existenzgrundlage bieten. Viele Betriebe werden deshalb oft erst mit Erreichen der Altersgrenze des Betriebsinhabers zur Pacht oder als Eigentum an den Hofnachfolger übergeben. Vor diesem Zeitpunkt ist zumeist auch eine Regelung bzgl. einer eventuellen Abfindung der weichen Erben kaum möglich.

Die im Betrieb mitarbeitenden Ehefrauen stellen nicht die Gesamtheit der Ehefrauen der männlichen Betriebsinhaber dar und lassen sich deshalb auch nur mit Einschränkung der Altersgruppierung aller Betriebsinhaber gegenüberstellen. Diese Einschränkung vorausgeschickt, läßt sich aber erkennen, daß die mitarbeitenden Ehefrauen um den üblichen Altersunterschied jünger sind als die Betriebsinhaber. Allein 40 % sind unter 45 Jahre alt, 39,3 % 45 bis 54 Jahre alt und restliche 20,7 % 55 Jahre und älter. Die im Betrieb beschäftigten Ehemänner von weiblichen Betriebsinhabern entsprechen dagegen in ihrer Alterszusammensetzung etwa derjenigen der Gesamtheit der Betriebsinhaber.

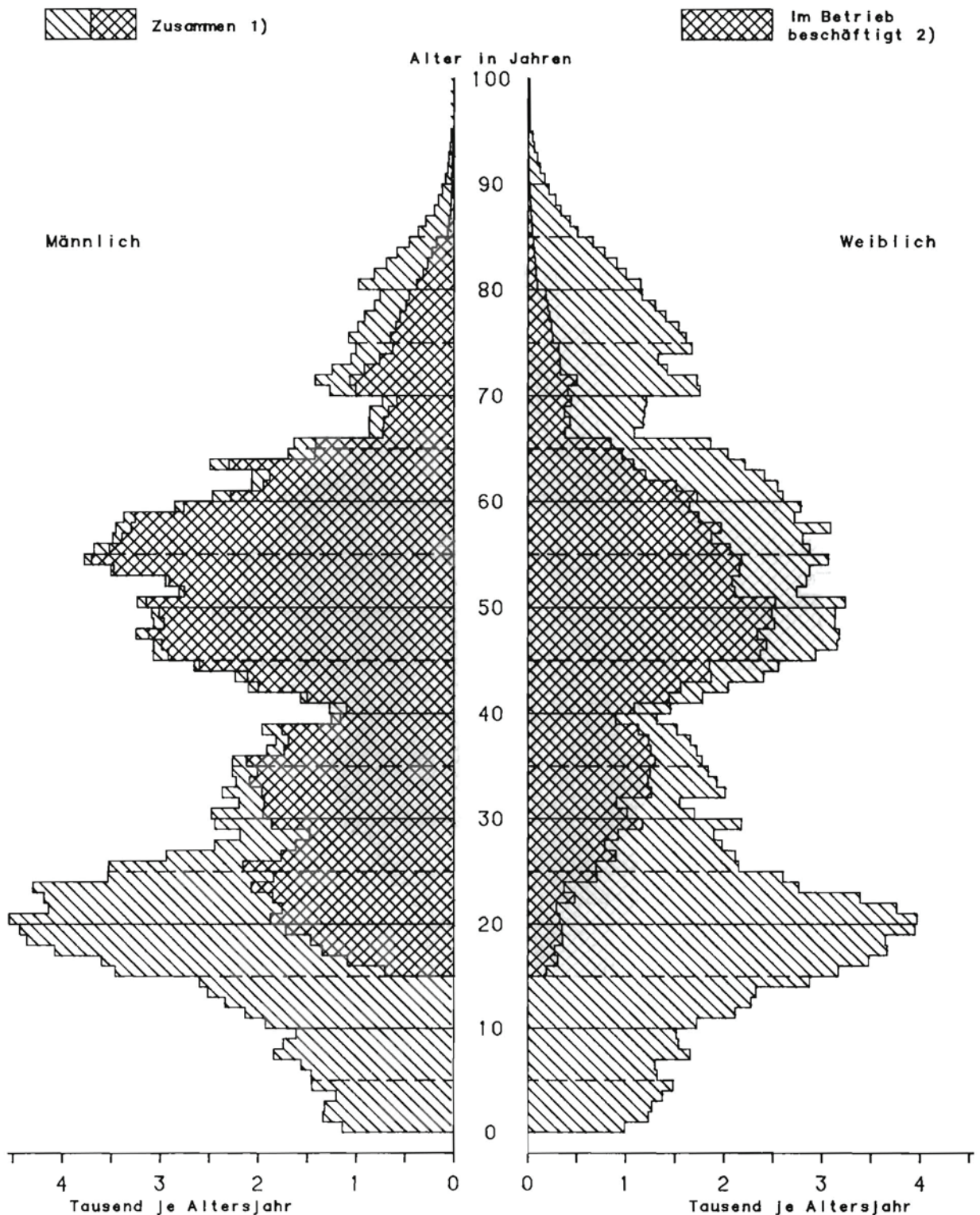
Bei den in den landwirtschaftlichen Betrieben mithelfenden männlichen Familienangehörigen handelt es sich vorwiegend um junge Männer, die sich teilweise noch in der Ausbildung befinden und die bereits zeitweise oder voll im Betrieb mitwirken. Auf die Altersgruppe „15 bis 19 Jahre alt“ entfielen 1985 18,2 %, auf die Altersgruppe

**Relativ hohes Alter der Inhaber
landwirtschaftlicher Betriebe**

ALTERSAUFBAU

Betriebsinhaber und Familienangehörige

in der Landwirtschaft 1985 *)



*) Ergebnis der repräsentativen Arbeitskräfteerhebung im April

1) Betriebsinhaber (15 Jahre und älter) und ihre auf dem Betrieb lebenden Familienangehörigen

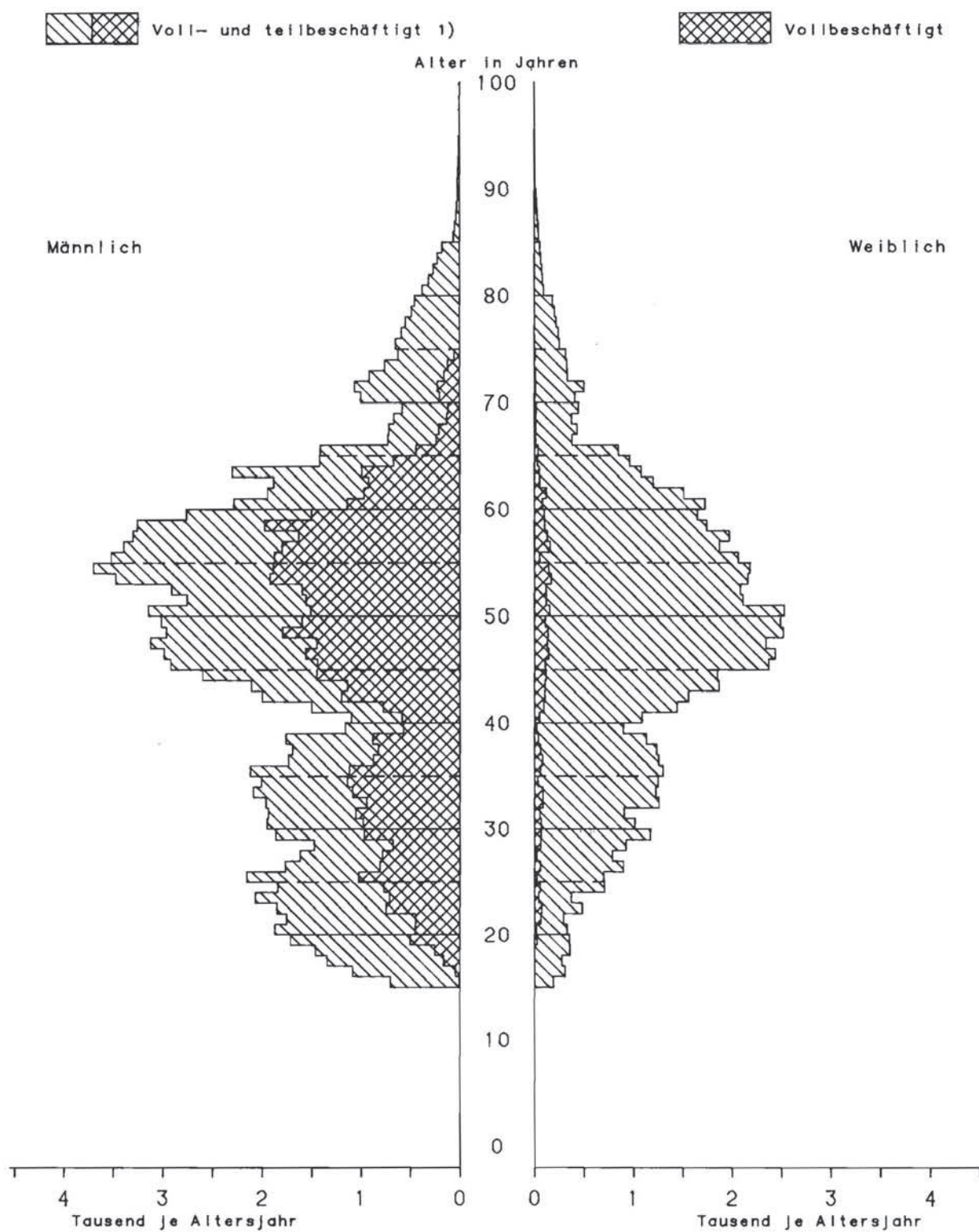
2) 15 Jahre und älter

GRAFISCHE DATENVERARBEITUNG LDS NW

ALTERSAUFBAU

Familienarbeitskräfte in der Landwirtschaft 1985 *)

– Im Betrieb beschäftigt –



*) Ergebnis der repräsentativen Arbeitskräfteerhebung im April

1) Betriebsinhaber und ihre auf dem Betrieb lebenden Familienangehörigen, 15 Jahre und älter

GRAFISCHE DATENVERARBEITUNG LDS NW

Familienarbeitskräfte im Alter von 15 und mehr Jahren in den landwirtschaftlichen Betrieben 1985*)											
Alter von ... Jahren	Familienarbeitskräfte, im Betrieb beschäftigt										
	insgesamt	davon									
		Betriebsinhaber	Ehegatten der Betriebsinhaber				sonstige Familienangehörige ¹⁾				
			Ehemänner		Ehefrauen		männlich		weiblich		
			Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
			15 — 19	7 793	179	0,2	—	—	26	0,1	6 153
20 — 24	11 557	1 264	1,4	8	0,3	596	1,2	8 208	24,2	1 482	10,9
25 — 29	13 341	4 043	4,3	99	3,2	2 813	5,6	5 114	15,1	1 272	9,3
30 — 34	15 581	7 626	8,1	203	6,4	4 625	9,3	2 547	7,5	578	4,2
35 — 39	14 258	7 672	8,2	292	9,3	5 020	10,0	962	2,8	314	2,3
40 — 44	17 105	9 072	9,7	345	11,0	6 924	13,8	497	1,5	266	1,9
45 — 49	27 154	14 948	15,9	484	15,5	10 642	21,3	701	2,1	378	2,8
50 — 54	27 038	15 844	16,9	533	17,0	9 003	18,0	785	2,3	872	6,4
55 — 59	25 503	16 114	17,2	668	21,3	6 306	12,6	806	2,4	1 609	11,8
60 — 64	16 291	9 219	9,8	240	7,7	3 141	6,3	1 532	4,5	2 159	15,8
65 — 69	6 571	2 928	3,1	129	4,1	547	1,1	1 635	4,8	1 332	9,8
70 und mehr	12 233	4 850	5,2	133	4,2	354	0,7	4 941	14,6	1 956	14,3
Insgesamt	194 428	93 761	100	3 132	100	49 998	100	33 880	100	13 657	100

*) Betriebe in der Hand von natürlichen Personen — 1) ohne Ehegatten von Betriebsinhabern

„20 bis 24 Jahre alt“ 24,2 %, auf die Altersgruppe „25 bis 29 Jahre alt“ 15,1 % und schließlich auf die Altersgruppe „30 bis 34 Jahre alt“ 7,5 % der männlichen Familienangehörigen. Während die dann folgenden mittleren Jahrgänge sehr schwach besetzt sind, erhöhen sich die Anteile wieder ab dem 60. Lebensjahr. Die Altersgruppe der 60 bis 69 Jahre alten Männer ist zu 9,3 % und die Altersgruppe der 70jährigen und älteren Männer sogar zu 14,6 % an der Gesamtzahl dieser Personengruppe vertreten. Bei den älteren Männern dürfte es sich überwiegend um ehemalige Betriebsinhaber handeln, die ihren Betrieb abgegeben haben, im Haushalt des neuen Betriebsinhabers versorgt werden und vermutlich zumeist unregelmäßig (teilbeschäftigt) im Betrieb mithelfen.

Im Betrieb mithelfende männliche Familienangehörige sind zu knapp 60 % ...

Auch bei den mithelfenden — fast durchweg teilbeschäftigten — weiblichen Familienangehörigen sind die jüngeren Jahrgänge von relativ großer Bedeutung. Gut 30 % der Gesamtzahl der weiblichen Familienangehörigen waren 1985 jünger als 30 Jahre alt. Bis zum Abschluß ihrer Ausbildung sowie in den ersten Berufsjahren bleiben diese jungen Frauen häufig im Elternhaus, um es mit der Verheiratung zu verlassen. Der folgende Altersabschnitt vom 30. bis zum 49. Lebensjahr ist dann — wie bei den Männern — wieder sehr schwach besetzt. Da heutzutage auch die Bauertöchter fast durchweg einen Beruf erlernen und sich damit eine Grundlage für eine eigene Existenz einschl. Versorgung im Krankheitsfall und für das Alter schaffen, sind sie nicht mehr — wie ihre Vorgänger-Generationen — auf eine Versorgung durch den elterlichen Betrieb angewiesen. Spätestens mit der Verheiratung des Hoferben bzw. mit der Hofübergabe an diesen trennen sie sich deshalb vom Elternhaus.

... und im Betrieb mithelfende weibliche Familienangehörige zu rd. 30 % jünger als 30 Jahre alt

Schon ab dem 50. Lebensjahr und insbesondere ab dem 55. Lebensjahr ist eine spürbar stärkere Besetzung der Altersgruppen bei den im Betrieb mithelfenden weiblichen Familienangehörigen zu beobachten. Auf die einzelnen Altersgruppen entfielen folgende Anteile: „50 bis 54 Jahre“ 6,4 %, „55 bis 59 Jahre“ 11,8 %, „60 bis 64 Jahre“ 15,8 %, „65 bis 69 Jahre“ 9,8 % und „70 Jahre und älter“ 14,3 %. Die relativ vielen Frauen der gehobenen und älteren Jahrgänge dürften sich vor allem aus zwei Gruppen von Personen zusammensetzen. Es sind dies einmal die inzwischen oftmals verwitweten Mütter bzw. Schwiegermütter der Betriebsinhaber und zum anderen die Schwestern älterer bzw. Tanten jüngerer Betriebsinhaber, die heutzutage zwar auch eine eigene — zumeist aber nur bescheidene — Altersversorgung erhalten, die aber seit ihrer Kindheit auf den Betrieben leben und deshalb dazugehören. Gerade bei den älteren weiblichen Familienangehörigen ist davon auszugehen, daß der Schwerpunkt ihrer Mithilfe im Haushalt einschl. Garten und weniger im Betrieb liegt. Nicht von ungefähr lag die betriebliche Arbeitsleistung aller sonstigen weiblichen Familienangehörigen, gemessen an der Arbeitsleistung aller Familienarbeitskräfte, 1985 nur bei 3,7 % in den Haupterwerbsbetrieben und bei lediglich 4,2 % in den Nebenerwerbsbetrieben.

Ständige familienfremde Arbeitskräfte

Nach der Definition der Arbeitskräftestatistik stellen ständige familienfremde Arbeitskräfte Personen im Alter ab 15 Jahren dar, die im Berichtszeitraum mit be-

trieblichen Arbeiten beschäftigt waren und in einem unbefristeten oder auf mindestens 3 Monate abgeschlossenen Arbeitsverhältnis zum Betrieb standen (einschl. im Betrieb beschäftigter Verwandter und Verschwägerter des Betriebsinhabers, die nicht auf dem Betrieb leben). Bei den ständigen familienfremden Arbeitskräften müssen wir zwei Gruppen unterscheiden. Zur einen Gruppe zählen alle Personen, die auf Dauer als Landarbeiter mit mehr oder weniger qualifizierter Ausbildung tätig sind und die keinen elterlichen oder sonstigen landwirtschaftlichen Betrieb in eigener Regie übernehmen werden. Die zweite Gruppe stellen die künftigen Hofnachfolger dar, die sich während ihrer Ausbildung oder bis zur Übernahme des elterlichen Betriebes Fremdpraxis aneignen, sowie sonstige Auszubildende oder Praktikanten, die für eine spätere Tätigkeit im Umfeld der Landwirtschaft die landwirtschaftliche Praxis kennenlernen wollen oder müssen.

Ständige familienfremde Arbeitskräfte der landwirtschaftlichen Betriebe 1985*)										
Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... bis unter ... ha	Betriebe			Ständige im Betrieb beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte						
	insgesamt	darunter		insgesamt		und zwar				
		mit ständigen im Betrieb beschäftigten familien- fremden Arbeitskräften				weiblich	männlich		in Kost und Wohnung	
Anzahl		%	Anzahl	%	Anzahl		%	Anzahl	%	
Haupterwerbsbetriebe										
unter 1	2 363	900	38,1	2 612	19,3	1 211	1 401	53,6	41	1,6
1 — 2	2 318	417	18,0	1 363	10,1	611	752	55,2	59	4,3
2 — 5	3 145	393	12,5	1 563	11,5	637	926	59,2	26	1,7
5 — 10	3 994	189	4,7	572	4,2	191	381	66,6	32	5,6
10 — 20	12 107	338	2,8	884	6,5	243	641	72,5	151	17,1
20 — 30	12 643	681	5,4	999	7,4	298	701	70,2	467	46,7
30 — 50	11 671	1 636	14,0	2 215	16,3	564	1 651	74,5	1 468	66,3
50 und mehr	4 387	1 829	41,7	3 349	24,7	567	2 782	83,1	1 402	41,9
Insgesamt	52 627	6 384	12,1	13 556	100	4 320	9 236	68,1	3 647	26,9
Nebenerwerbsbetriebe										
Insgesamt	41 133	1 155	2,8	2 579	100	811	1 768	68,6	418	16,2

*) Betriebe in der Hand von natürlichen Personen

Ständige familienfremde Arbeitskräfte überwiegend im Gartenbau und in Betrieben ab 50 ha LF

Aus der Übersicht läßt sich ablesen, daß es 1985 in Nordrhein-Westfalen 6 400 Haupterwerbsbetriebe und 1 200 Nebenerwerbsbetriebe mit ständigen familienfremden Arbeitskräften gab. Das waren 12,1 % aller Haupterwerbsbetriebe, aber nur 2,8 % aller Nebenerwerbsbetriebe. In den Haupterwerbsbetrieben wurden ständige familienfremde Arbeitskräfte in größerem Umfang im Gartenbau (Betriebe mit bis zu 5 ha LF) sowie in den größeren landwirtschaftlichen Betrieben ab 30 bzw. 50 ha LF angetroffen. Die größten Anteile an der Gesamtzahl der Betriebe der betreffenden Größenklasse sind mit 41,7 % in den Betrieben ab 50 ha LF und mit 38,1 % in den Betrieben mit weniger als 1 ha LF festzustellen. Entsprechend verteilen sich auch die insgesamt 13 600 ständigen familienfremden Arbeitskräfte auf die einzelnen Größenklassen. Mit 3 300 Personen (24,7 %) befand sich 1985 allein ein Viertel dieser Arbeitskräfte in Betrieben ab 50 ha LF. Mit 2 600 Personen (19,3 %) entfiel knapp ein Fünftel der Arbeitskräfte auf die Flächen der kleinsten (Gartenbau-)Einheiten mit weniger als 1 ha LF. Da die Haupterwerbsbetriebe mit bis zu 5 ha LF, die ständige familienfremde Arbeitskräfte beschäftigen, als Gartenbaubetriebe anzusehen sind, beschäftigt der Gartenbau in Nordrhein-Westfalen insgesamt sogar rd. 40 % aller ständigen familienfremden Arbeitskräfte in der Landwirtschaft.

Eine Aufgliederung der ständigen familienfremden Arbeitskräfte nach Geschlechtern läßt erkennen, daß 1985 mit 68,1 % gut zwei Drittel dieser Arbeitskräfte Männer waren. Überproportional viele Männer waren in der eigentlichen Landwirtschaft beschäftigt, so allein 83,1 % Männer in den Betrieben ab 50 ha LF. Mit Anteilen an männlichen ständigen familienfremden Arbeitskräften in den drei Gartenbau-Größenklassen von 53,6, 55,2 und 59,2 % sind die Beschäftigungschancen für Frauen im Gartenbau hingegen entschieden besser.

Die Unterbringung auf dem Hofe bei gleichzeitiger Beköstigung im Haushalt des Betriebsinhabers („in Kost und Wohnung“), eine früher weit verbreitete Form der

Versorgung lediger Landarbeiter, ist heutzutage in nur noch wenigen Betrieben der Landwirtschaft, und zwar vor allem zur Versorgung von Auszubildenden und jungen landwirtschaftlichen Gehilfen, anzutreffen. 1985 gab es in den Haupterwerbsbetrieben Nordrhein-Westfalens insgesamt 3 600 derartige Fälle, wovon 1 500 Personen in Betrieben mit 30 bis 50 ha LF und 1 400 Personen in Betrieben ab 50 ha LF untergebracht waren.

Ständige familienfremde Arbeitskräfte der landwirtschaftlichen Betriebe 1985*) in den Altersgruppen						
Alter von ... Jahren	Ständige im Betrieb beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte					
	männlich		weiblich		zusammen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Haupterwerbsbetriebe						
15 — 19	2 346	25,4	1 368	31,7	3 714	27,4
20 — 24	2 163	23,4	1 416	32,8	3 579	26,4
25 — 29	917	9,9	264	6,1	1 181	8,7
30 — 34	612	6,6	177	4,1	789	5,8
35 — 39	372	4,0	217	5,0	589	4,3
40 — 44	480	5,2	228	5,3	708	5,2
45 — 49	697	7,5	210	4,9	907	6,7
50 — 54	665	7,2	126	2,9	791	5,8
55 — 59	646	7,0	149	3,4	795	5,9
60 — 64	215	2,3	66	1,5	281	2,1
65 — 69	42	0,5	49	1,1	91	0,7
70 und mehr	84	0,9	49	1,1	133	1,0
Insgesamt	9 235	100	4 321	100	13 556	100
Nebenerwerbsbetriebe						
Insgesamt	1 768	100	811	100	2 579	100

*) Betriebe in der Hand von natürlichen Personen

Um einen Überblick über die Altersgliederung der ständigen familienfremden Arbeitskräfte zu erhalten, wurde für die Haupterwerbsbetriebe — ebenso wie bei den Familienarbeitskräften — eine Aufgliederung nach Fünfjahresgruppen durchgeführt. Wegen der geringen Zahl der in den Nebenerwerbsbetrieben beschäftigten familienfremden Arbeitskräfte wurde für diese Betriebe auf eine Altersgruppierung verzichtet. In der Übersicht fällt sogleich auf, daß ein großer Teil sowohl der männlichen als auch der weiblichen ständigen familienfremden Arbeitskräfte noch recht jung ist. In den Altersgruppen „15 bis 19 Jahre“ und „20 bis 24 Jahre“ befinden sich bei den Männern jeweils rd. 25 % aller ständigen familienfremden Arbeitskräfte und bei den Frauen jeweils gut 30 %. Auch die folgende Altersgruppe „25 bis 29 Jahre“ ist bei den Männern mit 9,9 und bei den Frauen mit 6,1 % noch relativ stark besetzt. Zählt man zum Kreis der „jungen Leute“, die später überwiegend entweder in den elterlichen Betrieb oder in einen Beruf außerhalb der praktischen Landwirtschaft wechseln, alle Personen bis zum 29. Lebensjahr, so umfaßt dieser Personenkreis bei den Männern rd. zwei Fünftel und bei den Frauen allein gut zwei Drittel aller ständigen familienfremden Arbeitskräfte. Die folgenden Altersgruppen enthalten Besetzungszahlen, die keine gravierenden Unterschiede zeigen, wobei die Werte bei den Männern insgesamt ein höheres Niveau aufweisen als bei den Frauen. Ab dem 60. Lebensjahr gibt es nur noch sehr wenige ständige familienfremde Arbeitskräfte in der Landwirtschaft.

Bei den ständigen familienfremden Arbeitskräften sind rd. zwei Fünftel der Männer und gut zwei Drittel der Frauen jünger als 30 Jahre alt

Das Leitbild der Agrarpolitik ist seit jeher der bäuerliche Familienbetrieb. Der normale Familienbetrieb ist aufgrund der Entwicklung der Preis-Kosten-Verhältnisse in Verbindung mit dem technischen Fortschritt und seiner nach wie vor relativ geringen Flächenausstattung schon seit längerem nur in wenigen Fällen in der Lage, ständige familienfremde Arbeitskräfte zu beschäftigen. Lassen sich Arbeitsspitzen organisatorisch nicht vermeiden, dann werden häufig Familienangehörige oder nichtständige familienfremde Arbeitskräfte eingesetzt. Weitere Möglichkeiten der Bewältigung von Arbeitsspitzen bestehen in verschiedenen Formen der Nachbarschaftshilfe und der überbetrieblichen Zusammenarbeit sowie in dem Einsatz von Lohnunternehmen. All' diese Möglichkeiten werden z. Z. schon mehr oder weniger intensiv angewandt und sollten in Zukunft zur Entlastung des sehr knappen Arbeitskräftepotentials der landwirtschaftlichen Familie weiter fortentwickelt werden.

Der Außenhandel der Entwicklungsländer

— Stellung Nordrhein-Westfalens —

Über 50 % der Weltbevölkerung leben in den sogenannten Ländern der Dritten Welt, weitere rd. 30 % leben in den sogenannten Staatshandelsländern und nur knapp 20 % der Weltbevölkerung leben in den entwickelten oder sogenannten Industrieländern¹⁾. Läßt man in der Betrachtung die Staatshandelsländer wegen ihrer besonderen Stellung außer Betracht, so stehen sich in der Weltwirtschaft zwei große Räume gegenüber: der Raum der „armen“ oder Entwicklungsländer und der Raum der „reichen“ oder Industrieländer. Aus diesem Nebeneinander von „arm“ und „reich“ ergeben sich vielfältige Probleme politischer und wirtschaftspolitischer Natur.

Hilfe durch Außenhandel

Mit den unterschiedlichsten Maßnahmen wird auf verschiedenen Ebenen versucht, diese Probleme zu mildern. „Hilfe durch Außenhandel“ gehört zu den Maßnahmen, die dazu dienen, die Entwicklungsländer stärker in den weltwirtschaftlichen Güteraustausch einzubeziehen. Entwicklungsfinanzierung ist dringend und notwendig, aber die „reichen“ Länder müssen den Ländern der Dritten Welt verstärkt auch die Möglichkeit geben, durch Öffnung ihrer Märkte am internationalen Handel teilzunehmen; nur so können die Entwicklungsländer ihre Zahlungsbilanzprobleme — wenigstens teilweise — auf Dauer lösen und ihre Devisenspielräume vergrößern.

Eine derartige Handelspolitik hilft aber nicht nur den Ländern der Dritten Welt, sondern kommt auch den Industrieländern zugute. Sie eröffnet ihnen neue Absatzmärkte und Absatzchancen und führt so zu Einkommenssteigerungen vor allem in den Ländern, die, so wie die Bundesrepublik Deutschland, mit dem Welthandel stark verflochten sind.

Im Rahmen des Außenhandels der Bundesrepublik Deutschland spielt Nordrhein-Westfalen eine herausragende Rolle: knapp 30 % der Ausfuhrüter der Bundesrepublik Deutschland stammen aus Nordrhein-Westfalen. Im folgenden soll neben einer Darstellung der handelspolitischen Verflechtungen der Entwicklungsländer auf die Stellung eingegangen werden, die Nordrhein-Westfalen auf den Märkten der Entwicklungsländer einnimmt.

Hilfen für Entwicklungsländer

Der geographische Raum der „armen“ oder Entwicklungsländer ist kein einheitliches Wirtschaftsgebilde. Er ist vielmehr geprägt durch starke Unterschiede in geologisch-bodenmäßiger und klimatischer Hinsicht, durch Unterschiede in der Art und dem Umfang der Rohstoffe, wie auch durch Unterschiede im wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklungsstand. Allen Ländern in diesem Raum ist jedoch ein geringer allgemeiner „Wohlstand“ gemeinsam, der sie deutlich von den „reichen“ Industrieländern abhebt²⁾.

Bei den Entwicklungsländern handelt es sich überwiegend um ehemalige Kolonialländer, die, mehr oder weniger vorbereitet, nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Unabhängigkeit erlangten. Ihre politischen Führungen wurden dabei in dem Bestreben, neben einer Festigkeit der politischen Verhältnisse auch zu einer wirtschaftlichen Unabhängigkeit zu gelangen, vor Aufgaben gestellt, die ohne fremde Hilfen nicht lösbar waren. Die Industrieländer haben hier versucht, zu helfen. Unter dem Stichwort „Entwicklungshilfe“ gibt es eine Fülle von öffentlichen und privaten Maßnahmen, die unterstützende Hilfen leisten sollen. Zu erwähnen ist insbesondere die finanzielle Entwicklungshilfe. So flossen z. B. 1984 — ohne die Leistung der Staatshandelsländer — insgesamt 30,2 Mrd. Dollar (Nettoauszahlungen) Entwicklungshilfe-Gelder in

30,2 Mrd. \$
Entwicklungshilfe

1) Zur Einteilung der Länder vgl. Übersicht im Anhang.

2) Eine Besonderheit stellen bei dieser Charakterisierung die ölexportierenden Länder dar; sie wären, gemessen am jährlichen Pro-Kopf-Einkommen, teilweise den „reichen“ Ländern zuzurechnen, gehören aber wegen ihrer einseitigen Exportstruktur zu den Entwicklungsländern, so wie der Begriff hier gebraucht wird.

die Länder der Dritten Welt; davon gingen rd. ein Drittel in Länder mit „mittlerem Einkommen“ und rd. 20 % in die „rückständigsten Länder (LDC)“, vor allem in Afrika.

Empfänger von Entwicklungshilfe 1984 — Nettoauszahlungen aller Geber* —		
Empfänger	Mrd. S	%
Alle Entwicklungsländer	30,2	100
Regional aufteilbar	25,4	84
Schwellenländer ¹⁾	1,5	5
reiche Ölländer	0,2	1
sonstige Ölländer ²⁾	4,9	16
China und Indien	2,3	8
Öl-Importländer	16,4	54
mit mittlerem Einkommen	10,1	33
Asien	4,2	14
Afrika	3,7	12
Amerika	2,2	7
LDC	6,3	21
Afrika	4,3	14
Regional nicht aufteilbar	4,8	16

*) ohne Leistungen der Staatshandelsländer — 1) ohne Mexiko — 2) einschließlich Mexiko — —
Quelle: Wirtschaftslage in den Entwicklungsländern 1986, in: Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Nr. 16/86, S. 198

Neben der staatlichen Entwicklungshilfe gibt es eine Reihe von Maßnahmen privater Stellen und Institutionen. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang vor allem die Möglichkeit, in den Entwicklungsländern zu investieren. Allerdings wird davon nur im bescheidenen Maße Gebrauch gemacht. So gingen von den gesamten deutschen „privaten Direktinvestitionen im Ausland“ der weitaus größte Teil wieder in Industrieländer³⁾. Im vergangenen Jahr entfielen z. B. rd. 97 % des westdeutschen Nettokapitaltransfers auf Anlagen in Industrieländer und nur rd. 3 % auf Nettoleistungen an die Entwicklungsländer⁴⁾; im Vordergrund stehen hier eindeutig Investitionsströme in die Schwellenländer Latein-Amerikas und des Fernen Ostens (Hongkong, Singapur u. a.).

**Geringe deutsche Direktinvestitionen
in den Entwicklungsländern**

Im Gegensatz zu den Ermittlungen der Nettotransferleistungen in das Ausland durch das Bundeswirtschaftsministerium (im wesentlichen Zahlungsvorgänge) erfaßt die Deutsche Bundesbank jährlich den Bestand (Beteiligungskapital und Kredite) der deutschen Direktinvestitionen im Ausland. Nach dieser Statistik stellten Ende 1984 die unmittelbaren deutschen Direktinvestitionen im Ausland einen Wert von 125,5 Mrd. DM dar; „Gebietsansässige“ aus Nordrhein-Westfalen waren daran mit 35,4 Mrd. DM oder 28 % beteiligt. Zu fast 85 % lagen die nordrhein-westfälischen Investitionsobjekte in Industrieländern und nur zu rd. 12 % in Entwicklungsländern, weitere rd. 4 % der Investitionsobjekte befanden sich in den OPEC-Ländern⁵⁾.

Bedeutung der Entwicklungsländer im Welthandel noch relativ gering

Die derzeitige weltwirtschaftliche Bedeutung des riesigen Wirtschaftsraums der Entwicklungsländer (rd. die Hälfte der festen Erdoberfläche) ist noch relativ gering. So machten die Exporte der Entwicklungsländer 1982 mit rd. 486 Mrd. Dollar nur rd. 26 % des Weltexports aus. An dem Weltimport war diese Ländergruppe gleichzeitig mit 478 Mrd. Dollar und ebenfalls rd. 26 % beteiligt. Läßt man den Außenhandel der OPEC-Länder außer Betracht, so verringern sich die Anteilswerte der Entwicklungsländer am Außenhandel der Welt beim Export auf knapp 15 % und beim Import auf rd. 18 %.

**Nur ein Viertel des
Welthandelsvolumens entfällt
auf die Entwicklungsländer**

Nach wie vor sind die Industrieländer die bedeutendsten Welthandelsländer, die sowohl beim Export als auch beim Import rd. zwei Drittel des Weltaußenhandels abwickeln. Die Staatshandelsländer sind am Welthandel mit jeweils rd. 10 % beteiligt.

- 3) Nettotransferleistungen nach dem Erhebungsverfahren des Bundeswirtschaftsministers (Vermögensanlagen Gebietsansässiger in fremden Wirtschaftsgebieten), vgl. Deutschland Direktinvestitionen im Ausland auf hohem Niveau — jedoch dramatischer Rückgang in der Dritten Welt, ifo-schnelldienst 13/86, S. 3 ff.
- 4) Die Anteile der Entwicklungsländer waren in den vorangegangenen Jahren zwar größer, weisen jedoch insgesamt einen abnehmenden Trend auf.
- 5) „Bestandserhebungen über Direktinvestitionen im Außenwirtschaftsverkehr nach Bundesländern“, herausgegeben von der Landeszentralbank in Nordrhein-Westfalen, Juni 1986.

Anteil der Ländergruppen am Weltexport 1982 nach Warengruppen						
Warengruppe	SITC	Welt	Industrie- länder	Entwicklungs- länder	darunter OPEC-Länder	Staatshandels- länder
		%				
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	0+1	100	63,8	29,2	1,6	7,0
Rohstoffe, Öle, Fette, Wachs	2+4	100	60,1	26,5	2,4	13,4
Mineralische Brennstoffe	3	100	22,5	64,5	49,3	13,0
Chemische Erzeugnisse	5	100	84,5	7,8	0,8	7,7
Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, Fahrzeuge	7	100	84,6	6,3	—	9,1
Sonstige bearbeitete Waren	6+8	100	73,9	17,7	0,8	8,4
Insgesamt ¹⁾	0—9	100	63,4	26,3	12,2	10,2

1) einschl. Waren, die anderweitig nicht erfaßt sind — — — Quelle: International Trade Statistics Yearbook 1983, Hrsg. von den United Nations, 1985

Anteil der Ländergruppen am Weltimport 1982 nach Warengruppen						
Warengruppe	SITC	Welt	Industrie- länder	Entwicklungs- länder	darunter OPEC-Länder	Staatshandels- länder
		%				
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	0+1	100	60,4	25,1	9,0	14,5
Rohstoffe, Öle, Fette, Wachs	2+4	100	67,8	19,1	3,8	13,1
Mineralische Brennstoffe	3	100	72,1	21,9	1,7	6,0
Chemische Erzeugnisse	5	100	66,1	24,9	6,8	9,0
Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, Fahrzeuge	7	100	59,1	31,2	12,4	9,7
Sonstige bearbeitete Waren	6+8	100	66,4	25,4	10,2	8,2
Insgesamt ¹⁾	0—9	100	64,7	26,2	8,1	9,1

1) einschl. Waren, die anderweitig nicht erfaßt sind — — — Quelle: International Trade Statistics Yearbook 1983, Hrsg. von den United Nations, 1985

Anteil der Warengruppen am Weltexport 1982 nach Ländergruppen						
Warengruppe	SITC	Welt	Industrie- länder	Entwicklungs- länder	darunter OPEC-Länder	Staatshandels- länder
		%				
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	0+1	10,2	10,3	11,3	1,3	7,0
Rohstoffe, Öle, Fette, Wachs	2+4	6,1	5,8	6,2	1,2	8,1
Mineralische Brennstoffe	3	23,3	8,2	57,0	94,3	29,6
Chemische Erzeugnisse	5	7,4	9,9	2,3	0,5	5,6
Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, Fahrzeuge	7	27,6	36,8	6,6	—	24,6
Sonstige bearbeitete Waren	6+8	23,5	27,4	15,8	1,6	19,3
Insgesamt ¹⁾	0—9	100	100	100	100	100

1) einschl. Waren, die anderweitig nicht erfaßt sind — — — Quelle: International Trade Statistics Yearbook 1983, Hrsg. von den United Nations, 1985

Anteil der Warengruppen am Weltimport 1982 nach Ländergruppen						
Warengruppe	SITC	Welt	Industrie- länder	Entwicklungs- länder	darunter OPEC-Länder	Staatshandels- länder
		%				
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	0+1	10,3	9,6	9,9	11,5	16,5
Rohstoffe, Öle, Fette, Wachs	2+4	6,2	6,5	4,5	2,9	8,9
Mineralische Brennstoffe	3	23,1	25,8	19,3	4,8	15,2
Chemische Erzeugnisse	5	7,4	7,6	7,1	6,3	7,3
Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, Fahrzeuge	7	27,7	25,3	33,0	42,5	29,7
Sonstige bearbeitete Waren	6+8	23,7	24,3	23,0	29,8	21,3
Insgesamt ¹⁾	0—9	100	100	100	100	100

1) einschl. Waren, die anderweitig nicht erfaßt sind — — — Quelle: International Trade Statistics Yearbook 1983, Hrsg. von den United Nations, 1985

Betrachtet man die Warenstruktur des Welthandels, so zeigt sich, daß rd. ein Viertel auf Investitionsgüter entfällt, ein weiteres knappes Viertel sind im wesentlichen Produktions- und Verbrauchsgüter und rd. 7 bis 8 % chemische Erzeugnisse. Der gesamte Welthandel wird also zu rd. 60 % mit Erzeugnissen des Verarbeitenden Gewerbes abgewickelt. Mineralische Brennstoffe, im wesentlichen also Erdöl, stellen rd. 25 % der Welthandelsgüter, der Rest, knapp 20 %, sind im wesentlichen Rohstoffe und Nahrungsmittel.

**60 % der Welthandelsgüter
sind Erzeugnisse des
Verarbeitenden Gewerbes**

Die herausragende Stellung der Industrieländer im Welthandel zeigt sich aber nicht nur darin, daß ihre Güter die Haupthandelswaren sind, sondern auch an der Richtung der Welthandelsströme. So wickeln sich rd. 70 % der Welthandelsumsätze (Export und Import) innerhalb der Industrieländer selbst ab. Mit den Entwicklungsländern tätigen die Industrieländer nur rd. 25 % ihrer Außenhandelsumsätze und davon noch rd. 10 % mit den in der OPEC zusammengeschlossenen Ölförderländern.

Weltexport 1982 nach Ländergruppen					
Export von \ Export nach	Welt	Industrie- länder	Entwick- lungs- länder	darunter OPEC- Länder	Staats- handels- länder
	%				
Industrieländern	100	70	25	10	5
Entwicklungsländern	100	65	30	5	5
darunter OPEC-Ländern	100	68	30	2	2
Staatshandelsländern	100	30	22	5	48

Quelle: International Trade Statistics Yearbook 1983, Hrsg. von den United Nations, 1985

Aus Sicht der Entwicklungsländer ergibt sich annähernd ein umgekehrtes Bild: Der Exportanteil von rd. 25 %, den die Entwicklungsländer am Außenhandel der Industrieländer haben, umfaßt gleichzeitig rd. 60 % der gesamten Importe der Entwicklungsländer; innerhalb der Entwicklungsländer machen die „Binnenhandelsumsätze“ rd. 30 % der gesamten Außenhandelsumsätze aus.

Weltimport 1982 nach Ländergruppen				
Import aus \ Import durch	Industrie- länder	Entwick- lungs- länder	darunter OPEC- Länder	Staats- handels- länder
	%			
Welt	100	100	100	100
Industrieländern	69	61	75	32
Entwicklungsländern	26	30	18	14
darunter OPEC-Ländern	13	14	3	3
Staatshandelsländern	5	9	7	54

Quelle: International Trade Statistics Yearbook 1983, Hrsg. von den United Nations, 1985

Entwicklungsländer als Absatzmärkte

Knapp zwei Drittel ihrer Importe beziehen die Länder der Dritten Welt aus den Industrieländern; dies ist für die Industrieländer zwar kein „großer“ Markt, aber ein Markt, der in nächster Zeit erhebliche Absatzmöglichkeiten bieten wird.

Die Absatzchancen der Industrieländer sind auf den einzelnen Teilmärkten unterschiedlich. Das hängt von einer Reihe von Faktoren ab, vor allem aber von dem schon erreichten Entwicklungsstand der einzelnen Länder. Gewisse Vorstellungen darüber und über Unterschiede in den einzelnen Regionen vermitteln die Angaben über die Importintensität (Import je Kopf der Bevölkerung) der einzelnen Teilmärkte. Diese Importintensität ist mit einem Pro-Kopf-Wert von 800 Dollar in den Ländern des Mittleren Ostens mit Abstand am höchsten, in Mittel- und Südamerika liegt der Wert bei 280 Dollar (in Südamerika allein bei 200 Dollar), in den Problemregionen Afrikas

Anteil der Entwicklungsländer-Gruppen am Import der Entwicklungsländer insgesamt nach Warengruppen								
Warengruppe	SITC	Entwick- lungsländer insgesamt	Davon					
			Afrika ¹⁾	Amerika ²⁾		Asien ³⁾		Ozeanien
				insgesamt	darunter Mittel- und Südamerika ⁴⁾	Mittlerer Osten	übrige Länder	
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	0+1	100	24,7	20,2	11,7	27,1	26,9	1,2
Rohstoffe, Öle, Fette, Wachs	2+4	100	14,8	21,1	15,2	14,3	49,5	0,3
Mineralische Brennstoffe	3	100	8,6	34,3	16,4	13,7	42,6	0,9
Chemische Erzeugnisse	5	100	15,9	28,5	21,4	18,8	36,3	0,4
Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, Fahrzeuge	7	100	19,2	22,7	16,4	28,7	29,0	0,4
Sonstige bearbeitete Waren	6+8	100	16,6	17,6	11,7	32,5	32,8	0,6
Insgesamt	0—9	100	16,3	23,4	14,8	24,9	33,2	0,6

1) ohne Rep. Südafrika — 2) ohne USA und Kanada — 3) ohne Israel und Japan — 4) Länder der LAIA (Latin American Integration Association)
 — — — Quelle: International Trade Statistics Yearbook 1983, Hrsg. von den United Nations, 1985

und Asiens beträgt er dagegen nur 150 Dollar (Afrika) bzw. 115 Dollar (Asien ohne Länder des Mittleren Ostens). Die Importintensität der Entwicklungsländer insgesamt betrug gleichzeitig knapp 200 Dollar, in den Industrieländern lag sie demgegenüber im Durchschnitt bei rd. 1 500 Dollar.

Im einzelnen werden von allen Ländergruppen der Dritten Welt überwiegend Investitions- und Produktionsgüter sowie chemische Erzeugnisse eingeführt. Diese Waren umfassen jeweils rd. zwei Drittel aller Importe; mit rd. 70 % liegt der Anteil bemerkenswerterweise in den Ländern des Mittleren Ostens erheblich über dem Durchschnitt.

Anteil der Warengruppen am Import der Entwicklungsländer insgesamt 1982 nach Entwicklungsländer-Gruppen								
Warengruppe	SITC	Entwick- lungsländer insgesamt	Davon					Ozeanien
			Afrika ¹⁾	Amerika ²⁾		Asien ³⁾		
				insgesamt	darunter Mittel- und Südamerika ⁴⁾	Mittlerer Osten	übrige Länder	
		%						
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	0+1	9,9	15,0	8,5	7,8	10,7	8,0	19,1
Rohstoffe, Öle, Fette, Wachs	2+4	4,5	4,1	4,1	4,6	2,6	6,7	2,3
Mineralische Brennstoffe	3	19,3	10,2	28,3	21,5	10,6	24,8	28,1
Chemische Erzeugnisse	5	7,1	6,9	8,6	10,2	5,3	7,7	4,4
Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, Fahrzeuge	7	33,0	38,9	32,0	36,6	38,0	28,9	21,5
Sonstige bearbeitete Waren	6+8	23,0	23,4	17,2	18,2	30,0	22,7	20,6
Insgesamt	0—9	100	100	100	100	100	100	100

1) ohne Rep. Südafrika — 2) ohne USA und Kanada — 3) ohne Israel und Japan — 4) Länder der LAIA (Latin American Integration Association)
 — — — Quelle: International Trade Statistics Yearbook 1983, Hrsg. von den United Nations, 1985

15 % aller Exporte Nordrhein-Westfalens gehen in die Entwicklungsländer

Nordrhein-Westfalen in der Rangfolge der Welt-Exportländer auf dem 10. Platz

Die Bundesrepublik Deutschland nimmt im Welthandel eine hervorragende Stellung ein: Sowohl im Export als auch im Import steht sie nach den USA und noch vor Japan auf dem zweiten Platz. Von dem Export der Bundesrepublik kommt weit über ein Viertel aus Nordrhein-Westfalen. Ordnet man Nordrhein-Westfalen in die Rangfolge der führenden Welt-Exportländer ein, steht Nordrhein-Westfalen mit einem Exportwert von 45,8 Mrd. Dollar (1984) nach Belgien auf dem 10. Platz.

Die regionale Struktur des Außenhandels Nordrhein-Westfalens entspricht im wesentlichen der der Bundesrepublik Deutschland und der der übrigen Industrieländer: Über drei Viertel aller ausgeführten Waren gehen in Industrieländer, vor allem in die Länder Europas (68 %) und hier vor allem in die EG-Länder (rd. 50 %); außerhalb Europas sind mit einem Exportanteil von rd. 7,5 % die USA der weitaus bedeutendste Handelspartner.

In die Entwicklungsländer gehen aus Nordrhein-Westfalen knapp 15 % der Ausfuhren. Auf die einzelnen Ländergruppen aufgeteilt, liegen außerhalb der Industrieländer die Hauptabsatzgebiete im Nahen und Mittleren Osten (rd. 4 % der Gesamtexporte Nordrhein-Westfalens oder rd. 30 % der Exporte in die Entwicklungsländer), die Exporte gehen hier vor allem in den Iran und nach Saudi-Arabien. Mit Exportanteilen über 3,5 % oder knapp 30 % der Exporte in die Entwicklungsländer sind aber auch die übrigen Länder Asiens bedeutende Abnehmer nordrhein-westfälischer Waren; zu nennen sind hier insbesondere Indien und die „Schwellenländer“ Hongkong, Singapur, Südkorea und Taiwan.

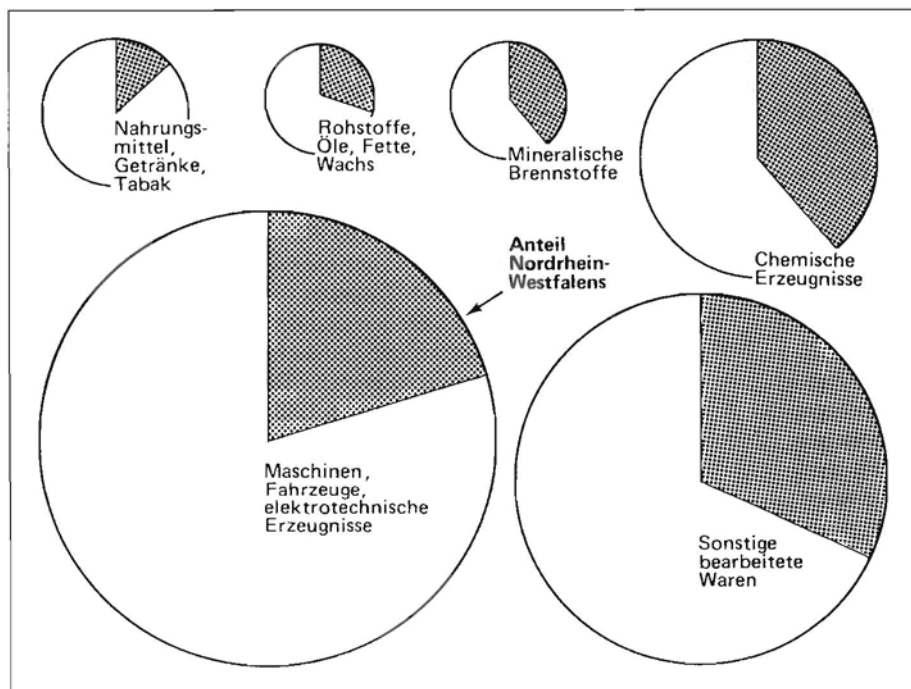
Zunehmende Bedeutung der „Schwellenländer“ als Absatzmärkte

Die afrikanischen Entwicklungsländer bezogen 1985 rd. 3 % der aus Nordrhein-Westfalen exportierten Waren (knapp 25 % der Exporte in die Entwicklungsländer). Weitere rd. 4 % gingen in die Länder Mittel- und Südamerikas (rd. 17 % der Exporte in die Entwicklungsländer), im Vordergrund stehen hier Argentinien, Brasilien und Venezuela, während die Exporte nach Afrika vor allem in die nordafrikanischen Länder gingen, weniger in die Länder der Subsahara-Zone, hier ist lediglich Nigeria ein größeres Abnehmerland.

Nordafrika und der Nahe und Mittlere Osten der Hauptkunde Nordrhein-Westfalens

Die Entwicklungsländer beziehen, wie oben im einzelnen ausgeführt, rd. 60 % ihrer Importe aus den Industrieländern. An diesen Lieferungen ist die Bundesrepublik mit etwas über 10 % beteiligt. Insgesamt umfassen die Bezüge der Entwicklungsländer aus der Bundesrepublik rd. 6,5 % ihrer Gesamteinfuhren, weitere knapp 25 % beziehen die Entwicklungsländer aus den übrigen Ländern Europas, rd. 50 % aus den USA und rd. 13 % aus Japan.

Der Anteil Nordrhein-Westfalens an der Ausfuhr der Bundesrepublik Deutschland 1985



Warengruppen des Internationalen Warenverzeichnisses für den Außenhandel (SITC)

Geht man von der regionalen Importstruktur der Entwicklungsländer aus, so werden nordrhein-westfälische Waren vorwiegend von den Ländern Nordafrikas und von den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens bezogen: Im Durchschnitt liegen hier die Anteile bei 2 bis 3 % der Gesamteinfuhren dieser Länder. Geringer sind die Anteile in den amerikanischen Entwicklungsländern und in den Ländern des Fernen Ostens. In den mittel- und südamerikanischen Ländern dominierten mit Anteilen von 36 % (Länder der ehemaligen lateinamerikanischen Freihandelszone) bis rd. 30 % (übrige amerikanische Entwicklungsländer) die USA als Lieferant, in den Ländern des Fernen Ostens (rd. 20 % der Gesamteinfuhren) dagegen Japan.

Entwicklungsländer importieren vor allem Investitions- und Produktionsgüter aus Nordrhein-Westfalen

Die Warenstruktur der Importe der Entwicklungsländer hat gezeigt, daß unter ihren Importgütern vor allem „Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, Fahrzeuge“, die Gruppe der „sonstigen bearbeiteten Waren“ und chemische Erzeugnisse dominieren. Die Länder der Dritten Welt sind also Hauptnachfrager nach Gütern vor allem der Investitionsgüterindustrie und nach chemischen Erzeugnissen. Dies sind aber gleichzeitig auch Güter, die zu den Hauptexportgütern der nordrhein-westfälischen Wirtschaft gehören und bei denen die nordrhein-westfälischen Unternehmen einen hohen Weltmarktanteil haben. Dies sind zwar weitgehend Anteile im Handel mit Industrieländern, aber — man muß auch hier die relative Bedeutung sehen — die Stellung Nordrhein-Westfalens ist auf den Märkten der Entwicklungsländer doch recht stark. Immerhin kommen von den Einfuhren der Entwicklungsländer der Gruppe „Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, Fahrzeuge“ rd. 3 bis 4 % aus Nordrhein-Westfalen; die Anteile sind auf den nordafrikanischen Märkten und auf den Märkten des Nahen und Mittleren Ostens noch höher.

Ausfuhr Nordrhein-Westfalens in die Entwicklungsländer 1985 nach den Anteilen der Warengruppen*)		
Warengruppe	SITC	%
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	0+1	2,3
Rohstoffe, Öle, Fette, Wachs	2+4	2,8
Mineralische Brennstoffe	3	4,1
Chemische Erzeugnisse	5	19,0
Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, Fahrzeuge	7	35,0
Sonstige bearbeitete Waren	6+8	36,7
Ausfuhr insgesamt	0—9	100

*) des Internationalen Warenverzeichnisses für den Außenhandel (SITC)

Etwas anders ist die regionale Importstruktur der Entwicklungsländer bei der Gruppe „sonstige bearbeitete Waren“; zusammengefaßt sind hier die ganze Palette der von der Industrie erzeugten Verbrauchsgüter, aber auch Eisen und Stahl, Metallwaren und Waren der Feinmechanik und Optik. Ein Teil dieser Erzeugnisse wird bereits in größerem Ausmaß in den Entwicklungsländern — vor allem in den Schwellenländern — hergestellt und auf den Weltmärkten angeboten. Es ist insofern nicht erstaunlich, daß der Warenaustausch der Entwicklungsländer untereinander bei dieser Gruppe knapp ein Viertel der Gesamtexporte der Entwicklungsländer ausmacht; von den Industrieländern beziehen die Entwicklungsländer „nur“ knapp 70 % ihrer Gesamteinfuhren an „sonstigen bearbeiteten Waren“. Entsprechend geringer sind die Anteile der einzelnen Industrieländer an diesem Gesamtimport. Insgesamt werden aus der Bundesrepublik nur etwas mehr als 5 % dieser Güter bezogen, aus den USA rd. 10 % und aus Japan rd. 20 %. Auf den einzelnen Teilmärkten der Entwicklungsländer ist die Verteilung ähnlich wie bei den Maschinenbauerzeugnissen. Regionale Schwerpunkte des Absatzes der nordrhein-westfälischen Unternehmen bilden vor allem die nordafrikanischen Länder und die Länder des Nahen Ostens; die USA sind vorwiegend auf den lateinamerikanischen Märkten, Japan vor allem auf den Märkten des Fernen Ostens vertreten.

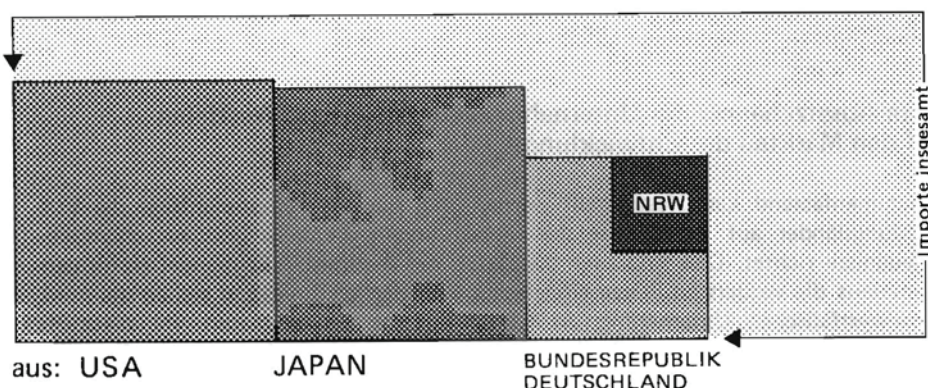
**Relativ schwache Stellung
Nordrhein-Westfalens auf den
Märkten Lateinamerikas
und im Fernen Osten**

Ausfuhr Nordrhein-Westfalens in die Entwicklungsländer 1985 nach den Anteilen der Entwicklungsländer-Gruppen								
Warengruppe	SITC	Entwick- lungsländer insgesamt	Davon					Darunter
			Afrika ¹⁾	Amerika ²⁾		Asien ³⁾		OPEC- Länder
				insgesamt	darunter Mittel- und Südamerika ⁴⁾	Mittlerer Osten	übrige Länder	
		%						
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	0+1	100	45,0	9,1	4,3	35,5	10,4	35,7
Rohstoffe, Öle, Fette, Wachs	2+4	100	28,2	25,2	23,0	24,6	22,0	28,0
Mineralische Brennstoffe	3	100	36,1	29,4	28,5	20,4	14,0	11,3
Chemische Erzeugnisse	5	100	21,0	25,6	20,8	19,5	33,4	27,0
Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, Fahrzeuge	7	100	23,7	15,3	14,3	30,2	30,7	38,6
Sonstige bearbeitete Waren	6+8	100	23,0	14,2	14,7	39,4	23,2	44,4
Insgesamt	0—9	100	23,5	17,3	15,1	30,9	28,1	35,5

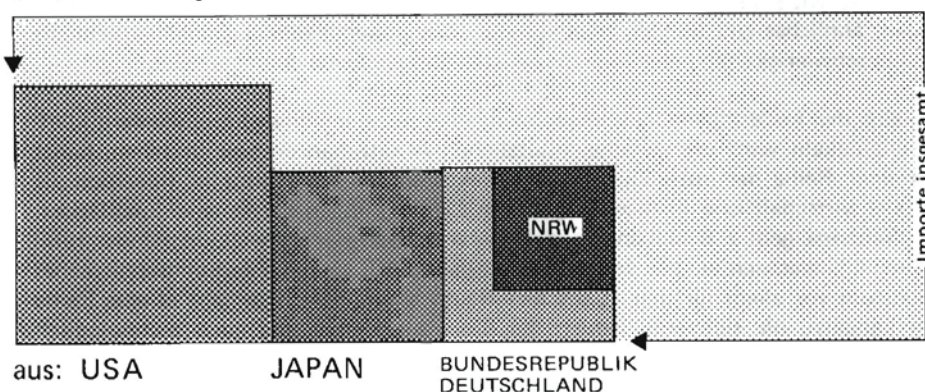
1) ohne Rep. Südafrika — 2) ohne USA und Kanada — 3) ohne Israel und Japan — 4) Länder der LAIA (Latin American Integration Association)

Maschinenbauerzeugnisse
einschl. elektrotechnischer Erzeugnisse
und Fahrzeugen

Importe
der Entwicklungsländer
1985



Chemische Erzeugnisse



Bei der letzten großen Warengruppe, die für den Export der nordrhein-westfälischen Industrie von besonderer Bedeutung ist, bei den chemischen Erzeugnissen, entspricht die Importstruktur der Entwicklungsländer etwa der bei Maschinenbauerzeugnissen: Rd. 80 % der chemischen Erzeugnisse beziehen die Entwicklungsländer von den Industrieländern, aber immerhin schon 15 % von den Entwicklungsländern selbst. Am Gesamtimport der Entwicklungsländer hat Nordrhein-Westfalen einen Anteil von rd. 5 %. Es sind im einzelnen wieder die gleichen Märkte wie bei den übrigen Gütern, die aus Nordrhein-Westfalen besonders beliefert werden, allerdings sind nordrhein-westfälische chemische Erzeugnisse auch auf den lateinamerikanischen Märkten relativ stärker vertreten als bei den anderen Gruppen.

Bemerkenswert ist, daß chemische Erzeugnisse aus Japan praktisch nur in den Ländern des Fernen Ostens ein herausragendes Gewicht haben (rd. 35 % der Gesamteinfuhren).

5 % der von den Entwicklungsländern
eingeführten chemischen Erzeugnisse
kommen aus Nordrhein-Westfalen

OPEC-Länder gewichtige Nachfrager nordrhein-westfälischer Erzeugnisse

Eine besondere Stellung innerhalb der Entwicklungsländer nehmen die in der OPEC zusammengeschlossenen Staaten ein. Sie sind für die Industrieländer — speziell auch für die Bundesrepublik — ein bedeutender Nachfrager nach Industrieprodukten. Nachgefragt werden vorwiegend Erzeugnisse der Gruppe „Maschinenbau, elektrotechnische Erzeugnisse, Fahrzeuge“; hier ist Nordrhein-Westfalen an der Gesamtnachfrage dieser Staatengruppe mit rd. 5 % beteiligt, der Anteil ist in den arabischen OPEC-Ländern noch höher. Ähnliches gilt auch für die chemischen Erzeugnisse, weniger dagegen für die Gruppe „sonstige bearbeitete Waren“. Wie eben bereits festgestellt, hat hier der Handel mit Entwicklungsländern schon eine gewisse Bedeutung erlangt; rd. ein Fünftel dieser Güter werden aus den Entwicklungsländern bezogen. Die Anteile der Industrieländer sind entsprechend geringer: Für alle Industrieländer rd. 70 %, für die USA rd. 8 % (zum Vergleich: Gruppe „Maschinenbau, ...“ rd. 20 %), lediglich der Anteil Japans liegt auch hier bei rd. 20 %.

Sonderstellung
der OPEC-Länder

Bezogen auf den gesamten Außenhandel von Nordrhein-Westfalen, entspricht die Nachfrage der OPEC-Länder nach nordrhein-westfälischen Erzeugnissen rd. 4 bis 5 % ihrer Gesamtnachfrage; im Außenhandel Nordrhein-Westfalens sind die OPEC-Länder mit rd. 5 % beteiligt.

Gute Absatzchancen für Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen auf den Märkten der Entwicklungsländer

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß sich die Hauptnachfrage der Entwicklungsländer auf Erzeugnisse des Investitionsgüterbereichs und auf chemische Erzeugnisse richtet. Dies sind auch die Güter, die auch im Außenhandel Nordrhein-Westfalens die vordersten Plätze einnehmen. Auf den Weltmärkten stehen die nordrhein-westfälischen Unternehmen in Konkurrenz mit den Anbietern vor allem der übrigen Industrieländer. Ihre Stellung dabei – auch auf den Märkten der Entwicklungsländer – ist beachtlich. Dies gilt vor allem auf einzelnen Teilmärkten der Länder der Dritten Welt und bei speziellen Produkten und Produktgruppen. Im einzelnen sind es vorwiegend die Schwellenländer, die verstärkt industrielle Erzeugnisse nachfragen, ähnliches gilt für die OPEC-Länder, die – wenigstens teilweise – nicht die Devisenschwierigkeiten haben wie die meisten übrigen Entwicklungsländer.

Wie sich der Außenhandel Nordrhein-Westfalens mit den Entwicklungsländern künftig entwickeln wird und welche zusätzlichen Absatzchancen hier bestehen, hängt von einer Reihe der unterschiedlichsten Faktoren ab. Ein Faktor ist sicherlich die weitere wirtschaftliche Entwicklung in den Ländergruppen der Entwicklungsländer. Die Weltbank geht z. B. davon aus, daß die Wirtschaft der Entwicklungsländer 1986 um rd. 4 % wachsen wird⁶⁾. Interessant ist dabei, daß sie ein überdurchschnittliches Wachstum vor allem für den asiatischen Raum annimmt⁷⁾. Hier gibt es eine Reihe von Ländern, die sich eine industrielle Basis zur Herstellung auch technologisch anspruchsvolleren Produkte aufgebaut haben und damit auch erhebliche Exportergebnisse erzielen konnten, was wiederum zu einer Entlastung ihrer Leistungsbilanz führte. Relativ günstige wirtschaftliche Entwicklungen sind auch für die lateinamerikanischen Schwellenländer zu erwarten, auch wenn deren Wachstum nicht an die wirtschaftliche Dynamik der Schwellenländer Asiens heranreichen dürfte. Nicht sehr gut sind nach wie vor die Absatzchancen in den „rückständigsten Ländern (LDC)“, die sich vor allem in der Subsahara-Zone in Afrika konzentrieren.

Hemmend auf die Intensität der Handelsbeziehungen – bei grundsätzlich guten Absatzchancen in den Ländern – kann sich die Entfernung auswirken; das gilt vor allem für die Außenhandelsaktivitäten der nordrhein-westfälischen Unternehmen im Fernen Osten. Andererseits kommen die traditionell guten Beziehungen Deutschlands zu den arabischen Staaten auch den Handelsbeziehungen mit dieser Staatengruppe zugute. Weniger bedeutend für die Absatzchancen der heimischen Unternehmen sind politische Bindungen, wie sie aus der Kolonialzeit oder auch späteren Beziehungen bestanden; hiervon haben teilweise noch Frankreich und Großbritannien Vorteile.

Kaum eine Rolle im Hinblick auf künftige Absatzchancen in Entwicklungsländern haben Direktinvestitionen, da diese privaten Maßnahmen sich fast ausschließlich auf Industrieländer beziehen, zu denen ohnehin schon enge Außenhandelsbeziehungen bestehen. Anders ist es mit den Entwicklungsgeldern, die einmal zur Entwicklung in den Ländern der Dritten Welt beitragen und so u. a. künftige Nachfrage schaffen, aber auch über Exportaufträge direkt oder indirekt in das Geberland „zurückfließen“.

Daneben sind alle Initiativen zu begrüßen und zu fördern, die dazu dienen, die Verhältnisse in den Entwicklungsländern zu verbessern; hierher gehören eine Stärkung des Internationalen Währungsfonds genauso wie Bemühungen, weitere Einschränkungen des Welthandels durch protektionistische Maßnahmen zu verhindern und so zu einer Ausweitung des internationalen Handels zu kommen.

6) Wirtschaftslage in den Entwicklungsländern 1986, a.a.O. S. 192

7) Vgl. Annual Report 1985, Hrsg. International Monetary Fund, S. 10.

**Wachsende Märkte im
asiatischen Raum**

Industrieländer

Alle Länder Europas ohne Staatshandelsländer
USA
Kanada
Japan
Israel
Republik Südafrika und Namibia
einschl. Botsuana, Lesotho, Swasiland
Australien
Neuseeland

Staatshandelsländer

Asien
China
Nordkorea
Mongolei
Vietnam

Europa
Albanien
Bulgarien
Tschechoslowakei
DDR
Ungarn
Polen
Rumänien

UDSSR

Entwicklungsländer

Restliche Länder

darunter

OPEC

Algerien
Ecuador
Gabun
Indonesien
Iran
Irak
Kuwait
Libyen
Nigeria
Katar
Saudi-Arabien
Vereinigte Arabische Emirate
Venezuela

Schwellenländer

Argentinien
Brasilien
Mexiko
Hongkong
Singapur
Südkorea
Taiwan

Reiche Ölländer

Bahrain
Quatar
Kuwait

Noch: Reiche Ölländer

Libyen
Saudi-Arabien
Vereinigte Arabische Emirate

Sonstige Ölländer

Ägypten
Algerien
Bolivien
Ecuador
Gabun
Indonesien
Irak
Iran
Kongo
Malaysia
Mexiko
Nigeria
Oman
Peru
Syrien
Trinidad und Tobago
Tunesien
Venezuela

Länder der LAIA (Latin American Integration Association)

Argentinien
Bolivien
Brasilien
Chile
Kolumbien
Ecuador
Mexiko
Paraguay
Peru
Uruguay
Venezuela

Rückständigste Länder (Least developed countries – LDC)

Afghanistan
Benin
Bhutan
Botsuana
Burundi
Zentralafrikanische Republik
Tschad
Äthiopien
Gambia
Guinea
Haiti
Laos
Lesotho
Malawi
Malediven
Mali
Nepal
Niger
Ruanda
Samoa
Somalia
Sudan
Uganda
Tansania
Obervolta
Jemen
Bangladesch

Vgl. Statistical Yearbook 1982, hrsg. von den United Nations, S. 1071 f., Annual Report 1985, hrsg. vom International Monetary Fund, Appendix IX, Classification of Countries.

Zahlungsschwierigkeiten 1982 bis 1985

Im Rahmen der Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren werden die gerichtlichen Insolvenzverfahren ermittelt. Dabei werden die beantragten Konkursverfahren und die eröffneten Vergleichsverfahren erfaßt.

Unterlage für die Statistik sind von den Konkursgerichten ausgestellte Erhebungsbogen, die auf Angaben aus den bei den Amtsgerichten geführten Konkurs- und Vergleichsverfahrensakten beruhen. Die Meldungen über die eröffneten und mangels Masse abgelehnten Konkurse sowie über die gerichtlichen Vergleichsverfahren erfolgen monatlich. In der Gesamtzahl der Konkurse sind die Anschlußkonkurse — das sind Konkurse, die sich an ein eröffnetes Vergleichsverfahren anschließen — enthalten. In der Summe der Insolvenzen werden diese Verfahren jedoch nur einmal gezählt, um Doppelerfassungen zu vermeiden.

Begriffserklärungen

Das Konkursverfahren wird auf Antrag des Schuldners oder eines Gläubigers beim zuständigen Amtsgericht eröffnet. Voraussetzung für die Eröffnung ist die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung des Gemeinschuldners. Eine Ablehnung des Eröffnungsantrags erfolgt, wenn nach dem Ermessen des Gerichts eine den Kosten des Verfahrens entsprechende Konkursmasse nicht vorhanden ist. Die Meldung durch das Amtsgericht erfolgt, sobald das Konkursverfahren aufgrund des Antrags eröffnet bzw. die Eröffnung mangels Masse abgelehnt wurde.

Mit dem gerichtlichen Vergleichsverfahren wird der Zweck verfolgt, einen drohenden Konkurs im Interesse des Schuldners wie auch der Gläubiger abzuwenden. Erforderlich für die Eröffnung eines Vergleichsverfahrens, das nur vom Schuldner beantragt werden kann, ist, daß mindestens 35 % der Gläubigerforderungen gedeckt werden können. Bei Ablehnung eines gerichtlichen Vergleichsverfahrens ist zugleich von Amts wegen über die Eröffnung des Konkursverfahrens zu entscheiden. Das Amtsgericht meldet das Vergleichsverfahren sofort bei Eröffnung.

Rechtsgrundlage

Die Insolvenzstatistik erfolgt aufgrund der Verordnung über die Konkurs- und Vergleichsstatistik vom 29. Dezember 1927 (RMBl. 1928 S. 12). In Nordrhein-Westfalen wird sie seit 1949 gemäß Erlass des Justizministers NW vom 6. April 1949 (V1-3763-1) durchgeführt.

Zum Themenkreis der Zahlungsschwierigkeiten gehören neben den Insolvenzen auch die Wechsel- und Scheckproteste sowie die Zwangsversteigerungen und -verwaltungen. Die dafür vorliegenden Daten sind der monatlichen Bilanzstatistik der Deutschen Bundesbank bzw. der Geschäftsstatistik des Justizministers NW entnommen.

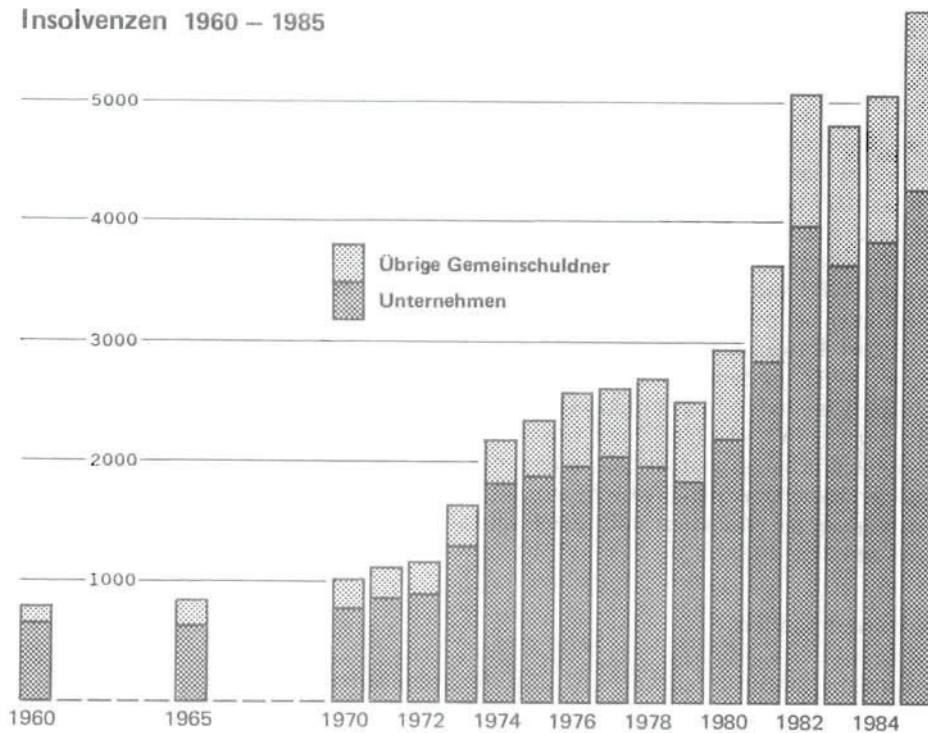
Entwicklung der Insolvenzen

Die Zahl der Insolvenzen lag in den 60er Jahren mit Ausnahme des Rezessionsjahres 1967 unter Tausend. Diese Grenze wurde ab 1970 auf Dauer überschritten und erreichte durch einen kontinuierlichen Anstieg einen ersten Höchststand in 1978 mit 2 687 Insolvenzfällen. Die höchsten Zuwachsraten verzeichneten dabei die Jahre 1973 und 1974 mit 41,8 bzw. 33,3 %. Ausgelöst wurde diese Entwicklung durch den ersten Ölpreisschock (1973), der in eine dreijährige konjunkturelle Abschwungphase führte. Im Jahre 1979 wurde dann zum ersten Mal nach zehn Jahren aufgrund der zwischenzeitlich eingetretenen Konjunkturbelebung ein Rückgang der Insolvenzen (–7,3 % gegenüber dem Vorjahr) festgestellt.

Mit der sich im Laufe des Jahres 1980 abzeichnenden starken Konjunkturabschwächung, die wiederum auf eine drastische Erhöhung des Erdölpreises zurückzuführen war, ging auch wieder ein Anstieg der Konkurs- und Vergleichsverfahren einher. Die Zahlungseinstellungen verdoppelten sich von 1979 bis 1982 auf 5 076; die jährlichen Zuwachsraten betrugen dabei 17,5 %, 24,1 % und 39,8 %.

Tabellenteil: 1

Insolvenzen 1960 – 1985

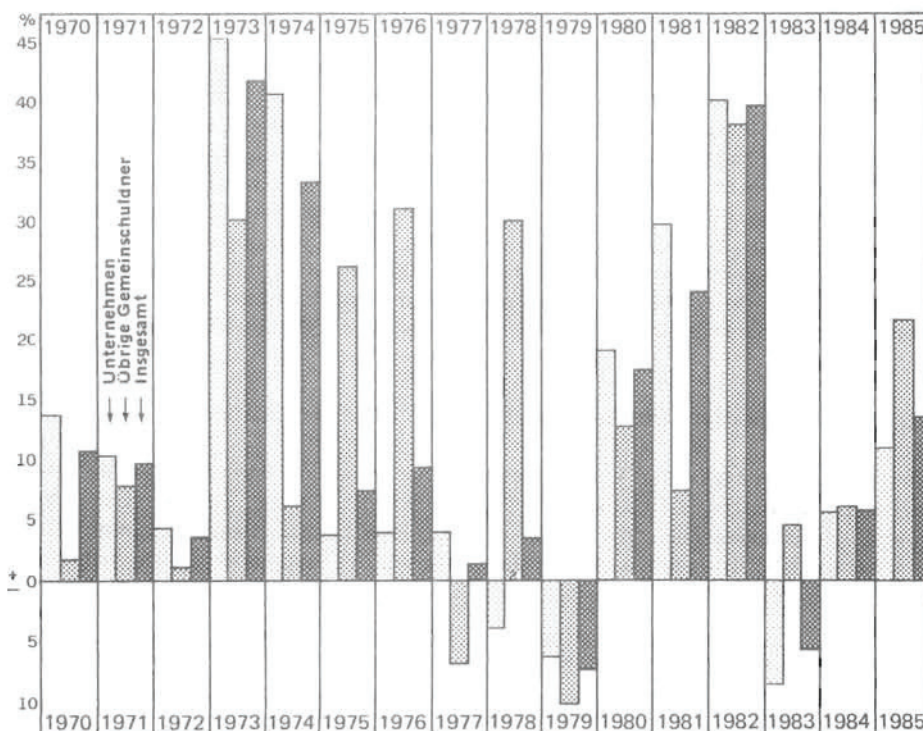


Im Jahre 1983 setzten sich nach der fast drei Jahre dauernden Rezessionsphase erstmals wieder wirtschaftliche Antriebskräfte durch, die in den beiden Folgejahren in einen kräftigen konjunkturellen Aufschwung übergingen. Diese günstige wirtschaftliche Entwicklung machte sich jedoch bei den Insolvenzen nur in 1983 bemerkbar; ihre Zahl verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 5,7 %. Im darauffolgenden Jahr erhöhten sich die Insolvenzfälle bereits wieder um 5,9 % und in 1985 sogar um 13,6 %. Damit verzeichnete das letzte Berichtsjahr mit 5 755 Verfahren einen neuen Höchststand. Die ersten sieben Monate des Jahres 1986 (+3,1 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum) deuten aber bereits auf ein neues Rekordergebnis hin.

Neuer Höchststand

Insolvenzen von Unternehmen und übrigen Gemeinschaftsdnern 1970 – 1985

Veränderungen jeweils gegenüber dem Vorjahr



Unterschiedliche Entwicklung bei Unternehmen und übrigen Gemeinschaftschuldern

Die Insolvenzen entwickelten sich bei den Unternehmen und den übrigen Gemeinschaftschuldern (vor allem natürliche Personen und Nachlässe) im Zeitablauf recht unterschiedlich. In den Jahren 1970 bis 1974 war bei den Unternehmen gegenüber dem Vorjahr eine zum Teil wesentlich stärkere prozentuale Zunahme der Konkurse und Vergleiche festzustellen als bei den übrigen Gemeinschaftschuldern. Umgekehrt war es in den beiden darauffolgenden Jahren. Wurden bei den Unternehmen in den Jahren 1975 bis 1977 geringfügige Zuwächse und in den beiden folgenden Jahren ein leichter Rückgang registriert, so war bei den natürlichen Personen und Nachlässen in diesem Zeitraum ein jährliches (starkes) Auf und (leichtes) Ab festzustellen. In den Jahren 1980 bis 1982 wurde in beiden Bereichen ein Anstieg der Insolvenzen beobachtet, wobei dieser bei den Unternehmen in den ersten beiden Jahren viel kräftiger ausfiel als bei den übrigen Gemeinschaftschuldern. Eine gegenläufige Entwicklung verzeichnete das Jahr 1983, in dem die Zahlungseinstellungen bei den natürlichen Personen und Nachlässen weiterhin (jedoch abgeschwächt) zunahmen und die der Unternehmen zurückgingen. In den Folgejahren wurden auch wieder bei den Unternehmen mehr Zusammenbrüche festgestellt, die aber unter der Zuwachsrate der übrigen Gemeinschaftschuldner lagen. Über den Beobachtungszeitraum betrachtet, waren die Unternehmen an den gesamten Konkurs- und Vergleichsverfahren mit durchschnittlich rd. drei Viertel beteiligt.

Insolvenzzursachen

Die amtliche Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren macht zum Bedauern vieler Konsumenten keine Aussagen über die Insolvenzzursachen. Bemühungen der Wirtschaftsforschung, durch Insolvenzanalysen zu einem theoretisch fundierten System der für die Unternehmenszusammenbrüche maßgebenden Faktoren zu kommen, sind bisher ohne endgültigen Erfolg geblieben. Unstrittig ist jedoch, daß die Insolvenzanfälligkeit vielschichtige Ursachen hat. Ein Zusammenhang zwischen Konjunkturverlauf und Insolvenzentwicklung ist, wie oben aufgezeigt, eindeutig zu erkennen. Weitere Insolvenzgründe, die sich vor allem bei ungünstigem Wirtschaftsverlauf auswirken, sind: geringe Eigenkapitalausstattung der Unternehmen, falsche Einschätzung der Marktverhältnisse, gewagte und zu hohe Investitionen, branchenbedingte Strukturveränderungen und Schwächen in der Unternehmensführung¹⁾.

Die Gründe für das hohe Niveau der Insolvenzen sind unabhängig vom Konjunkturverlauf und den anderen möglichen Ursachen auch in der Einführung des Konkursausfallgeldes und im Zuwachs des Unternehmensbestandes, vor allem durch die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, zu suchen²⁾. Das Gesetz über das Konkursausfallgeld, das seit Mitte 1974 in Kraft ist, hat zwar keine Unternehmenszusammenbrüche verursacht, doch hat es dazu geführt, daß Zusammenbrüche, die früher mit einem außerordentlichen Vergleich endeten oder bei denen klar war, daß ein Konkursantrag wegen Masselosigkeit zwecklos sein würde, nunmehr in der Insolvenzstatistik erfaßt werden. Eine weitere Belastung der Statistik geht von der Veränderung des Unternehmensbestandes aus. Mit der Einführung der Körperschaftsteuerreform von 1977 verstärkte sich die Beliebtheit der Rechtsform der Gesellschaft mit beschränkter Haftung immer mehr. Zu der Haftungsbeschränkung bei dieser Gesellschaftsform kam jetzt noch der Wegfall der Doppelbesteuerung auf ausgeschüttete Gewinne hinzu. Dies führte dazu, daß sich die Gesellschaften mit beschränkter Haftung in den zurückliegenden zehn Jahren verdoppelten. Mit dieser Existenzgründungswelle (durchschnittlich über 8 000 pro Jahr) ging auch die Insolvenzwelle einher; der Anteil der Gesellschaften mit beschränkter Haftung an den Unternehmensinsolvenzen stieg von 30 % in 1976 auf über 50 % in 1985 an.

Unternehmensinsolvenzen nach wirtschaftlicher Gliederung

In den Jahren 1982 bis 1985 konzentrierten sich durchschnittlich rd. 94 % aller Unternehmensinsolvenzen auf die vier größten Wirtschaftsbereiche: das Verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe, den Handel und das Dienstleistungsgewerbe einschließlich freier Berufe, in denen auch der gleiche Anteil der bestehenden Unternehmen wirtschaftlich tätig war.

1) Vgl. Hans Philipp, Ursachen für Insolvenzen, in: Blick durch die Wirtschaft vom 10. 4. 1986; Josef Lachner/Walter Meyerhöfer, Sprunghafter Insolvenzanstieg — Alarmzeichen aus der Wirtschaft, in: Ifo-Schnelldienst Nr. 34/1982, S. 12 ff.

2) Vgl. Reinhard H. Cuny/Dieter Haberstroh, Verzerrungen im statistischen Bild, in: Wirtschaftsdienst 1984/I, S. 42 ff.; DIW Wochenbericht, Insolvenzen: Nur geringe Auswirkungen auf Produktionspotential und Arbeitsmarkt, Heft 45/82, S. 551 ff.

Bestimmend für die Insolvenzentwicklung war im Berichtszeitraum das Baugewerbe zusammen mit dem Dienstleistungsgewerbe. In beiden Bereichen wurden jährlich die absolut und relativ höchsten Veränderungen festgestellt. Verursacht durch die bereits 1980 einsetzende Bauflaute, wurde 1982 in der Baubranche durch eine Zuwachsrate von 58,1 % gegenüber dem Vorjahr die vorläufige Höchstmarke von 903 Konkursen und Vergleichen erreicht. Nach der guten Auslastung der Baukapazitäten in 1983, die auch mit einer beachtlichen Verringerung der Unternehmenszusammenbrüche (–17,3 %) verbunden war, trat die Bauwirtschaft in den Folgejahren wieder in eine kritische Phase ein. Die Insolvenzen vermehrten sich um 17,1 % in 1984 und um 18,4 % in 1985 auf 1 036 Fälle. Anteilsmäßig machten diese – bei leicht steigender Tendenz – 24,3 % aller Unternehmensinsolvenzen aus. Das Bauhauptgewerbe und das Ausbaugewerbe waren, über den Berichtszeitraum betrachtet, im Verhältnis drei zu eins an den gesamten Baupleiten beteiligt.

Bau- und Dienstleistungsgewerbe als Motor der Insolvenzentwicklung

Insolvenzen*) von Unternehmen 1982 bis 1985 nach wirtschaftlicher Gliederung												
Wirtschaftliche Gliederung	1982			1983			1984			1985		
	Anzahl	%	Veränderung gegenüber Vorjahr %	Anzahl	%	Veränderung gegenüber Vorjahr %	Anzahl	%	Veränderung gegenüber Vorjahr %	Anzahl	%	Veränderung gegenüber Vorjahr %
Verarbeitendes Gewerbe	830	20,9	+ 27,7	789	21,8	– 4,9	713	18,6	– 9,6	762	17,9	+ 6,9
Baugewerbe	903	22,8	+ 58,1	747	20,6	–17,3	875	22,8	+17,1	1 036	24,3	+18,4
Handel	992	25,0	+ 36,6	938	25,9	– 5,4	1 009	26,3	+ 7,6	1 017	23,9	+ 0,8
darunter												
Großhandel	363	9,1	+ 27,4	325	9,0	–10,5	366	9,5	+12,6	395	9,3	+ 7,9
Einzelhandel	622	15,7	+ 45,7	609	16,8	– 2,1	631	16,5	+ 3,6	607	14,3	– 3,8
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	992	25,0	+ 46,5	923	25,4	– 7,0	1 039	27,1	+12,6	1 227	28,8	+18,1
Übrige Wirtschaftsabteilungen	252	6,3	+ 21,7	230	6,3	– 8,7	199	5,2	–13,5	215	5,1	+ 8,0
Unternehmen und freie Berufe zusammen	3 969	100	+ 40,2	3 627	100	– 8,6	3 835	100	+ 5,7	4 257	100	+11,0
darunter Handwerk	516	13,0	+111,5	385	10,6	–25,4	422	11,0	+ 9,6	469	11,0	+11,1

*) ohne Anschlußkonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist

Die Dienstleistungsunternehmen einschließlich der freien Berufe verzeichneten bis auf das Jahr 1983 die meisten Konkurs- und Vergleichsverfahren. Ihr Anteil, gemessen an den gesamten Zahlungseinstellungen, wuchs im Betrachtungszeitraum von 25 auf 28,8 %. 1985 lag die Zahl der Fälle bei 1 227. Die Entwicklung der Konkurse und Vergleiche entsprach der des Baugewerbes, jedoch mit etwas gemäßigter ausfallenden Veränderungsraten. Die Insolvenzscherpunkte im Dienstleistungsgewerbe lagen bei den Beteiligungsgesellschaften (im Durchschnitt der Jahre 1982 bis 1985 rd. 27,5 %), im Gastgewerbe (rd. 20,5 %) und im Bereich der Wohnungsunternehmen, der Grundstücks- und Wohnungsverwaltung sowie Wohnungsvermittlung (rd. 16 %). Der letztgenannte Bereich wurde erheblich durch die rückläufige Baukonjunktur beeinflusst, was zu verstärkter Illiquidität dieser Unternehmen führte.

Die Zahl der insolventen Händler war in der betrachteten Zeitspanne mit Ausnahme von 1983 nahezu konstant; sie lag bei rd. 1 000 pro Jahr. Damit entfiel etwa jede vierte Unternehmensinsolvenz auf den Handelsbereich mit Schwerpunkt Einzelhandel. Beim Großhandel wurden Ende des Berichtszeitraums mehr zahlungsunfähige Unternehmen festgestellt als am Anfang. Günstiger verlief dagegen die Entwicklung beim Einzelhandel; hier lagen die Konkurs- und Vergleichsanträge des Jahres 1985 unter dem Niveau von 1982.

Handelsinsolvenzen nahezu konstant

Das Verarbeitende Gewerbe erreichte 1982 mit 830 Insolvenzfällen seinen bisherigen Höchststand. Der Rückgang der Zahlungseinstellungen (bedingt durch den aufkommenden konjunkturellen Aufschwung) machte sich in diesem Bereich, im Gegensatz zu den anderen Wirtschaftsabteilungen, nicht nur in 1983 (–4,9 %) bemerkbar, sondern setzte sich verstärkt auch in 1984 (–9,6 %) fort. Im Jahre 1985 wurden dann wieder mehr Insolvenzanträge (+6,9 %) festgestellt; ihre Zahl belief sich auf 762. Der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Gesamtzahl der insolventen Unternehmen nahm somit von 21,8 % (1983) auf 17,9 % (1985) ab. Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes waren im Durchschnitt der Jahre 1982 bis 1985 hauptsächlich der Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau mit rd. 27 %, das Holz-, Papier- und Druckge-

werbe mit rd. 20,5 %, der Bereich der Elektrotechnik und der Herstellung von EBM-Waren mit rd. 13,5 % sowie das Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe mit rd. 11,5 % betroffen.

Die Zahlen der Konkurs- und Vergleichsverfahren allein sagen über die Insolvenzanfälligkeit der einzelnen Wirtschaftsbereiche noch nichts aus. Im Dienstleistungsbereich und im Handel wurden zwar die meisten Unternehmenszusammenbrüche gezählt, setzt man diese jedoch zu den bestehenden Unternehmen der jeweiligen Branche in Beziehung, so ergibt sich ein anderes Bild. Für die Ermittlung der Insolvenzhäufigkeit bietet sich eine Gegenüberstellung mit der Zahl der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen an. Folgende Einschränkungen sind dabei zu beachten: Während in der Insolvenzstatistik jedes Konkurs- und Vergleichsverfahren eines rechtlich selbständigen Unternehmens gezählt wird, werden in der Umsatzsteuerstatistik nur Steuerpflichtige mit einem steuerbaren Umsatz von 20 000 DM und mehr erfaßt, soweit sie Umsatzsteuervoranmeldungen abgeben. Außerdem gelten rechtlich selbständige, aber wirtschaftlich zusammengeschlossene Unternehmen als nur ein Umsatzsteuerpflichtiger.

Insolvenzen*) von Unternehmen 1982 bis 1985 – je 10 000 bestehende Unternehmen **) –				
Wirtschaftliche Gliederung	1982	1983 ¹⁾	1984	1985 ¹⁾
Unternehmen und freie Berufe zusammen	83,5	76,3	77,1	85,6
darunter				
Verarbeitendes Gewerbe	109,9	104,5	94,9	101,4
Baugewerbe	167,6	138,7	159,4	188,8
Handel	64,9	61,3	64,2	64,7
darunter				
Großhandel	112,6	100,8	112,1	121,0
Einzelhandel	60,2	59,0	59,3	57,0
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	60,7	56,5	57,8	68,3

*) ohne Anschlußkonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist — **) Umsatzsteuerpflichtige mit steuerbarem Umsatz von 20 000 und mehr DM — 1) Insolvenzen, bezogen auf die Umsatzsteuerpflichtigen des Vorjahres

Die auf dieser Grundlage errechnete Insolvenzquote nahm von 1982, als von 10 000 umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen 84 zahlungsunfähig wurden, auf 76 im Jahre 1983 ab. Bis 1985 erhöhte sie sich auf 86. Das Baugewerbe stand in allen Berichtsjahren mit Abstand an der Spitze der Insolvenzanfälligkeit. Diese betrug zwischen 139 und 189 Konkurse und Vergleiche je 10 000 Bauunternehmen. Das Verarbeitende Gewerbe wartete mit der zweithöchsten Insolvenzquote auf (zwischen 95 und 110). Mit einem weiteren Abstand folgten der Handel (zwischen 61 und 65) und der Dienstleistungsbereich (zwischen 57 und 68), wobei von 1982 bis 1984 die Quoten des erstgenannten Wirtschaftszweiges über denen des letztgenannten lagen. Im Jahre 1985 kehrte sich das Bild um. Innerhalb des Handelsbereiches war die Insolvenzhäufigkeit bei den Großhändlern rd. doppelt so hoch wie bei den Einzelhändlern.

Unternehmensinsolvenzen nach Rechtsformen

Die Gesellschaften mit beschränkter Haftung dominierten eindeutig unter den Rechtsformen der zahlungsunfähig gewordenen Unternehmen. Ihr Anteil stieg 1985 erstmals auf über die Hälfte aller Unternehmensinsolvenzen an, und zwar auf 2 174 Verfahren. Daß diese Gesellschaften so häufig den Weg zum Konkursgericht gehen müssen, hängt mit der weiterhin anhaltenden Bevorzugung, Unternehmen in die Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu kleiden, zusammen. Rd. 32 900 solcher Gesellschaften wurden in den zurückliegenden vier Jahren in nordrhein-westfälische Handelsregister neu eingetragen. Sehr oft verfügten diese nur über das gesetzlich vorgeschriebene Mindestkapital von 50 000 DM. Dies traf Ende 1985 für fast drei Viertel aller bestehenden Gesellschaften mit beschränkter Haftung zu. Ein weiteres Indiz, auf welch' tönernen Sockeln eine Vielzahl von diesen Unternehmen steht, ist, daß von den rd. 85 400 Gesellschaften mit beschränkter Haftung des Jahres 1984 nur gut die Hälfte in der Umsatzsteuerstatistik des entsprechenden Jahres erfaßt wurde. Dies bedeutet, daß fast jede zweite Gesellschaft mit beschränkter Haftung noch nicht einmal einen Jahresumsatz von 20 000 DM tätigte.

Baugewerbe am insolvenzauffälligsten

Anteil der GmbH-Insolvenzen bei über 50 %

Insolvenzen*) von Unternehmen 1982 bis 1985 nach Rechtsformen												
Rechtsform	1982			1983			1984			1985		
	Anzahl	%	Veränderung gegenüber Vorjahr %	Anzahl	%	Veränderung gegenüber Vorjahr %	Anzahl	%	Veränderung gegenüber Vorjahr %	Anzahl	%	Veränderung gegenüber Vorjahr %
Nicht eingetragene Unternehmen	1 296	32,7	+ 26,9	1 215	33,5	— 6,3	1 148	29,9	— 5,5	1 265	29,7	+10,2
Einzelunternehmen	278	7,0	+157,4	289	8,0	+ 4,0	298	7,8	+ 3,1	267	6,3	—10,4
Personengesellschaften (OHG, KG)	509	12,8	+ 19,5	440	12,1	—13,6	504	13,1	+14,5	534	12,5	+ 6,0
darunter GmbH und Co. KG	331	8,3	+ 11,1	313	8,6	— 5,4	360	9,4	+15,0	402	9,4	+11,7
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	1 870	47,1	+ 47,4	1 667	46,0	—10,9	1 868	48,7	+12,1	2 174	51,1	+16,4
Übrige Unternehmen	16	0,4	+128,6	16	0,4	—	17	0,4	+ 6,3	17	0,4	—
Unternehmen und freie Berufe zusammen	3 969	100	+ 40,2	3 627	100	— 8,6	3 835	100	+ 5,7	4 257	100	+11,0
davon waren unter 8 Jahre alt	3 196	80,5	+ 42,2	2 892	79,7	— 9,5	2 963	77,3	+ 2,5	3 246	76,3	+ 9,6
8 und mehr Jahre alt	773	19,5	+ 32,6	735	20,3	— 4,9	872	22,7	+18,6	1 011	23,7	+15,9

*) ohne Anschlußkonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist

Nicht in das Handelsregister eingetragene Unternehmen — hierunter fallen neben Kleingewerbetreibenden auch Angehörige der freien Berufe — sowie eingetragene Einzelunternehmen machten im Berichtszeitraum bei fallender Tendenz zwischen 41,5 und 36 % der insolventen Unternehmen aus. Der hohe Anteil dieser Firmen überrascht nicht, da 1984 gut drei Viertel der Umsatzsteuerpflichtigen Einzelunternehmen waren. Bei den Personengesellschaften entsprachen sich in etwa der Insolvenzanteil (zwischen 12 und 13 %) und der Anteil an den bestehenden Unternehmen (rd. 13 %). Innerhalb der Gruppe überwogen die Kommanditgesellschaften, deren Haftung durch einen Komplementär in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung eingeschränkt wird (GmbH und Co. KG). Bei Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung einer solchen Personengesellschaft wird häufig auch die Komplementär-GmbH in das Insolvenzverfahren hineingezogen. Dies führt bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise zu Doppelerfassungen, da die Einzählung zum einen bei der GmbH und Co. KG und zum anderen — evtl. mit zeitlicher Verzögerung — auch bei der Gesellschaft mit beschränkter Haftung erfolgt.

Zur Beurteilung des Insolvenzrisikos der einzelnen Rechtsformen ist es erforderlich, auch hier die Zahl der Konkurs- und Vergleichsverfahren zu der Gesamtzahl der bestehenden Unternehmen der jeweiligen Rechtsform in Beziehung zu setzen. Da keine einheitlichen Unternehmenszahlen vorliegen, müssen als Bezugsgröße verschiedene Statistiken herangezogen werden. Für die Kapitalgesellschaften bieten sich die Angaben aus der Statistik der Kapitalgesellschaften an. Für die anderen Rechtsformen muß mangels besseren Datenmaterials auf die in der Umsatzsteuerstatistik erfaßten Unternehmen zurückgegriffen werden. Die damit verbundenen Einschränkungen wurden bereits dargelegt.

Von 10 000 Einzelunternehmen (einschl. der nicht ins Handelsregister eingetragenen) waren im Beobachtungszeitraum zwischen 38 (1984) und 43 (1982) von einem Insolvenzverfahren betroffen. Ungefähr doppelt so hoch war die Häufigkeit bei den Per-

Insolvenzen*) von Unternehmen 1982 bis 1985 — je 10 000 bestehende Unternehmen —				
Rechtsform	1982	1983	1984	1985
Unternehmen und freie Berufe zusammen	83,5	76,3	77,1	85,6
darunter Einzelunternehmen ¹⁾²⁾	43,2	41,3	38,3	40,6
Personengesellschaften ²⁾	80,3	69,4	76,1	80,6
Gesellschaft mit beschränkter Haftung ³⁾	253,7	216,5	229,8	254,7

*) ohne Anschlußkonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist — 1) einschl. nicht ins Handelsregister eingetragener Unternehmen — 2) Insolvenzen der Jahre 1982 und 1983, bezogen auf die Umsatzsteuerpflichtigen 1982; Insolvenzen der Jahre 1984 und 1985, bezogen auf die Umsatzsteuerpflichtigen 1984 — 3) Insolvenzen, bezogen auf den Bestand an GmbH zum 1. Januar des jeweiligen Jahres gemäß der Statistik der Kapitalgesellschaften

Hohe Insolvenzquote bei den GmbH

sonengesellschaften (zwischen 69 und 81). Nochmals um das Dreifache höher lagen die Quoten bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Im Jahr 1985 wurde mit 255 Verfahren, nach der etwas günstigeren Situation in 1983 und 1984, wieder das Niveau von 1982 erreicht.

Alter der insolventen Unternehmen

Zunehmend ältere Unternehmen betroffen

Das Risiko des finanziellen Zusammenbruchs ist bei den Unternehmen in den ersten Jahren nach der Gründung besonders groß. Daher betraf der überwiegende Teil der Unternehmensinsolvenzen die jüngeren Unternehmen (unter acht Jahre alt). Zwar hatte sich der Anteil im Laufe des Beobachtungszeitraums um rd. 4 Prozentpunkte reduziert, war aber mit 76,3 % in 1985 noch immer sehr hoch. Für die älteren Unternehmen, die acht Jahre und mehr bestanden, verlief die Insolvenzentwicklung im Vergleich zu der der jüngeren ab 1983 ungünstiger. Dadurch erhöhte sich ihr Anteil bis 1985 auf 23,7 %.

Unternehmensinsolvenzen nach regionaler Gliederung

Nord-Süd-Gefälle

Die mit Abstand meisten Unternehmensinsolvenzen wurden 1985 im Regierungsbezirk Düsseldorf (1 223) registriert, gefolgt vom Regierungsbezirk Köln (878). Bezieht man jedoch die Zahlungseinstellungen auf die bestehenden Unternehmen³⁾, so ist innerhalb Nordrhein-Westfalens ein Nord-Süd-Gefälle festzustellen. Am insolvenzanfälligsten waren nämlich die Unternehmen im Regierungsbezirk Münster. Dort entfielen auf 10 000 Unternehmen 134 Konkurse und Vergleiche; der Landesdurchschnitt lag – wie bereits erwähnt – bei 86. Die höchste Insolvenzquote (dies gilt auch für ganz Nordrhein-Westfalen) verzeichnete mit 168 Verfahren die Stadt Münster. Stark betroffen waren auch die Unternehmen in den Städten Gelsenkirchen (142) und Bottrop (132) sowie in den Kreisen Recklinghausen (152) und Borken (135).

Im Regierungsbezirk Detmold (durchschnittlich 101 Insolvenzen je 10 000 Unternehmen) fielen die Kreise Minden-Lübbecke (152), Gütersloh (117) und Herford (111) mit hohen Insolvenzquoten auf. Nicht viel niedriger lagen diese in den zum Regierungsbezirk Arnsberg (77) gehörenden Städten Dortmund (108) und Hamm (100) sowie dem Kreis Unna (102). Der im Regierungsbezirk Düsseldorf (75) liegende Kreis Wesel zählt mit seinen 108 Verfahren auch noch zu den insolvenzgefährdeten Verwaltungsbezirken.

Günstiger als für die im nördlichen Landesbereich liegenden Städte und Kreise fiel die Insolvenzanfälligkeit für die Unternehmen in den Gebieten südlich der nach Osten hin gedanklich verlängerten Ruhrgebietsschiene (Rheinland, Siegerland, Sauerland und Teile Ostwestfalens) aus. Dort lagen die Insolvenzquoten, abgesehen von wenigen Ausnahmen, unter dem Landesdurchschnitt. Die niedrigsten wurden in den Städten Leverkusen (40) und Herne (45) sowie dem Kreis Siegen-Wittgenstein (38), dem Rhein-Sieg-Kreis (47), dem Kreis Soest (47) und dem Rheinisch-Bergischen Kreis (50) ermittelt.

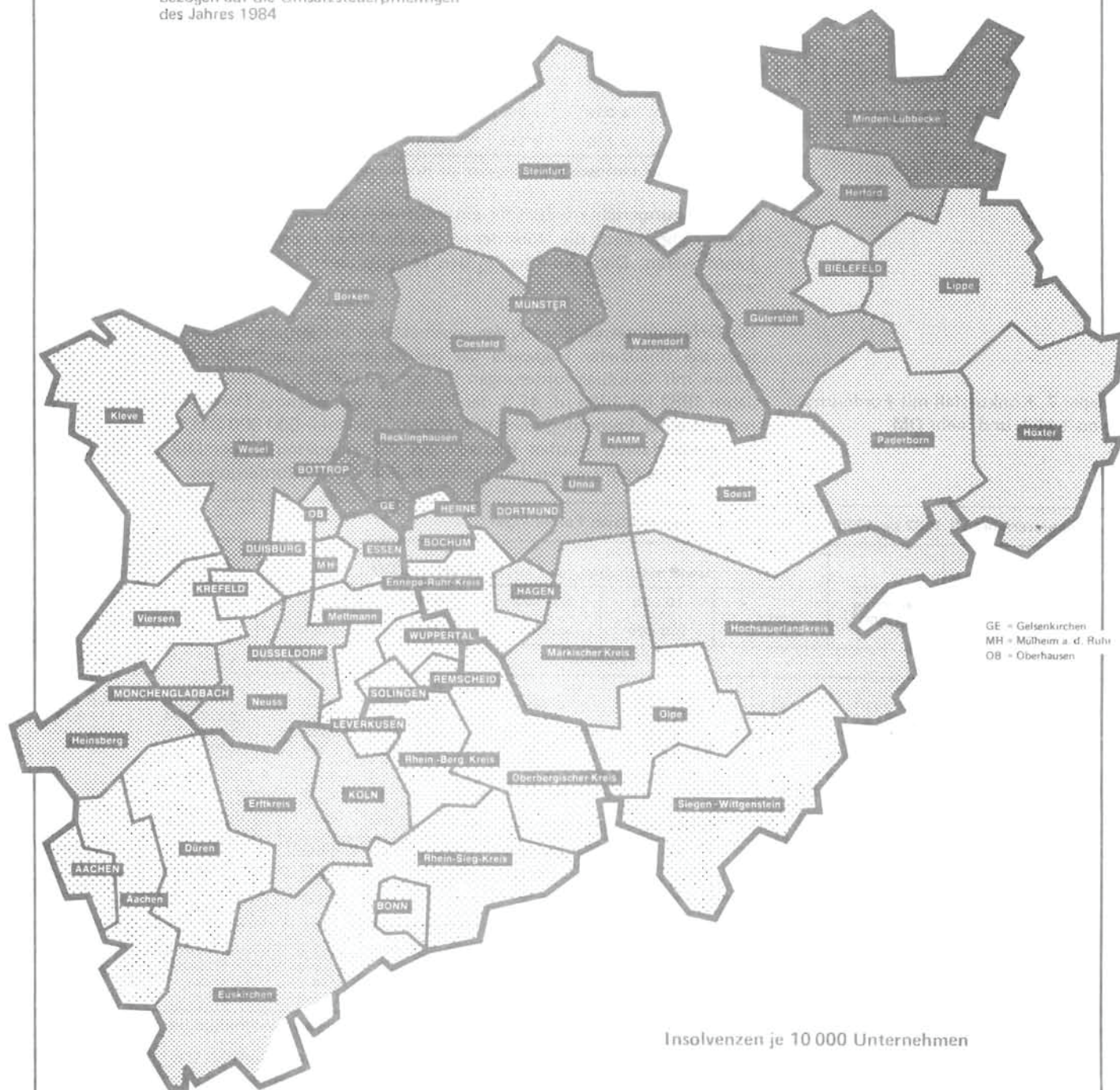
Konkursverfahren

Anträge auf Eröffnung eines Konkursverfahrens wurden in den vier Jahren des Berichtszeitraums in über 99 % aller Insolvenzfälle gestellt. Ein Konkursverfahren wird jedoch nur dann eröffnet, wenn die vorabgeschätzte Vermögensmasse ausreicht, um wenigstens die Kosten der gerichtlichen Abwicklung des Verfahrens zu decken. Dies war aber nur bei rd. drei Zehntel aller Konkurse möglich, wobei die Eröffnungsquote im Zeitablauf sogar leicht abnahm. Die restlichen Konkursanträge wurden wegen fehlender Teilungsmasse abgelehnt. Erfahrungsgemäß wird sich dieser Anteil noch erhöhen, wenn sich die Masselosigkeit erst nach der Eröffnung der gerichtlichen Auseinandersetzung herausstellt.

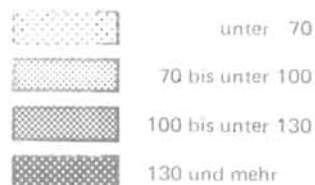
³⁾ Insolvenzen, bezogen auf die umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen des Jahres 1984 mit einem steuerbaren Umsatz von 20 000 und mehr DM

Insolvenzen 1985

bezogen auf die Umsatzsteuerpflichtigen
des Jahres 1984



Insolvenzen je 10 000 Unternehmen



Konkursverfahren 1982 bis 1985							
Jahr	Konkursverfahren ¹⁾						
	insgesamt			darunter von Unternehmen			
	Anzahl	darunter mangels Masse abgelehnte Konkurse		Anzahl	%	darunter mangels Masse abgelehnte Konkurse	
		Anzahl	%			Anzahl	%
1982	5 045	3 533	70,0	3 940	78,1	2 697	68,5
1983	4 745	3 405	71,8	3 591	75,7	2 538	70,7
1984	5 039	3 609	71,6	3 810	75,6	2 623	68,8
1985	5 730	4 153	72,5	4 234	73,9	2 940	69,4

1) eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse einschl. Anschlußkonkursen

Die Konkursgerichte teilten für ein eröffnetes oder mangels Masse abgelehntes Konkursverfahren auch die Höhe der voraussichtlichen Forderungen mit, soweit diese bekannt waren. Diese konnten in den Berichtsjahren für 86 % aller Fälle angegeben werden.

Die Größenklassengliederung der angemeldeten Forderungen gibt einen Anhaltspunkt über die finanzielle Tragweite der beantragten Konkursverfahren. Zu den kleinen Fällen mit Gläubigerforderungen bis zu 100 000 DM zählten im Durchschnitt der Jahre 1982 bis 1985 rd. 42 % der Konkurse. Ein weiteres Drittel entfiel auf Verfahren mit einer Forderungshöhe von 100 000 bis unter 500 000 DM. Bei jedem siebten Konkursverfahren wurden Forderungen von mindestens einer Million DM geltend gemacht; insgesamt waren dies vier Fünftel der Gesamtforderungen.

Jeder 7. Konkursfall mit Forderungen von 1 Mill. und mehr DM

Konkursverfahren*) 1982 bis 1985 nach der Höhe der angemeldeten Forderungen								
Jahr	Konkursverfahren insgesamt ¹⁾	Davon mit Forderungen von ... bis unter ... DM					Gesamthöhe der angemeldeten Forderungen	
		unter 10 000	10 000 — 100 000	100 000 — 500 000	500 000 — 1 Mill.	1 Mill. und mehr	insgesamt	Durchschnitt je Verfahren
		Anzahl					1 000 DM	DM
1982	4 293	533	1 313	1 389	455	603	2 856 530	665 392
1983	4 067	527	1 257	1 377	403	503	3 570 304	877 872
1984	4 256	512	1 252	1 387	503	602	3 558 461	836 105
1985	5 053	544	1 539	1 654	570	746	3 994 181	790 457
	Konkursverfahren insgesamt ¹⁾	Davon mit Forderungen von ... bis unter ... DM					Gesamthöhe der angemeldeten Forderungen	
		unter 10 000	10 000 — 100 000	100 000 — 500 000	500 000 — 1 Mill.	1 Mill. und mehr	insgesamt	Durchschnitt je Verfahren
		%						
1982	100	12,4	30,6	32,4	10,6	14,0	x	x
1983	100	13,0	30,9	33,9	9,9	12,4	x	x
1984	100	12,0	29,4	32,6	11,8	14,1	x	x
1985	100	10,8	30,5	32,7	11,3	14,8	x	x

*) eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse einschl. Anschlußkonkursen — 1) ohne Konkurse, deren Forderungen unbekannt waren

Die angemeldeten Forderungen in den einzelnen Berichtsjahren (zwischen 2,86 Mrd. DM in 1982 und 3,99 Mrd. DM in 1985) hängen zum einen von der Anzahl der Konkurse und zum anderen von den im Einzelfall geltend gemachten Forderungen ab. Dadurch kann es zu jährlichen, zum Teil erheblichen Schwankungen der je Konkursverfahren von den Gläubigern im Durchschnitt geforderten Beträge kommen. Im Betrachtungszeitraum lagen diese zwischen 665 400 DM (1982) und 877 900 DM (1983). Bei der Beurteilung der Forderungshöhe ist noch folgendes zu beachten: In einigen Fällen kann es zu Doppelnachweisungen von Forderungen kommen, wenn an zusammenhängende, aber rechtlich selbständige in Konkurs gegangene Unternehmen (z. B. GmbH und Co. KG und deren Komplementär-GmbH) jeweils dieselben Forderungen gerichtet werden. Dagegen ist von einer Untererfassung der Forderungen bei mangels Masse abgelehnten Konkursverfahren auszugehen, da bei diesen Fällen nicht alle Gläubiger ihre Forderungen (wegen der zu erwartenden Nichteinlösung) beim Konkursgericht anmelden.

Vergleichsverfahren

Die Möglichkeit der Schuldenregulierung mit Hilfe eines gerichtlichen Vergleichsverfahrens wird immer seltener in Anspruch genommen. Im Berichtszeitraum verringerte sich der Anteil der eröffneten Vergleiche an den Gesamtinsolvenzen sogar noch von 1 auf 0,5 %. Daraus läßt sich schließen, daß der Weg zum Konkursgericht erst dann angetreten wird, wenn die finanzielle Lage des Gemeinschuldners aussichtslos ist. 1984 erreichten die Vergleichsverfahren mit 28 Fällen, von denen wiederum zwei im Laufe des Jahres in einen Anschlußkonkurs überführt wurden, den bisher niedrigsten Stand.

Vergleichsverfahren
immer seltener

Vergleichsverfahren 1982 bis 1985 nach wirtschaftlicher Gliederung				
Wirtschaftliche Gliederung	1982	1983	1984	1985
	Anzahl			
Unternehmen und freie Berufe zusammen	41	40	27	28
darunter				
Verarbeitendes Gewerbe	24	17	8	10
Baugewerbe	2	1	4	3
Handel	9	12	9	9
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	5	8	5	5
Übrige Gemeinschuldner	3	5	1	2
Insgesamt	44	45	28	30

In neun Zehntel und mehr der Fälle wurden Vergleichsverfahren von Unternehmen beantragt, wovon in den Berichtsjahren, mit Ausnahme von 1984, die meisten auf das Verarbeitende Gewerbe, gefolgt vom Handel, entfielen. Im Baugewerbe und bei den Dienstleistungsunternehmen kamen nur vereinzelt Vergleichsverfahren vor.

Wechsel- und Scheckproteste

Der Themenbereich Zahlungsschwierigkeiten schließt auch die Wechsel- und Scheckproteste ein. Auch wenn es hier im Einzelfall um weitaus geringere Geldbeträge geht als bei den Konkurs- und Vergleichsverfahren, so erreicht doch die Gesamtsumme der protestierten Beträge Jahr für Jahr eine beträchtliche Höhe.

Die Zahl der von den Kreditinstituten zu Protest gegebenen Wechsel ist in Nordrhein-Westfalen im Betrachtungszeitraum kontinuierlich zurückgegangen. 1985 lag sie mit 50 519 um ein Fünftel unter dem Stand von 1982. Die Wechselbeträge, mit Jahressummen von über 400 Mill. DM, waren jährlichen Schwankungen unterlegen. Der Durchschnittsbetrag je Wechselprotest bewegte sich zwischen 7 400 DM (1982) und 9 300 DM (1983).

Wechsel- und Scheckproteste 1982 bis 1985 von Kreditinstituten*)										
Jahr	Wechselproteste					Nicht eingelöste Schecks				
	Anzahl	1982 = 100	Mill. DM	1982 = 100	DM je Wechsel	Anzahl	1982 = 100	Mill. DM	1982 = 100	DM je Scheck
1982	62 931	100	466	100	7 405	757 155	100	1 242	100	1 640
1983	53 232	85	495	106	9 299	724 722	96	1 370	110	1 890
1984	51 441	82	410	88	7 970	734 335	97	1 220	98	1 661
1985	50 519	80	426	91	8 432	805 239	106	1 293	104	1 606

*) einschl. Landeszentralbank, jedoch ohne Deutsche Bundespost und ohne Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug — — — Quelle: Monatliche Bilanzstatistik der Deutschen Bundesbank

Nach einem Rückgang in 1983 nahm die Zahl der von den Geldinstituten nicht eingelösten Schecks ständig zu. Im Jahr 1985 wurden 805 239 Fälle gezählt, was einen neuen Höchststand bedeutet. Wie bei den protestierten Wechseln wiesen auch bei den Schecks die nicht gedeckten Beträge jährliche Schwankungen auf. Im Durchschnitt je nicht eingelösten Scheck verringerte sich der Betrag von 1 900 DM in 1983 auf 1 600 DM in 1985.

Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen

Weitere Informationen über bestehende Zahlungsschwierigkeiten geben die Anträge auf Zwangsversteigerung und -verwaltung. Die Zahl der zwangsweisen Versteigerungen von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten, Schiffen und Schiffsbauwerken nahm im Berichtszeitraum stetig zu. Im Jahre 1985 lag sie mit 21 923 Fällen um 47 % über dem Niveau von 1982. Erfolgt die Befriedigung der Gläubiger bei der Zwangsversteigerung aus dem Erlös der versteigerten Gegenstände des unbeweglichen Vermögens, so werden bei der Zwangsverwaltung die Gläubigerforderungen aus den erwirtschafteten Erträgen der beschlagnahmten und zwangsverwalteten Grundstücke zu decken versucht. Die Fälle der Zwangsverwaltung stiegen sprunghaft an. Ihre Zahl lag im letzten Berichtsjahr (8 480) fast fünfmal höher als 1982.

Zwangsversteigerungen und -verwaltungen 1982 bis 1985				
Jahr	Anträge auf			
	Zwangsversteigerung ¹⁾		Zwangsverwaltung	
	Anzahl	1982 = 100	Anzahl	1982 = 100
1982	14 927	100	1 765	100
1983	17 174	115	3 057	173
1984	18 611	125	4 534	257
1985	21 923	147	8 480	480

1) von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens — — Quelle: Justizministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen

RUNDBLICK

Ausländer 1985

Am 31. Dezember 1985 waren nach den Ergebnissen einer Auszählung des beim Bundesverwaltungsamt geführten Ausländerzentralregisters insgesamt 1 320 000 Ausländer in Nordrhein-Westfalen gemeldet (ohne Mitglieder der Stationierungstreitkräfte sowie der diplomatischen und konsularischen Vertretungen). Während sich diese Statistik bis einschl. 1984 jeweils auf den 30. September bezog, wurde für die Jahre ab 1985 als Stichtag der 31. Dezember festgelegt. Gegenüber dem 30. September 1984 war ein Rückgang der Ausländerzahl um 0,3 % zu verzeichnen.

Das Land Nordrhein-Westfalen hatte Ende 1985 mit 30 % den relativ höchsten Anteil am Ausländerbestand in der Bundesrepublik Deutschland (4 379 000 Personen), gefolgt von Baden-Württemberg mit 19 % und Bayern mit 15 %. Gemessen an der Ausländerquote (Ausländer bezogen auf 100 Personen der Gesamtbevölkerung) nahm Nordrhein-Westfalen mit einem Wert von 7,9 % unter den Flächenländern nach Hessen (9,3 %) und Baden-Württemberg (9,1 %) allerdings nur den dritten Platz ein.

Ausländer 1975 — 1985					
Stichtag	Ausländer insgesamt		Davon		
			Männer ²⁾	Frauen ²⁾	Kinder ³⁾
	Anzahl	% ¹⁾	Anzahl		
30. 9. 1975	1 224 497	7,1	564 525	350 717	309 255
30. 9. 1976	1 204 829	7,1	536 870	345 626	322 333
30. 9. 1977	1 211 086	7,1	529 144	348 672	333 270
30. 9. 1978	1 228 440	7,2	538 833	362 147	327 460
30. 9. 1979	1 276 982	7,5	546 789	367 711	362 482
30. 9. 1980	1 377 606	8,1	598 959	390 289	388 358
30. 9. 1981	1 435 157	8,4	619 814	410 080	405 263
30. 9. 1982	1 443 619	8,5	616 163	419 553	407 903
30. 9. 1983	1 402 968	8,3	592 889	416 603	393 476
30. 9. 1984	1 324 183	7,9	563 198	403 330	357 655
31. 12. 1985	1 319 774	7,9	569 018	408 623	342 133

1) Anteil an der Gesamtbevölkerung — 2) Personen im Alter von 16 und mehr Jahren — 3) Personen im Alter von unter 16 Jahren

Bevölkerung

Staatsangehörigkeit

Fast zwei Fünftel aller Ausländer, die in Nordrhein-Westfalen am 31. Dezember 1985 ihren Wohnsitz hatten, besaßen die türkische Staatsangehörigkeit (36,9 %). Während sich die Quote der Italiener auf 10,8 %, der Jugoslawen auf 10,0 % und der Griechen auf 7,2 % belief, handelte es sich bei 4,2 % der Ausländer um Spanier und bei 2,4 % um Portugiesen. Insgesamt stellten die sechs genannten Länder, die früheren „Hauptanwerbeländer“, fast drei Viertel der ausländischen Bevölkerung.

Ausländer 1975 – 1985 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten												
Stichtag	Griechen		Italiener		Jugoslawen		Portugiesen		Spanier		Türken	
	Anzahl	% ¹⁾	Anzahl	% ¹⁾	Anzahl	% ¹⁾	Anzahl	% ¹⁾	Anzahl	% ¹⁾	Anzahl	% ¹⁾
30. 9. 1975	136 123	11,1	163 023	13,3	150 486	12,3	51 506	4,2	90 547	7,4	357 732	29,2
30. 9. 1976	123 592	10,3	155 467	12,9	145 552	12,1	50 142	4,2	81 378	6,8	373 497	31,0
30. 9. 1977	113 984	9,4	157 647	13,0	143 702	11,9	49 136	4,1	74 419	6,1	393 338	32,5
30. 9. 1978	106 516	8,7	159 939	13,0	142 393	11,6	48 514	3,9	69 524	5,7	416 637	33,9
30. 9. 1979	102 209	8,0	164 549	12,9	142 364	11,1	48 416	3,8	67 364	5,3	452 429	35,4
30. 9. 1980	100 855	7,3	170 775	12,4	144 992	10,5	48 361	3,5	65 737	4,8	515 581	37,4
30. 9. 1981	101 624	7,1	171 777	12,0	146 660	10,2	46 897	3,3	64 902	4,5	545 460	38,0
30. 9. 1982	102 238	7,1	165 509	11,5	144 510	10,0	45 138	3,1	63 738	4,4	555 532	38,5
30. 9. 1983	100 299	7,1	155 306	11,1	139 515	9,9	42 328	3,0	61 251	4,4	545 781	38,9
30. 9. 1984	97 596	7,4	148 127	11,2	134 873	10,2	34 583	2,6	58 255	4,4	492 803	37,2
31. 12. 1985	94 524	7,2	142 328	10,8	131 560	10,0	31 844	2,4	55 407	4,2	486 893	36,9

1) Anteil an der Gesamtzahl der Ausländer

Bei allen diesen Nationalitäten stellte sich im Zeitraum vom 1. 10. 1984 bis zum 31. 12. 1985 eine rückläufige Bevölkerungsentwicklung ein, die bei den Portugiesen (–7,9 %) und den Spaniern (–4,9 %) deutlicher als bei den Italienern (–3,9 %), den Griechen (–3,1 %), den Jugoslawen (–2,5 %) und den Türken (–1,2 %) ausgeprägt war.

Unter der übrigen Ausländerbevölkerung, die in ihrer Gliederung nach der Staatsangehörigkeit eine starke Differenzierung aufweist, fallen vor allem die Niederländer mit 66 000, die Briten mit 27 000 und die Österreicher mit 26 000 Personen zahlenmäßig ins Gewicht.

Aufenthaltsdauer

Wie das vom Ausländerzentralregister zur Verfügung gestellte Datenmaterial zeigt, hielten sich nahezu 60 % der am 31. 12. 1985 in Nordrhein-Westfalen gemeldeten Ausländer bereits zehn Jahre und länger in der Bundesrepublik Deutschland auf. 16 % hatten eine Aufenthaltsdauer von sechs bis unter zehn Jahren; 24 % der Aus-

Ausländer 1975 – 1985 nach Aufenthaltsdauer							
Stichtag Staatsangehörigkeit	Ausländer	Aufenthaltsdauer von ... Jahren					
		unter 6		6 bis unter 10		10 und mehr	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Ausländer insgesamt							
30. 9. 1975	1 224 497	715 114	58,4	223 412	18,2	285 971	23,4
30. 9. 1976	1 204 829	604 516	50,2	297 327	24,7	302 986	25,1
30. 9. 1977	1 211 086	529 989	43,8	372 459	30,8	308 638	25,5
30. 9. 1978	1 228 440	484 223	39,4	412 326	33,6	331 891	27,0
30. 9. 1979	1 276 982	439 909	34,4	427 425	33,5	409 648	32,1
30. 9. 1980	1 377 606	472 103	34,3	397 222	28,8	508 281	36,9
30. 9. 1981	1 435 157	479 321	33,4	356 787	24,9	599 049	41,7
30. 9. 1982	1 443 619	455 482	31,6	317 039	22,0	671 098	46,5
30. 9. 1983	1 402 968	397 283	28,3	253 043	18,0	752 642	53,6
30. 9. 1984	1 324 183	347 317	26,2	213 558	16,1	763 308	57,6
31. 12. 1985	1 319 774	316 834	24,0	214 139	16,2	788 801	59,8
Ausländer ausgewählter Staatsangehörigkeiten							
31. 12. 1985							
Griechen	94 524	11 258	11,9	8 123	8,6	75 143	79,5
Italiener	142 328	25 434	17,9	19 992	14,0	96 902	68,1
Jugoslawen	131 560	17 427	13,2	16 015	12,2	98 118	74,6
Portugiesen	31 844	3 317	10,4	4 024	12,6	24 503	76,9
Spanier	55 407	4 351	7,9	3 873	7,0	47 183	85,2
Türken	486 893	108 139	22,2	110 574	22,7	268 180	55,1

länder entfielen auf die Gruppe „unter sechs Jahre“. Die Aufenthaltsdauer wurde dabei ohne Berücksichtigung von Aufenthaltsunterbrechungen vom Datum der ersten Einreise in die Bundesrepublik Deutschland ab berechnet.

Untersucht man die Besetzung der einzelnen Verweildauergruppen im Zeitablauf, so ist zunächst festzustellen, daß sich der Anteil der Ausländer mit einem noch nicht sechs Jahre umfassenden Aufenthalt von 1975 bis 1985 von 58 % auf 24 % verringert und damit mehr als halbiert hat. Eine rückläufige Tendenz ergibt sich seit 1979 auch für den Teil der Ausländer, der zwischen sechs und zehn Jahren in Deutschland ansässig ist (1979: 33 %, 1985: 16 %). Demgegenüber ist bei der Gruppe, die die Ausländer mit mindestens zehnjährigem Aufenthalt umfaßt, von 1975 bis 1985 ein erheblicher Anstieg in der Besetzung festzustellen (Anteil 1975: 23 %; 1985: 60 %).

Auch bei der Verweildauer sind zwischen den einzelnen Nationalitäten deutliche Unterschiede festzustellen. So lebten von den Spaniern Ende 1985 insgesamt 85 %, von den Griechen 80 %, den Portugiesen 77 %, den Jugoslawen 75 % und den Italienern 68 % zehn und mehr Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Dagegen betrug bei den Türken die entsprechende Quote nur 55 %.

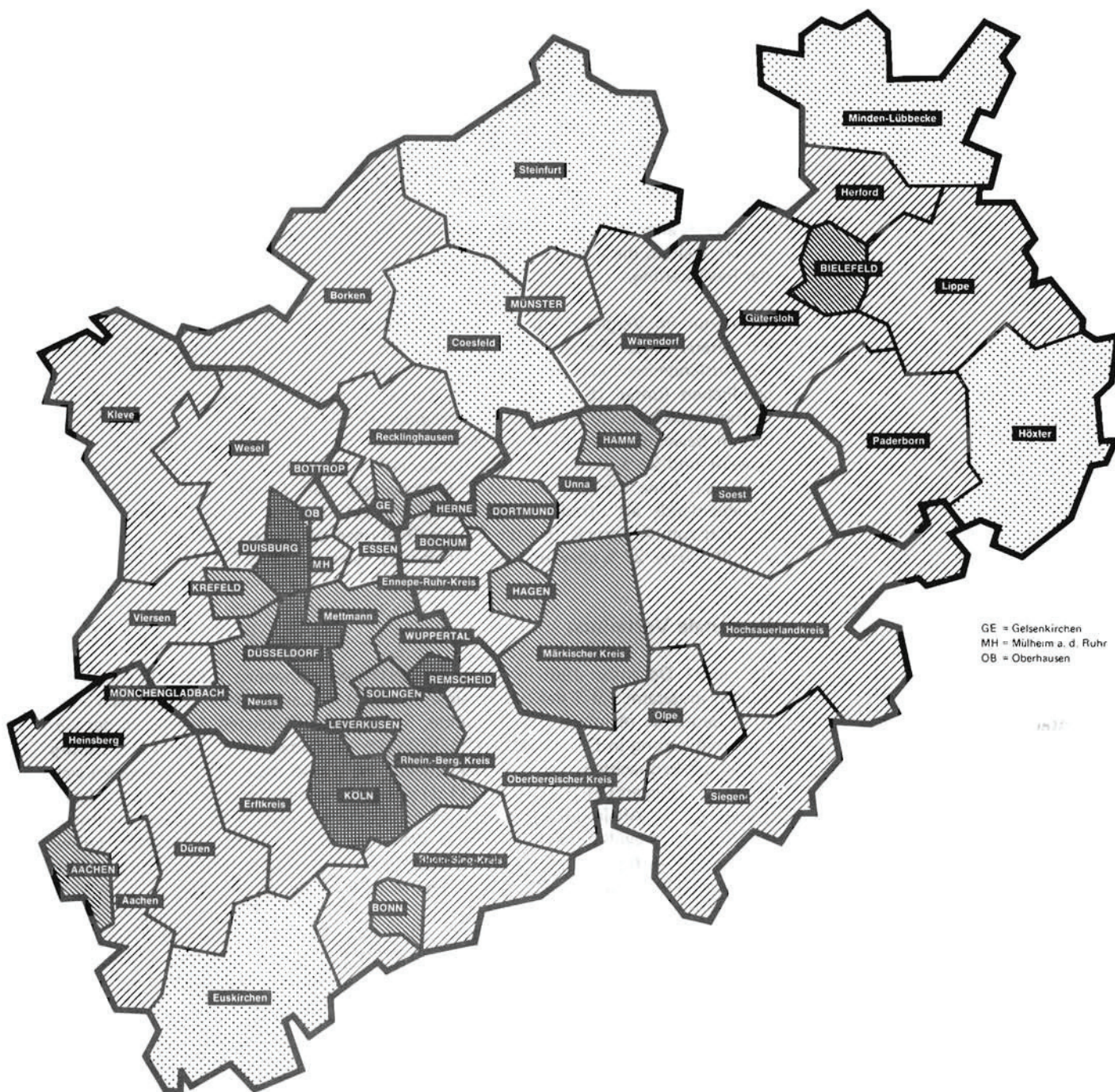
Demographische Struktur

Die besondere soziologische Struktur der Ausländerbevölkerung mit ihrem hohen Anteil an männlichen Erwerbspersonen zeichnet sich deutlich in der Geschlechterproportion und Altersgliederung ab. So waren im Jahre 1985 57 % aller Ausländer in Nordrhein-Westfalen männlichen und 43 % weiblichen Geschlechts, während sich bei der deutschen Bevölkerung die entsprechende Relation auf 47 % zu 53 % belief.

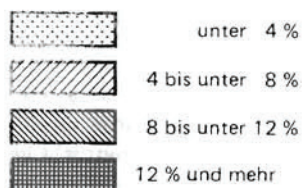
Altersstruktur der ausländischen und der deutschen Bevölkerung am 31. 12. 1985					
Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren	Ausländer			Deutsche	
	männlich	weiblich	insgesamt		
	Anzahl			%	
unter 6	57 690	50 954	108 644	8,2	5,5
6 — 10	46 330	39 098	85 428	6,5	3,5
unter 10	104 020	90 052	194 072	14,7	9,0
10 — 15	67 315	56 284	123 599	9,4	4,8
15 — 18	39 589	31 597	71 186	5,4	4,4
10 — 18	106 904	87 881	194 785	14,8	9,2
18 — 25	93 011	71 529	164 540	12,5	12,0
25 — 30	66 093	51 523	117 616	8,9	7,7
30 — 35	59 890	61 928	121 818	9,2	6,8
35 — 40	81 041	64 988	146 029	11,1	6,0
40 — 45	74 674	43 942	118 616	9,0	6,3
18 — 45	374 709	293 910	668 619	50,7	38,8
45 — 50	69 902	31 871	101 773	7,7	8,2
50 — 55	43 927	20 504	64 431	4,9	6,7
55 — 60	24 576	14 334	38 910	2,9	6,7
60 — 65	13 679	9 801	23 480	1,8	6,0
45 — 65	152 084	76 510	228 594	17,3	27,5
65 und mehr	16 162	17 542	33 704	2,6	15,5
Insgesamt	753 879	565 895	1 319 774	100	100

Wie aus der Tabelle, in der die Altersgliederung der Bevölkerung dargestellt wird, ersichtlich ist, ist beim ausländischen Bevölkerungsteil der untere und mittlere Altersbereich überdurchschnittlich stark besetzt. So lag bei den Kindern im Alter bis zu zehn Jahren der Anteil an der jeweiligen Gesamtbevölkerungszahl bei den Ausländern erheblich höher als bei den Deutschen (15 % gegenüber 9 %).

Der Altersgruppe 18 bis unter 45 Jahre gehörten am 31. Dezember 1985 51 % der in Nordrhein-Westfalen lebenden Ausländer an, während bei den deutschen Personen nur 39 % auf diese Gruppe entfielen. Erwartungsgemäß schwach besetzt sind bei den Ausländern die Gruppen ab 45 Jahren. Während bei den nichtdeutschen Einwohn-



Anteil der Ausländer
an der Gesamtbevölkerung
am 31.12.1985



Ausländer am 31. 12. 1985 nach Altersgruppen und ausgewählten Staatsangehörigkeiten						
Staatsangehörigkeit	Ausländer insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren				
		unter 18	18 — 30	30 — 45	45 — 65	65 und mehr
	Anzahl	%				
Ausländer insgesamt	1 319 774	29,5	21,4	29,3	17,3	2,6
darunter						
Griechen	94 524	27,1	20,2	24,3	27,3	1,1
Italiener	142 328	25,3	26,0	28,3	18,6	1,9
Jugoslawen	131 560	25,9	10,8	41,2	20,9	1,2
Portugiesen	31 844	27,2	19,5	30,7	21,8	0,7
Spanier	55 407	22,9	18,9	27,0	29,9	1,3
Türken	486 893	42,0	21,5	23,8	12,5	0,2

nern 17 % aller Personen zwischen 45 und 65 Jahren und nur 3 % über 65 Jahre alt waren, stellten die entsprechenden Altersgruppen bei den Deutschen 28 % bzw. 16 % der Bevölkerung.

Nicht nur im Vergleich zur deutschen Bevölkerung sind erhebliche Unterschiede in der Altersstruktur festzustellen, sondern auch zwischen den einzelnen Nationalitäten der Ausländerbevölkerung. Wie die Tabelle zeigt, ist die Gruppe der Kinder und Jugendlichen (unter 18 Jahre) bei den Türken (42 %) im Vergleich zum Ausländer-Durchschnitt von 30 % deutlich überrepräsentiert. Im Altersbereich von 18 bis 30 Jahren bewegten sich die Anteilsätze zwischen den Extremwerten von 11 % (Jugoslawen) und 26 % (Italiener), im Altersbereich von 30 bis 45 Jahren zwischen 24 % (Griechen bzw. Türken) und 41 % (Jugoslawen). Die frühere Rolle Spaniens und Griechenlands als „traditionelle Anwerbeländer“ kommt in der Altersgliederung dadurch zum Ausdruck, daß die 45- bis 65jährigen bei diesen Ländern mit Anteilen von 30 % bzw. 27 % überdurchschnittlich stark vertreten sind.

Regionale Verteilung

Die am 31. Dezember 1985 in Nordrhein-Westfalen wohnenden 1 320 000 Ausländer stellten insgesamt 7,9 % der Gesamteinwohnerzahl im Lande. Dabei zeigten sich allerdings deutliche regionale Schwerpunkte. So waren die höchsten Anteile an der Gesamtbevölkerung in Düsseldorf (16 %), Köln (15 %), Remscheid (13 %) und Duisburg (13 %) zu beobachten. Ausländerquoten von zehn und mehr Prozent ergaben sich ferner in Solingen (11 %), Krefeld (11 %) sowie in Aachen, Gelsenkirchen und Hagen (jeweils 10 %). Allein auf die genannten neun Städte entfiel 1985 nahezu ein Drittel der Ausländerbevölkerung in Nordrhein-Westfalen. Die niedrigsten Ausländerquoten unter den kreisfreien Städten waren nach den vom Bundesverwaltungsamt zur Verfügung gestellten Daten in Essen (6 %) und Münster (5 %) festzustellen.

Bei den 31 Kreisen Nordrhein-Westfalens lagen der Märkische Kreis sowie die Kreise Mettmann und Neuss mit jeweils 9 % an der Spitze. Die niedrigsten Ausländerquoten wiesen die Kreise Euskirchen (3 %), Höxter (3 %) und Coesfeld (2 %) auf.

Li.

Die Fluktuation bei sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Arbeitsmarktdaten stehen bereits seit mehreren Jahren im Blickpunkt des Interesses. Zur Analyse der Vorgänge im Hinblick auf die sog. „Beteiligung am Erwerbsleben“ kommt neben den Bestandsdaten den Bewegungsgrößen erhebliche Bedeutung zu, da nur sie Aufschluß über den Gesamtumfang der Veränderungen geben. Es wurde an dieser Stelle bereits mit Hilfe von Längsschnittergebnissen aus dem Mikrozensus¹⁾ versucht, Aussagen über Zu- und Abgänge bei der Erwerbsbeteiligung der Wohnbevölkerung zu machen, nunmehr eröffnet neues statistisches Datenmaterial der Bundesanstalt für Arbeit weitere Möglichkeiten.

1) Vgl.: „Bewegungsdaten für den Arbeitsmarkt“, Statistische Rundschau, Heft 12/84.

Erwerbs-tätigkeit

Tabellenteil: 2

Neben den bisher bereits vorliegenden Stichtagsdaten über den Bestand der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer zum Quartalsende sowie dem sog. „Jahreszeitraummaterial“ wurden nunmehr Daten über An- und Abmeldungen von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigtenfällen veröffentlicht²⁾. Bei den „Einstellungen“ handelt es sich um eine Auszählung der in einem Quartal neu aufgenommenen Beschäftigungsverhältnisse, die bis 6 Monate nach dem Ende des Berichtsquartals gemeldet worden waren. Die „Entlassungen“ ergeben sich als Differenz zwischen dem Beschäftigtenbestand am Stichtag des Vorquartals plus Anmeldungen und dem Beschäftigtenbestand am Stichtag des Berichtsquartals. Diese Vorgehensweise enthält eine methodische Unschärfe insoweit, als die Bestandszahlen von einer Personenzählung ausgehen (es werden die Versicherungskonten der Arbeitnehmer danach ausgewertet, ob zum Stichtag ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis besteht), während bei den „Einstellungen“ Beschäftigungsfälle betrachtet werden, d. h. auch Mehrfachbeschäftigungsverhältnisse mitgezählt werden. Da der Anteil der Mehrfachbeschäftigten an den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern jedoch vergleichsweise gering ist (er liegt schätzungsweise bei 3 %), andererseits auch nach dem Auszählungstichtag für die Anmeldungen erst ca. 98 % aller tatsächlich im Verlauf eines Quartals erfolgten Neuaufnahmen von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen eingegangen sind, dürften die nachgewiesenen Zahlen nahe beim tatsächlichen Wert für die Veränderung bei den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen liegen. Die vom Landesarbeitsamt Nordrhein-Westfalen benutzten Termini „Einstellungen“ und „Entlassungen“ sind unter diesen Einschränkungen zu sehen, im folgenden werden sie jedoch nicht verwandt.

Für Nordrhein-Westfalen wurden zum 31. 3. 1984 rd. 5,36 Mill. sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer ermittelt; am 31. 12. 1985 waren es mit rd. 5,44 Mill. nur knapp 2 % mehr. Betrachtet man die Bestandsveränderungen quartalsweise, so lassen sich Schwankungen zwischen 0,1 und 2,2 % feststellen. Demgegenüber liegen die Anmeldungen von neu aufgenommenen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen zwischen 230 000 und 480 000 Fällen je Quartal, d. h. sie machen einen Anteil zwischen 4,3 und 8,7 % der am jeweiligen Quartalsende beschäftigten Arbeitnehmer aus. Dies verdeutlicht, daß die Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt wesentlich umfangreicher sind, als sich aus den Bestandsveränderungen bei den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern ableiten läßt. Leider ermöglicht das Datenmaterial keine weitergehenden Aussagen darüber, wie hoch der Anteil der Arbeitsplatzwechsler ist und bei wieviel Personen es sich bei der Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung um einen ersten bzw. erneuten Eintritt ins Berufsleben nach längerer Unterbrechung (Arbeitslosigkeit, Familienphase o. ä.) handelt. Es sind allerdings Strukturunterschiede im Vergleich zum Beschäftigtenbestand feststellbar, die gewisse Rückschlüsse zulassen.

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer												
Stichtag Zeitraum	Insgesamt		Und zwar									
			Deutsche		Ausländer		Männer		Frauen		unter 20jährige	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
31. 03. 1984	5 356 958	100	4 913 071	91,7	443 887	8,3	3 398 237	63,4	1 958 721	36,6	427 976	8,0
30. 06. 1984	5 351 678	100	4 916 189	91,9	435 489	8,1	3 398 208	63,5	1 953 470	36,5	387 398	7,2
30. 09. 1984	5 455 481	100	5 027 668	92,2	427 813	7,8	3 459 717	63,4	1 995 764	36,6	486 594	8,9
31. 12. 1984	5 395 152	100	4 981 647	92,3	413 505	7,7	3 406 541	63,1	1 988 611	36,9	457 739	8,5
31. 03. 1985	5 374 262	100	4 958 464	92,3	415 798	7,7	3 382 552	62,9	1 991 710	37,1	422 943	7,9
30. 06. 1985	5 393 575	100	4 974 990	92,2	418 585	7,8	3 409 754	63,2	1 983 821	36,8	382 049	7,1
30. 09. 1985	5 511 522	100	5 091 057	92,4	420 465	7,6	3 477 103	63,1	2 034 419	36,9	468 485	8,5
31. 12. 1985	5 447 215	100	5 039 576	92,5	407 639	7,5	3 424 032	62,9	2 023 183	37,1	437 765	8,0
Anmeldungen von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten												
Zeitraum												
II. Quartal 84	296 819	100	265 843	89,6	30 976	10,4	190 240	64,1	106 579	35,9	32 730	11,0
III. Quartal 84	463 683	100	425 426	91,7	38 259	8,3	278 458	60,1	185 225	39,9	185 066	39,9
IV. Quartal 84	230 075	100	205 977	89,5	24 098	10,5	135 447	58,9	94 628	41,1	31 767	13,8
I. Quartal 85	353 743	100	316 526	89,5	37 217	10,5	220 974	62,5	132 769	37,5	32 160	9,1
II. Quartal 85	324 982	100	292 384	90,0	32 598	10,0	214 214	65,9	110 768	34,1	34 971	10,8
III. Quartal 85	480 409	100	440 684	91,7	39 725	8,3	289 192	60,2	191 217	39,8	174 249	36,3

2) Vgl.: „Entwicklungen der sozialversicherungspflichtigen deutschen und ausländischen Beschäftigten 1974 — 1985“, Statistische Mitteilungen des Landesarbeitsamtes NRW, Sonderheft Juli/85.

Während bei den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern eine ziemlich konstante Aufteilung in Deutsche/Ausländer (92 %/8 %) sowie Männer/Frauen (63 %/37 %) vorliegt, schwanken die entsprechenden Anteile bei den neu aufgenommenen Beschäftigungen stärker, darüber hinaus entspricht die Gliederung nicht der o. g.. Bei den Anmeldungen liegt der Anteil der von Ausländern aufgenommenen Arbeitsverhältnisse in der Regel bei 10 %. Eine Ausnahme bilden die Aufnahmen im dritten Quartal, hier beträgt der entsprechende Wert nur rd. 8 %. Diese niedrigere Quote dürfte mit der Vergabepaxis bei den Ausbildungsplätzen zusammenhängen. Das saisonale Hoch im dritten Quartal bei den Aufnahmen von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen ist nämlich größtenteils auf die Einstellung von Auszubildenden zurückzuführen, was auch durch den mit über 30 % extrem hohen Anteil der unter 20jährigen Personen dokumentiert wird. Obwohl auch bei den Ausländern im dritten Quartal eine Zunahme der Anmeldungen zu verzeichnen ist, sinkt ihr Anteil hier um 2 Prozentpunkte, d. h. es liegt gegenüber den Arbeitsaufnahmen in den anderen Quartalen ein signifikanter Unterschied vor.

Der Frauenanteil bei den neu aufgenommenen Beschäftigungsverhältnissen liegt mit rd. 40 % ebenfalls über dem Wert bei der Bestandszahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer. Lediglich jeweils im zweiten Quartal eines Jahres entspricht die Quote etwa dem bei den Beschäftigten üblichen Anteil.

Deutlich uneinheitlicher ist das Bild bei den unter 20jährigen Jugendlichen. Während ihr Anteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt zwischen 7 und 9 % liegt, schwankt der Wert bei den Neuaufnahmen von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsfällen zwischen 9 und 40 %. Selbst wenn man die Werte für das dritte Quartal, dem klassischen Zeitpunkt für die Einstellungen von Auszubildenden, unberücksichtigt läßt, liegen die Anteile zwischen 9 und 14 %, wobei der höhere Wert im vierten Quartal möglicherweise auf „Nachrücker“ auf nachträglich freigewordene Ausbildungsplätze zurückzuführen ist.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß bei den Anmeldungen von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen Frauen, Ausländer und Jugendliche z. T. stark überproportional vertreten sind. Dies bestätigt die bisherigen Untersuchungen über die Arbeitsmarktsituation dieser Bevölkerungsgruppen, in denen stets eine vergleichsweise „problematische“ Lage konstatiert wurde.

Pö.

Konkurs- und Vergleichsverfahren 1960 bis 1985

Jahr	Beantragte Konkursverfahren		Eröffnete Vergleichsverfahren		Insolvenzen ¹⁾			
	insgesamt	darunter von Unternehmen	insgesamt	darunter von Unternehmen	von Unternehmen	von übrigen Gemein- schuldern	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Anzahl							%
1960	689	557	120	115	645	135	780	.
1965	749	551	85	77	620	206	826	+ 5,9 ²⁾
1970	921	685	103	93	770	244	1 014	+22,8 ³⁾
1971	1 045	783	80	77	849	263	1 112	+ 9,7
1972	1 093	831	64	60	886	266	1 152	+ 3,6
1973	1 532	1 194	116	108	1 287	346	1 633	+41,8
1974	2 048	1 687	151	142	1 810	367	2 177	+33,3
1975	2 254	1 800	114	103	1 877	463	2 340	+ 7,5
1976	2 519	1 913	53	52	1 953	607	2 560	+ 9,4
1977	2 555	1 991	49	48	2 032	565	2 597	+ 1,4
1978	2 662	1 929	32	30	1 952	735	2 687	+ 3,5
1979	2 456	1 799	44	40	1 831	660	2 491	— 7,3
1980	2 899	2 155	30	29	2 182	745	2 927	+17,5
1981	3 601	2 803	36	33	2 831	801	3 632	+24,1
1982	5 045	3 940	44	41	3 969	1 107	5 076	+39,8
1983	4 745	3 591	45	40	3 627	1 158	4 785	— 5,7
1984	5 039	3 810	28	27	3 835	1 230	5 065	+ 5,9
1985	5 730	4 234	30	28	4 257	1 498	5 755	+13,6

1) ohne Anschlußkonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist — 2) gegenüber 1960 — 3) gegenüber 1965

Lfd. Nr.	Verwaltungsbezirk						
		insgesamt		Griechen		Italiener	
		Anzahl	%1)	Anzahl	%2)	Anzahl	%2)
	Kreisfreie Städte						
1	Düsseldorf	86 903	15,5	9 473	10,9	8 033	9,2
2	Duisburg	65 768	12,7	1 892	2,9	4 376	6,7
3	Essen	36 150	5,8	2 020	5,6	2 540	7,0
4	Krefeld	23 996	11,1	2 237	9,3	3 016	12,6
5	Mönchengladbach	19 780	7,8	1 044	5,3	1 357	6,9
6	Mülheim a. d. Ruhr	11 181	6,5	288	2,6	1 021	9,1
7	Oberhausen	17 421	7,8	569	3,3	2 145	12,3
8	Remscheid	16 290	13,4	220	1,4	3 423	21,0
9	Solingen	17 873	11,3	1 162	6,5	5 790	32,4
10	Wuppertal	37 099	9,9	5 616	15,1	6 812	18,4
	Kreise						
11	Kleve	16 023	6,1	123	0,8	667	4,2
12	Mettmann	43 165	9,0	3 915	9,1	6 791	15,7
13	Neuss	36 530	9,0	3 088	8,5	2 973	8,1
14	Viersen	15 986	6,1	1 693	10,6	1 134	7,1
15	Wesel	29 721	7,2	742	2,5	1 728	5,8
16	Reg.-Bez. Düsseldorf	473 886	9,4	34 082	7,2	51 806	10,9
	Kreisfreie Städte						
17	Aachen	23 960	10,0	1 810	7,6	767	3,2
18	Bonn	25 250	8,7	1 002	4,0	1 992	7,9
19	Köln	136 269	14,9	7 404	5,4	20 064	14,7
20	Leverkusen	13 958	9,0	1 558	11,2	2 828	20,3
	Kreise						
21	Aachen	19 307	6,7	617	3,2	834	4,3
22	Düren	13 087	5,5	782	6,0	1 236	9,4
23	Erftkreis	29 844	7,4	2 603	8,7	3 393	11,4
24	Euskirchen	5 189	3,2	384	7,4	393	7,6
25	Heinsberg	13 822	6,4	692	5,0	436	3,2
26	Oberbergischer Kreis	15 984	6,5	1 405	8,8	3 587	22,4
27	Rhein.-Berg. Kreis	20 324	8,2	2 302	11,3	3 583	17,6
28	Rhein-Sieg-Kreis	29 865	6,2	4 548	15,2	2 624	8,8
29	Reg.-Bez. Köln	346 859	8,9	25 107	7,2	41 737	12,0
	Kreisfreie Städte						
30	Bottrop	7 280	6,5	451	6,2	337	4,6
31	Gelsenkirchen	29 037	10,2	407	1,4	1 787	6,2
32	Münster	12 464	4,6	184	1,5	635	5,1

1) Anteil an der Gesamtbevölkerung — 2) Anteil an der Gesamtzahl der Ausländer

Ausländer in den kreisfreien Städten und Kreisen am 31. 12. 1985

Ausländer								Lfd. Nr.
darunter								
Jugoslaven		Portugiesen		Spanier		Türken		
Anzahl	%2)	Anzahl	%2)	Anzahl	%2)	Anzahl	%2)	
13 019	15,0	1 033	1,2	4 026	4,6	13 483	15,5	1
5 714	8,7	337	0,5	1 797	2,7	39 711	60,4	2
4 793	13,3	463	1,3	2 262	6,3	11 999	33,2	3
1 531	6,4	636	2,7	526	2,2	10 145	42,3	4
1 514	7,7	809	4,1	1 289	6,5	7 048	35,6	5
1 654	14,8	373	3,3	261	2,3	4 170	37,3	6
2 259	13,0	122	0,7	447	2,6	7 834	45,0	7
2 189	13,4	524	3,2	2 682	16,5	5 144	31,6	8
1 912	10,7	294	1,6	556	3,1	5 610	31,4	9
4 441	12,0	210	0,6	1 504	4,1	9 873	26,6	10
434	2,7	44	0,3	302	1,9	1 385	8,6	11
4 940	11,4	673	1,6	2 341	5,4	12 763	29,6	12
3 393	9,3	1 574	4,3	2 377	6,5	11 917	32,6	13
536	3,4	692	4,3	369	2,3	3 981	24,9	14
4 598	15,5	104	0,3	673	2,3	12 828	43,2	15
52 927	11,2	7 888	1,7	21 412	4,5	157 891	33,3	16
3 034	12,7	184	0,8	933	3,9	6 111	25,5	17
1 498	5,9	680	2,7	1 857	7,4	4 160	16,5	18
8 608	6,3	2 846	2,1	3 494	2,6	58 952	43,3	19
2 693	19,3	291	2,1	339	2,4	3 161	22,6	20
2 158	11,2	256	1,3	1 475	7,6	7 507	38,9	21
942	7,2	318	2,4	455	3,5	4 442	33,9	22
1 882	6,3	312	1,0	841	2,8	10 661	35,7	23
422	8,1	474	9,1	172	3,3	801	15,4	24
697	5,0	1 267	9,2	433	3,1	3 996	28,9	25
1 818	11,4	47	0,3	654	4,1	5 411	33,9	26
1 759	8,7	1 052	5,2	1 018	5,0	4 992	24,6	27
2 016	6,8	950	3,2	1 482	5,0	8 148	27,3	28
27 527	7,9	8 677	2,5	13 153	3,8	118 342	34,1	29
444	6,1	198	2,7	136	1,9	4 348	59,7	30
2 045	7,0	342	1,2	1 353	4,7	19 517	67,2	31
1 213	9,7	1 215	9,7	763	6,1	1 748	14,0	32

Lfd. Nr.	Verwaltungsbezirk						
		insgesamt		Griechen		Italiener	
				Anzahl	%2)	Anzahl	%2)
		Anzahl	%1)				
	Kreise						
33	Borken	12 840	4,2	71	0,6	524	4,1
34	Coesfeld	3 060	1,7	76	2,5	182	5,9
35	Recklinghausen	40 495	6,5	2 759	6,8	1 783	4,4
36	Steinfurt	13 245	3,5	193	1,5	744	5,6
37	Warendorf	15 039	6,1	742	4,9	1 367	9,1
38	Reg.-Bez. Münster	133 460	5,6	4 883	3,7	7 359	5,5
	Kreisfreie Stadt						
39	Bielefeld	28 835	9,6	3 158	11,0	1 441	5,0
	Kreise						
40	Gütersloh	20 950	7,3	2 243	10,7	1 371	6,5
41	Herford	12 341	5,5	787	6,4	1 541	12,5
42	Höxter	3 839	2,7	90	2,3	262	6,8
43	Lippe	14 729	4,6	712	4,8	951	6,5
44	Minden-Lübbecke	9 659	3,5	1 019	10,5	924	9,6
45	Paderborn	12 049	5,2	278	2,3	2 213	18,4
46	Reg.-Bez. Detmold	102 402	5,7	8 287	8,1	8 703	8,5
	Kreisfreie Städte						
47	Bochum	24 533	6,4	1 232	5,0	2 146	8,7
48	Dortmund	51 381	9,0	3 813	7,4	3 873	7,5
49	Hagen	20 645	10,0	3 129	15,2	3 393	16,4
50	Hamm	13 774	8,3	171	1,2	516	3,7
51	Herne	15 850	9,2	979	6,2	1 004	6,3
	Kreise						
52	Ennepe-Ruhr-Kreis	22 740	6,8	2 209	9,7	3 811	16,8
53	Hochsauerlandkreis	12 799	4,9	900	7,0	2 503	19,6
54	Märkischer Kreis	38 855	9,4	6 567	16,9	6 785	17,5
55	Olpe	6 419	5,2	818	12,7	1 314	20,5
56	Siegen-Wittgenstein	15 510	5,6	538	3,5	1 917	12,4
57	Soest	14 592	5,5	1 126	7,7	3 402	23,3
58	Unna	26 069	6,7	683	2,6	2 059	7,9
59	Reg.-Bez. Arnsberg	263 167	7,4	22 165	8,4	32 723	12,4
60	Nordrhein-Westfalen	1 319 774	7,9	94 524	7,2	142 328	10,8

1) Anteil an der Gesamtbevölkerung — 2) Anteil an der Gesamtzahl der Ausländer

Noch: Ausländer in den kreisfreien Städten und Kreisen am 31. 12. 1985

Ausländer								Lfd. Nr.
darunter								
Jugoslawen		Portugiesen		Spanier		Türken		
Anzahl	%2)	Anzahl	%2)	Anzahl	%2)	Anzahl	%2)	
1 782	13,9	764	6,0	363	2,8	3 451	26,9	33
399	13,0	93	3,0	49	1,6	831	27,2	34
2 917	7,2	175	0,4	411	1,0	24 094	59,5	35
1 054	8,0	1 156	8,7	345	2,6	4 744	35,8	36
1 600	10,6	86	0,6	931	6,2	7 666	51,0	37
11 454	8,6	4 029	3,0	4 351	3,3	66 399	49,8	38
4 686	16,3	197	0,7	720	2,5	12 278	42,6	39
2 549	12,2	502	2,4	2 092	10,0	8 922	42,6	40
1 195	9,7	106	0,9	329	2,7	5 734	46,5	41
489	12,7	170	4,4	111	2,9	1 472	38,3	42
1 614	11,0	278	1,9	528	3,6	6 149	41,7	43
945	9,8	660	6,8	471	4,9	2 746	28,4	44
1 227	10,2	205	1,7	647	5,4	4 156	34,5	45
12 705	12,4	2 118	2,1	4 898	4,8	41 457	40,5	46
2 117	8,6	350	1,4	1 334	5,4	10 097	41,2	47
6 773	13,2	1 488	2,9	2 498	4,9	19 426	37,8	48
2 388	11,6	965	4,7	463	2,2	6 442	31,2	49
1 412	10,3	76	0,6	81	0,6	8 769	63,7	50
663	4,2	44	0,3	205	1,3	9 981	63,0	51
2 748	12,1	1 610	7,1	366	1,6	7 291	32,1	52
1 440	11,3	1 629	12,7	473	3,7	3 095	24,2	53
3 259	8,4	1 192	3,1	2 038	5,2	12 672	32,6	54
924	14,4	75	1,2	466	7,3	2 001	31,2	55
2 041	13,2	175	1,1	1 539	9,9	4 969	32,0	56
1 592	10,9	605	4,1	1 778	12,2	2 570	17,6	57
1 590	6,1	923	3,5	352	1,4	15 491	59,4	58
26 947	10,2	9 132	3,5	11 593	4,4	102 804	39,1	59
131 560	10,0	31 844	2,4	55 407	4,2	486 893	36,9	60

Wahlkreismappe zur Bundestagswahl 1987

Im Vorfeld der Bundestagswahl 1987 hat das LDS erstmals eine Informationsmappe für jeden einzelnen Bundestagswahlkreis herausgegeben. Darin sind unter anderem wichtige Daten auf den Wahlkreis umgerechnet und zu Vergleichszwecken übersichtlich zusammengestellt. Die Wahlkreismappe enthält im einzelnen:

- Ergebnisse früherer Wahlen im Vergleich: Stimmenanteile, Nichtwähleranteile und Wähleranteile der Parteien an den Wahlberechtigten insgesamt und deren Veränderungen von Wahl zu Wahl.
- hundert Eckdaten zu Struktur und Entwicklung der Bevölkerung, Beschäftigung und zur Wahlbevölkerung nach Altersgruppen, jeweils für den Wahlkreis insgesamt im Vergleich mit dem Land NRW sowie für alle Gemeinden des Wahlkreises. Daraus lassen sich die Besonderheiten des Wahlkreises und seiner einzelnen Gemeinden ableiten.
- Wahlergebnisse nach dem Alter der Wähler. Erstmals nicht nur für das Land insgesamt, sondern auch für einzelne Wahlregionen (benachbarte Wahlkreise). Tabellen und Grafiken enthalten die Landesergebnisse zum Vergleich.
- Doppelkarten — Darstellung für jede Partei: Ergebnisse der letzten Bundestagswahl und der Landtagswahl 1985 nach Gemeinden und Bundestagswahlkreisen.

Jede Wahlkreismappe enthält zum Preis von 10,00 DM acht mehrfarbige Karten im Format DIN A 3 und etwa 30 Seiten Tabellen/Grafiken (Umfang schwankend, je nach Anzahl der zum Wahlkreis gehörenden Gemeinden).

Zu beziehen
direkt vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (LDS),
Postfach 1105, Mauerstraße 51, 4000 Düsseldorf 1.

Auf Wunsch senden wir Ihnen gern unseren Veröffentlichungs-Kurzkatalog.

ZAHLENSPIEGEL

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1984	1985
			Monatsdurchschnitt	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit				
1	* Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1 000	16 777	16 686
Natürliche Bevölkerungsbewegung ¹⁾				
2	* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	8 503	8 443
3	* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		6,1	6,1
4	* Lebendgeborene ³⁾	Anzahl	13 192	13 309
5	* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,4	9,6
6	* Totgeborene je 1 000 Geborene		4,7	4,3
7	* Gestorbene ⁴⁾ ohne Totgeborene	Anzahl	15 710	15 930
8	* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,2	11,5
9	* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	148	136
10	* je 1 000 Lebendgeborene		11,2	10,2
11	* Geburten- (+) bzw. Sterbefallüberschuß (—)	Anzahl	—2 517	—2 621
12	* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		— 1,8	—1,9
Wanderungen				
13	* über die Grenzen des Landes Zugezogene	Anzahl	16 719	18 395
14	* über die Grenzen des Landes Fortgezogene	"	25 276	18 260
15	* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (—)	"	—8 557	+135
16	* innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	"	36 562	40 811
Arbeitsmarkt				
17	* Arbeitslose am Monatsende	1 000	717	734
18	* darunter Männer	"	411	414
Landwirtschaft				
Viehbestand ⁶⁾				
19	* Rindvieh (einschl. Kälbern)	1 000	2 077	2 069
20	* darunter Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	"	639	622
21	* Schweine	"	6 177	6 356
22	* darunter Schlacht- und Mastschweine	"	2 319	2 296
23	* Zuchtsauen	"	706	731
24	* darunter trächtig	"	466	474
Schlachtungen von Tieren inländischer und ausländischer Herkunft, Tieren aus der DDR und Berlin (Ost)				
25	* Rinder	1 000 St.	77	74
26	* Kälber	"	22	23
27	* Schweine	"	989	1 021
28	* darunter Hausschlachtungen	"	16	14
29	* Schlachtmengen ⁷⁾	1 000 t	106	107
30	* darunter Rinder	"	22	21
31	* Kälber	"	3	3
32	* Schweine	"	81	82
Geflügel				
eingelegte Bruteier ⁸⁾				
33	* für Legehennenküken	1 000	2 222	1 997
34	* für Masthühnerküken	"	2 782	2 852
35	* Geflügelfleisch ⁹⁾	1 000 kg	3 003	3 321
Milcherzeugung				
36	* Kuhmilcherzeugung	1 000 t	271	264
37	* darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	96,9	96,4
38	* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,3	13,5
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁰⁾				
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe insgesamt				
39	AuftragseingangsindeX (nominal)	1980 = 100	114	121
40	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1980 = 100	96	100
41	* Beschäftigte am Monatsende (einschl. der tätigen Inhaber)	1 000	1 942	1 947
42	* darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	1 357	1 363
43	* geleistete Arbeiterstunden	"	190 156	189 383
44	* Löhne (brutto)	Mill. DM	4 004	4 174
45	* Gehälter (brutto)	"	2 694	2 797
46	* Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	33 635	35 360
47	* darunter Auslandsumsatz	"	9 737	10 476

1) Bei den Werten des Jahres 1986 handelt es sich um vorläufige Werte. — 2) nach dem Ereignisort — 3) nach der Wohngemeinde der Mutter — Viehbestand am 3. Dezember 1984 bzw. 3. Dezember 1985 — 7) aus gewerbl. Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat — 10) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und

1985			1986				Lfd. Nr.
April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
16 689	16 688	16 684	16 664	1
6 826	13 535	10 077	6 431	2
5,0	9,5	7,3	4,5	3
12 978	13 284	12 858	13 198	4
9,5	9,4	9,4	9,3	5
4,4	3,7	5,8	4,1	6
15 204	15 803	14 667	20 136	7
11,1	11,1	10,7	14,2	8
137	129	141	156	9
10,6	9,7	11,0	11,8	10
-2 226	-2 519	-1 809	-6 938	11
-1,6	-1,8	-1,3	-4,9	12
16 485	15 262	15 886	16 227	13
15 538	14 235	17 486	14 568	14
+947	+1 027	-1 600	+1 659	15
35 652	33 830	35 382	33 916	16
729	713	730	759	732	712	699	17
420	406	408	427	401	385	373	18
.	.	2 093	.	.	.	2 075	19
.	.	610	.	.	.	608	20
6 201	.	.	.	6 201	.	.	21
2 200	.	.	.	2 200	.	.	22
714	.	.	.	714	.	.	23
452	.	.	.	452	.	.	24
73	78	59	68	83	71	66	25
22	25	19	26	27	28	25	26
1 032	1 057	939	951	1 124	1 032	1 028	27
10	8	6	14	12	8	7	28
108	112	96	101	122	111	108	29
21	23	17	20	25	21	20	30
3	3	2	3	3	3	3	31
84	86	76	78	93	86	85	32
2 809	2 133	1 642	2 710	2 513	1 649	1 158	33
2 786	3 368	2 670	3 073	3 398	3 550	3 227	34
3 359	3 396	3 015	3 601	3 804	3 336	3 473	35
290	316	292	273	295	321	305	36
96,8	97,5	97,7	96,3	97,1	97,7	97,9	37
15,1	15,9	15,2	14,2	15,8	16,6	16,4	38
124	123	115	124	129	110	118	39
103	104	108	106	105	109	108	40
1 932	1 935	1 942	1 958	1 955	1 955	1 959	41
1 350	1 353	1 360	1 370	1 368	1 367	1 371	42
192 876	192 463	175 267r	185 889	204 215	179 769	186 985	43
3 925	4 271	4 006r	3 950	4 064	4 305	4 315	44
2 642	2 849	2 863r	2 708	2 727	2 912	3 028	45
35 342	35 309	34 149r	34 078	37 085	32 737	35 079	46
10 417	10 391	10 205r	9 971	10 991	9 488	10 502	47

4) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen — 5) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene — 6) statt Monatsdurchschnitt 1984 bzw. 1985: ohne Innereien — 8) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern — 9) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in mehr Beschäftigten

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1984	1985	
			Monatsdurchschnitt		
	Noch: Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾				
1	* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ²⁾	2 245	2 195	
2	* Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	949	947	
3	* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	"	304	311	
4	* Erd- und Erdölgas	"	645	636	
5	* Heizölverbrauch	1 000 t	437	393	
6	* leichtes Heizöl	"	109	102	
7	* schweres Heizöl	"	328	291	
8	* Stromverbrauch	Mill. kWh	6 389	6 493	
9	* Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	"	2 824	2 717	
	Bergbau				
10	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1980 = 100	88	90	
11	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	168	163	
12	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	136	133	
13	geleistete Arbeiterstunden	"	15 963	15 878	
14	Löhne (brutto)	Mill. DM	428	439	
15	Gehälter (brutto)	"	169	171	
16	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	2 143	2 135	
17	darunter Auslandsumsatz	"	335	294	
	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe				
18	Auftragseingangsindex (nominal)	1980 = 100	118	122	
19	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1980 = 100	97	98	
20	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	530	528	
21	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	356	354	
22	geleistete Arbeiterstunden	"	50 374	49 480	
23	Löhne (brutto)	Mill. DM	1 159	1 197	
24	Gehälter (brutto)	"	869	905	
25	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	13 684	14 371	
26	darunter Auslandsumsatz	"	4 241	4 582	
	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe				
27	Auftragseingangsindex (nominal)	1980 = 100	112	124	
28	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1980 = 100	96	104	
29	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	822	839	
30	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	561	575	
31	geleistete Arbeiterstunden	"	79 931	81 178	
32	Löhne (brutto)	Mill. DM	1 629	1 736	
33	Gehälter (brutto)	"	1 197	1 247	
34	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	10 708	11 627	
35	darunter Auslandsumsatz	"	4 101	4 437	
	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe				
36	Auftragseingangsindex (nominal)	1980 = 100	112	114	
37	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1980 = 100	95	96	
38	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	319	315	
39	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	237	234	
40	geleistete Arbeiterstunden	"	33 585	32 677	
41	Löhne (brutto)	Mill. DM	616	625	
42	Gehälter (brutto)	"	325	335	
43	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	4 307	4 434	
44	darunter Auslandsumsatz	"	862	947	
	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe				
45	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1980 = 100	102	106	
46	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	103	102	
47	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	67	67	
48	geleistete Arbeiterstunden	"	10 303	10 170	
49	Löhne (brutto)	Mill. DM	172	177	
50	Gehälter (brutto)	"	134	139	
51	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	2 793	2 793	
52	darunter Auslandsumsatz	"	198	216	
	Handwerk ⁵⁾				
53	* Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁶⁾	30. 9. 76 = 100	96,9	95,5	
54	* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D. 1976 = 100	128,1	125,8	

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; — ab 1985 werden Brennstoffverbräuche nur noch vierteljährlich
kohle — 3) umgerechnet auf den Heizwert von 35 169 kJ/m³ — 4) am Monatsende — 5) ohne handwerkliche Nebenbetriebe — 6) am Ende des

1985			1986			Lfd. Nr.
April	Mai	Juni	März	April	Mai	
.	.	6 353	6 816	.	.	5 929
.	.	2 633	3 126	.	.	2 923
.	.	884	968	.	.	1 081
.	.	1 749	2 158	.	.	1 842
.	.	1 011	1 548	.	.	1 368
.	.	280	434	.	.	435
.	.	731	1 114	.	.	933
6 501	6 575	6 324	6 522	6 752	6 494	6 396
2 584	2 561	2 485	2 938	2 777	2 583	2 307
85	90	90	92	92	90	86
162	162	161	161	160	160	159
132	132	131	131	130	130	130
15 184	15 652	13 761	15 256	17 231	13 850	14 738
379	454	390	400	407	438	391
160	175	168	168	162	182	165
2 061	2 018	1 925	2 069	2 063	1 815	1 689
250	307	295	239	258	273	210
125	126	121	114	125	109	113
104	104	105	100	102	101	102
525	525	527	526	524	524	525
352	353	354	352	351	351	351
50 885	50 562	46 473	47 963	51 876	47 385	48 139
1 158	1 261	1 154r	1 133	1 154	1 229	1 243
858	957	895r	868	896	983	947
14 961	14 953	14 435r	13 172	14 242	12 753	13 037
4 790	4 757	4 636r	4 189	4 599	3 917	4 123
127	127	118	136	136	116	131
106	107	114	113	112	121	118
830	832	836	855	855	856	858
568	570	574	588	588	588	591
83 277	82 727	75 123r	80 633	89 250	78 254	82 100
1 634	1 733	1 679	1 661	1 715	1 822	1 850
1 181	1 242	1 311r	1 225	1 216	1 266	1 413
11 058	11 147	10 966r	11 569	13 031	11 186	13 010
4 241	4 236	4 167r	4 311	4 893	4 228	4 980
122	111	99	128	128	105	108
102	100	104	106	101	102	101
315	315	316	316	316	315	315
233	233	234	234	234	233	233
33 622	33 462	30 397	32 573	35 612	30 746	32 119
588	641	612	594	619	633	655
313	331	352	317	321	336	364
4 465	4 321	4 101	4 628	4 858	4 120	4 482
926	898	896	1 027	1 019	869	988
107	111	116	107	104	122	112
100	101	102	100	100	100	102
65	65	67	65	65	65	66
9 908	10 060	9 513	9 464	10 246	9 534	9 889
166	182	171	162	169	183	176
130	144	137	130	132	145	139
2 797	2 870	2 722r	2 640	2 891	2 863	2 861
210	193	211	205	222	201	201
.	.	94,9	91,6	.	.	92,3
.	.	124,1	105,8	.	.	127,3

(für das Berichtsquartal) erhoben. — 2) eine t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraun-Berichtsquartals

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1984	1985
			Monatsdurchschnitt	
Öffentliche Energieversorgung				
1	* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	11 828	11 167
2	* Stromverbrauch (einschl. Verlusten)	"	9 836	9 997
3	Stromabgabe der industriellen Eigenanlagen an Fremde	"	1 877	1 814
Bauhauptgewerbe				
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)				
4	* Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ¹⁾	Anzahl	251 343	234 019
5	* geleistete Arbeitsstunden	1 000	27 973	24 256
6	* darunter für Wohnungsbauten	"	11 593	8 470
7	* gewerbliche und industrielle Bauten ²⁾	"	8 624	8 499
8	* Verkehrs- und öffentliche Bauten	"	7 757	7 286
9	* Löhne (brutto)	Mill. DM	605,8	540,5
10	* Gehälter (brutto)	"	140,3	136,3
11	* baugewerblicher Umsatz (ohne MWSt.)	"	2 076,7	1 858,8
Bautätigkeit und Wohnungswesen				
Baugenehmigungen				
12	* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	2 761	2 292
13	* darunter mit 1 und 2 Wohnungen	"	2 359	2 074
14	* Rauminhalt	1 000 m ³	3 193	2 321
15	* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 DM	1 015 365	724 340
16	* Wohnfläche	1 000 m ²	551	397
17	* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	430	407
18	* Rauminhalt	1 000 m ³	2 181	2 127
19	* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 DM	423 105	374 397
20	* Nutzfläche	1 000 m ²	360	352
21	* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	6 898	4 701
Handel und Gastgewerbe				
22	* Index der Umsätze im Einzelhandel ³⁾	1980 = 100	109,5	112,1
davon des Einzelhandels mit				
23	Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	"	115,3	115,7
24	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	"	103,3	109,2
25	Einrichtungsgegenständen (ohne elektronische und Haushaltsgroßgeräte)	"	102,4	100,4
26	elektrotechnischen Erzeugnissen, Haushaltsgroßgeräten, Musikinstrumenten	"	107,4	110,7
27	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	"	118,6	123,6
28	pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen, Reinigungsmitteln	"	114,5	120,0
29	Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankstellen)	"	121,0	122,7
30	Fahrzeugen, Fahrzeugteilen, -zubehör und -reifen	"	122,3	126,8
31	sonstigen Waren, Waren verschiedener Art ⁴⁾	"	101,0	104,0
32	Index der Umsätze im Großhandel ⁵⁾	1980 = 100	115,6	120,9
davon des Großhandels mit				
33	Rohstoffen und Halbwaren	"	116,5	123,4
34	Fertigwaren	"	114,3	117,2
35	* Index der Umsätze im Gastgewerbe ³⁾	1980 = 100	108,1	108,2
36	davon Beherbergungsgewerbe	"	114,1	115,4
37	Gaststättengewerbe	"	106,2	105,6
38	Kantinen	"	115,6	123,0
Handel mit der DDR und Berlin (Ost)				
39	Bezüge Nordrhein-Westfalens	1 000 DM	182 534	173 385
40	Lieferungen Nordrhein-Westfalens	"	156 534	190 994
Ausfuhr insgesamt				
41	* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	10 838,7	11 995,2
42	* davon Güter der Ernährungswirtschaft	"	308,2	337,8
43	* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	10 530,5	11 659,9
44	* davon Rohstoffe	"	318,4	313,6
45	* Halbwaren	"	1 112,9	1 150,1
46	* Fertigwaren	"	9 099,2	10 196,2
47	* davon Vorerzeugnisse	"	3 104,2	3 412,0
48	* Enderzeugnisse	"	5 995,0	6 784,2
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern				
49	Belgien und Luxemburg	Mill. DM	1 198,3	1 333,7
50	Dänemark	"	207,4	253,8
51	Frankreich	"	1 055,2	1 153,4
52	Griechenland	"	90,0	101,8
53	Großbritannien	"	897,7	1 049,9
54	Italien	"	687,8	769,8
55	Niederlande	"	1 229,6	1 337,5
56	Portugal	"	54,2	66,0
57	Republik Irland	"	55,3	68,1
58	Spanien	"	203,9	237,5

1) am Monatsende — 2) einschl. landwirtschaftlichen Baus — 3) einschl. Mehrwertsteuer; Berichtsmonat: vorläufige Ergebnisse; Vormonate: end vorläufige Ergebnisse; Vormonate: endgültige Ergebnisse

1985			1986			Lfd. Nr.
April	Mai	Juni	März	April	Mai	
10 724	10 207	9 237	12 651	11 653	9 495	1
10 292	9 128	8 965	10 693	10 315	8 865	2
1 714	1 709	1 609	1 870	1 789	1 478	3
234 062	233 167	235 562	218 844p	221 467p	223 303p	4
27 413	28 110	25 230	19 838p	26 958p	23 537p	5
10 440	10 557	9 324	6 420p	8 891p	7 874p	6
8 680	9 077	8 349	7 614p	9 402p	8 264p	7
8 293	8 476	7 557	5 804p	8 665p	7 399p	8
550,2	591,5	540,9	424,9p	527,0p	534,1p	9
126,5	131,4	137,9	127,8p	131,0p	138,6p	10
1 745,1	1 944,2	1 957,2	1 259,1p	1 656,2p	1 688,0p	11
3 235	2 080	2 691	1 834	2 388	2 681	12
2 925	1 880	2 456	1 699	2 252	2 494	13
3 365	2 127	2 706	1 771	2 266	2 530	14
1 041 785	664 069	854 025	555 231	711 771	797 921	15
574	358	454	297	384	426	16
430	375	450	317	357	418	17
2 098	1 466	1 890	1 584	2 422	2 273	18
333 124	233 140	311 169	271 702	472 316	404 645	19
353	236	319	266	382	375	20
6 906	4 203	5 202	3 428	4 366	4 705	21
112,8	111,3	102,0	112,6	118,9	115,1	22
117,2	118,0	109,3	116,0	118,2	121,7	23
111,3	109,0	87,1	105,7	118,3	115,2	24
98,1	97,4	86,0	100,2	103,2	91,9	25
98,0	94,2	87,1	101,6	109,0	95,4	26
108,0	107,1	103,1	112,0	122,5	103,4	27
116,3	118,7	114,8	121,6	122,6	121,5	28
122,8	126,7	112,8	107,6	111,9	115,1	29
146,9	135,5	130,5	151,8	167,1	146,3	30
99,2	99,1	93,2	98,5	103,4	102,6	31
122,8	123,7	114,5	108,0	121,1	105,3	32
124,3	128,1	119,3	100,1	112,5	96,7	33
120,5	117,2	107,5	119,5	133,8	118,0	34
103,1	117,7	109,0	103,0	109,0	125,6	35
101,0	129,1	121,9	109,9	123,0	157,2	36
102,9	114,5	105,6	100,6	104,4	118,1	37
120,0	125,0	111,7	116,7	130,3	113,7	38
171 704	170 732	180 291	177 717	176 990	179 792	39
173 444	203 773	160 597	178 303	186 635	157 983	40
11 985,8	12 663,0	11 493,1	11 971,2	13 196,0	10 667,8	41
323,8	375,1	307,0	306,6	366,7	273,6	42
11 662,0	12 287,9	11 186,1	11 664,6	12 829,3	10 394,2	43
321,0	340,5	340,8	251,9	296,1	248,5	44
1 286,5	1 266,2	1 125,5	933,4	1 024,7	869,5	45
10 054,5	10 681,2	9 719,8	10 479,3	11 508,5	9 276,2	46
3 444,6	3 718,5	3 271,8	3 176,0	3 706,6	2 991,2	47
6 609,9	6 962,7	6 448,0	7 303,3	7 801,9	6 285,0	48
1 412,2	1 480,9	1 333,9	1 538,4	1 508,3	1 173,3	49
233,3	253,0	232,8	254,8	288,1	218,0	50
1 190,4	1 212,5	1 127,0	1 234,3	1 367,8	1 053,1	51
104,2	105,8	106,4	81,7	103,3	88,7	52
1 017,4	1 068,7	1 031,1	1 062,5	1 112,5	957,3	53
782,9	862,5	788,0	809,4	946,4	750,8	54
1 393,6	1 379,9	1 250,6	1 335,8	1 511,1	1 207,4	55
76,2	73,8	62,8	59,2	78,3	61,2	56
64,3	62,8	59,2	60,7	77,4	58,5	57
237,9	260,9	227,3	290,5	335,4	298,7	58

gültige Ergebnisse — 4) u. a. Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Versandhandel — 5) ohne Mehrwertsteuer; Berichtsmonat:

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1984	1985
			Monatsdurchschnitt	
	Noch: Handel und Gastgewerbe			
1	* EG-Länder zusammen	Mill. DM	5 421,2	6 062,5
2	EFTA-Länder zusammen	"	1 348,9	1 528,1
3	übrige Länder	"	4 068,7	4 407,0
	Fremdenverkehr¹⁾			
4	* Gästeankünfte	1 000	750	748
5	* darunter von Auslandsgästen	"	140	141
6	* Gästeübernachtungen	"	2 342	2 385
7	* darunter von Auslandsgästen	"	321	330
	Verkehr			
	Binnenschifffahrt			
8	Güterumschlag in den Binnenhäfen	1 000 t	11 639	11 086
9	* davon Gütereingang	"	6 615	6 592
10	* Güterversand	"	5 024	4 494
11	Güterdurchgang an der Grenzstelle Emmerich	1 000 t	11 415	10 860
12	davon Bergverkehr	"	7 484	7 418
13	Talverkehr	"	3 931	3 442
	Kraftfahrzeuge			
14	* Zulassungen bzw. Anmeldungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ²⁾	Anzahl	56 756	55 130
15	darunter Personenkraftwagen einschl. Kombinationskraftwagen	"	50 120	49 804
16	Lastkraftwagen	"	2 194	2 189
17	Krafträder einschl. Kraftroller und Leichtkrafträder	"	3 363	2 179
	Straßenverkehrsunfälle			
18	Unfälle insgesamt	Anzahl	40 111	41 010
19	* davon mit Personenschaden	"	7 812	6 783
20	mit nur Sachschaden	"	32 299	34 227
21	* getötete Personen	"	182	141
22	* verletzte Personen	"	9 864	8 502
23	darunter schwerverletzte Personen	"	2 956	2 445
	Deutsche Bundesbahn³⁾			
24	Güterempfang	1 000 t	7 366	7 180
25	Güterversand	"	9 307	9 190
26	Güterwagenstellung	1 000	340	333
	Deutsche Bundespost⁴⁾			
27	Briefsendungen	Mill.	239	368
28	Paketsendungen	1 000	4 727	4 627
29	abgehende Ferngespräche	Mill.	229	240
30	aufgegebene Telegramme	1 000	140	136
	Geld und Kredit			
	Kredite und Einlagen⁵⁾			
31	* Kredite an Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	407 144	421 981
32	* darunter Kredite an inländische Nichtbanken	"	398 767	413 403
33	* kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr einschl.)	"	89 864	89 364
34	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	88 049	86 974
35	* an öffentliche Haushalte	"	1 815	2 390
36	* mittelfristige Kredite (über 1 bis unter 4 Jahre)	"	40 333	38 485
37	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	36 033	34 301
38	* an öffentliche Haushalte	"	4 300	4 184
39	* langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	269 898	286 008
40	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	215 609	231 185
41	* an öffentliche Haushalte	"	54 289	54 823
42	durchlaufende Kredite	"	7 049	8 124
43	an Unternehmen und Privatpersonen	"	6 447	7 228
44	an öffentliche Haushalte	"	602	896

1) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten; ohne Campingplätze — 2) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt — 3) Ergebnisse für die Bereiche Angaben umfassen die in NW gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentral Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter.

1985			1986				Lfd. Nr.
April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
6 198,3	6 426,1	5 929,0	6 727,3	7 328,7	5 866,0	6 884,1	1
1 488,2	1 566,8	1 534,6	1 579,1	1 838,9	1 510,8	1 666,7	2
4 299,3	4 670,1	4 029,5	3 664,7	4 028,4	3 291,0	3 561,2	3
720	950	788	667	791	909	844	4
121	167	167	118	141	184	145	5
2 231	2 858	2 750	2 124	2 297	2 923	2 742	6
258	356	382	278	325	515	333	7
12 163	11 733	11 669	10 244	12 652	10 981	11 630	8
7 021	6 940	6 985	6 159	7 274	6 667	6 561	9
5 142	4 793	4 684	4 085	5 378	4 314	5 079	10
11 088	12 168	13 247	11 516	12 910	13 170	...	11
7 120	8 124	8 887	8 281	8 745	8 989	...	12
3 968	4 044	4 360	3 235	4 165	4 181	...	13
69 831	61 529	54 615	72 261	82 552	65 659	66 880	14
61 025	54 563	48 724	65 035	74 469	59 011	60 700	15
2 463	2 325	2 274	2 085	3 115	2 309	2 406	16
5 174	3 579	2 658	3 926	3 846	3 323	2 742	17
38 101	39 653	39 976	37 402	43 747	43 546	42 825	18
6 781	8 150	7 696	5 616	6 839	8 706	8 721	19
31 320	31 503	32 280	31 786	36 908	34 840	34 104	20
154	171	158	137	114	151	153	21
8 518	10 065	9 862	7 090	8 558	10 933	11 023	22
2 566	2 992	2 774	1 985	2 408	3 185	3 171	23
7 250	7 160	6 896	7 113	7 690	6 392	6 654	24
9 259	9 400	8 901	9 028	9 626	8 176	8 263	25
333	337	316	310	335	287	293	26
360	359	324	241	271	218	236	27
4 590	4 147	3 462	4 492	4 776	3 606	3 706	28
241	245	245	249	250	259	243	29
140	153	135	122	140	146	135	30
411 538	410 382	414 971	421 730	421 419	421 606	424 765	31
403 501	402 240	406 758	413 457	412 940	413 188	416 438	32
90 734	88 484	92 745	88 993	87 918	86 945	89 647	33
87 928	86 813	90 099	87 656	85 847	85 671	86 802	34
2 806	1 671	2 646	1 337	2 071	1 274	2 845	35
38 439	38 540	38 589	37 152	37 370	36 960	36 726	36
34 373	34 368	34 513	33 693	33 788	33 400	33 274	37
4 066	4 172	4 076	3 459	3 582	3 560	3 452	38
274 918	275 867	276 115	287 373	287 834	289 303	289 957	39
220 431	221 454	222 085	233 518	234 311	235 552	236 781	40
54 487	54 413	54 030	53 855	53 523	53 751	53 176	41
7 447	7 491	7 522	8 212	8 297	8 398	8 435	42
6 788	6 823	6 844	7 212	7 279	7 321	7 315	43
659	668	678	1 000	1 018	1 077	1 120	44

der DB-Direktionen Essen und Köln — 4) Ergebnisse für die Bereiche der Oberpostdirektionen Dortmund, Düsseldorf, Köln und Münster — 5) Die bank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) und bis Dezember 1985 ohne die Kreditgenossenschaften, deren

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1984	1985
			Monatsdurchschnitt	
Noch: Geld und Kredit				
1	* Einlagen und aufgenommene Gelder ¹⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	348 765	366 837
2	* Sichteinlagen und Termingelder ¹⁾	"	202 385	212 770
3	* von Unternehmen und Privatpersonen	"	166 313	174 510
4	* von öffentlichen Haushalten	"	36 072	38 260
5	* Spareinlagen	"	146 380	154 067
6	* bei Sparkassen	"	89 259	93 990
7	* Gutschriften auf Sparkonten (einschl. Zinsgutschriften)	"	8 900	9 422
8	* Belastungen auf Sparkonten	"	8 476	8 783
Zahlungsschwierigkeiten				
9	* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	420	478
10	* Vergleichsverfahren	"	2	3
11	* Wechselproteste (ohne die bei der Post)	"	4 274	4 208
12	* Wechselsumme	Mill. DM	34	36
Sozialleistungen				
13	Wohngeldempfänger	Anzahl	470 202	463 137
14	davon Empfänger von Mietzuschuß	"	449 079	443 080
15	von Lastenzuschuß	"	21 124	20 060
16	Wohngeldanspruch je Fall	DM	119	122
17	Mietzuschuß je Fall	"	118	121
18	Lastenzuschuß je Fall	"	140	139
Gesetzliche Krankenversicherung ²⁾ (ohne mitversicherte Familienangehörige)				
19	Mitglieder insgesamt	1 000	9 834	9 865
20	darunter Pflichtmitglieder	"	5 620	5 665
21	Rentner und Rentenantragsteller	"	2 930	2 950
Steueraufkommen nach Steuerarten				
22	* Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	7 639,0	7 989,3
23	* Steuern vom Einkommen	"	4 487,4	4 861,6
24	* Lohnsteuer ³⁾	"	3 160,7	3 428,7
25	* veranlagte Einkommensteuer	"	688,9	725,0
26	* nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	"	117,2	142,5
27	* Körperschaftsteuer ³⁾	"	520,5	565,4
28	* Steuern vom Umsatz	"	3 151,6	3 127,7
29	* Umsatzsteuer	"	1 465,4	1 330,5
30	* Einfuhrumsatzsteuer	"	1 686,3	1 797,2
31	* Bundessteuern	"	1 194,1	1 246,7
32	darunter Ergänzungsabgaben	"	0,2	0,4
33	* Zölle	"	119,4	120,9
34	* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	"	991,7	1 030,2
35	darunter Mineralölsteuer	"	558,6	612,7
36	* Landessteuern ⁴⁾	"	391,6	394,0
37	* darunter Vermögensteuer	"	102,0	100,7
38	* Kraftfahrzeugsteuer	"	161,6	161,2
39	* Biersteuer	"	32,2	31,9
40	* Gemeindesteuern ⁴⁾⁵⁾	"	2 643,6	2 756,4
41	* darunter Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	1 990,3	2 105,4
42	* Grundsteuer A	"	13,0	13,4
43	* Grundsteuer B	"	461,1	475,0
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ⁴⁾				
44	* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	15 780,8	16 394,5
45	* darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	5 864,9	6 357,8
46	* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	6 193,0	6 145,9
47	* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	140,7	150,7
48	* Steuereinnahmen des Landes	"	9 793,2	10 280,6
49	* darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	5 864,9	6 357,8
50	* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	2 612,9	2 590,2
51	* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	140,7	150,7
52	* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	"	4 094,6	4 324,1
53	* darunter Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	"	1 732,4	1 869,1
54	* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁶⁾	"	1 708,9	1 804,0

1) einschl. durchlaufender Kredite, Sparbriefen, Inhaber-Sparschuldverschreibungen, Sparkassenobligationen u. ä. — 2) Anmerkungen und weitere
ern) einschl. 5/14 (9/14) des Aufkommens an der Grunderwerbsteuer — 5) statt Monatsdurchschnitt 1984 bzw. 1985: Vierteljahresdurchschnitt

1985			1986				Lfd. Nr.
April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
345 169	346 344	347 914	365 005	365 604	367 331	370 937	1
198 191	199 571	201 182	208 356	208 239	209 631	212 688	2
161 956	162 018	162 984	170 151	170 408	169 883	172 802	3
36 235	37 553	38 198	38 205	37 831	39 748	39 886	4
146 978	146 773	146 732	156 649	157 365	157 700	158 249	5
89 990	89 838	89 718	94 383	94 553	94 677	94 843	6
8 305	7 915	7 211	8 629	10 057	7 330	7 958	7
8 419	8 120	7 252	8 009	9 341	6 995	7 410	8
476	434	571	585	501	406	548	9
2	3	3	2	1	—	4	10
4 751	4 473	4 151	3 935	5 024	3 831	3 465	11
40	38	33	37	37	31	27	12
461 139	478 647	468 935	471 509	508 587	533 564	536 744	13
440 640	457 202	447 902	449 631	482 533	505 010	507 106	14
20 499	21 445	21 033	21 878	26 054	28 554	29 638	15
122	123	123	136	139	141	141	16
121	122	122	135	138	139	140	17
141	141	140	163	165	166	166	18
9 827	9 827	9 823	9 895	9 881	9 882	9 881	19
5 624	5 622	5 617	5 692	5 686	5 686	5 683	20
2 947	2 949	2 950	2 958	2 958	2 959	2 960	21
5 930,6	5 996,0	10 665,7	9 675,0	6 368,8	5 816,5	11 118,7	22
2 745,1	2 901,1	7 477,3	6 736,5	3 612,1	2 583,8	7 817,4	23
2 934,7	2 804,9	3 572,7	2 772,5	3 046,2	2 842,5	3 625,8	24
—474,8	—233,9	2 283,7	1 962,3	—451,0	—228,4	2 170,5	25
159,0	67,3	161,3	167,2	872,1	63,0	230,3	26
126,2	262,8	1 459,6	1 834,5	144,8	—93,3	1 790,9	27
3 185,5	3 094,9	3 188,4	2 938,5	2 756,8	3 232,7	3 301,2	28
1 186,6	1 325,4	1 413,7	1 249,5	1 028,1	1 560,9	1 673,1	29
1 998,9	1 769,5	1 774,7	1 689,0	1 728,7	1 671,8	1 628,1	30
1 119,9	1 179,9	1 282,6	1 069,5	1 389,6	1 170,7	1 361,4	31
0,3	0,1	0,2	0	0,1	0,1	—1,1	32
145,0	116,7	115,1	120,0	120,1	124,8	112,6	33
903,5	981,2	1 108,1	840,4	1 187,6	940,8	1 179,8	34
494,1	581,8	641,2	390,4	782,6	556,3	772,5	35
381,7	541,5	321,9	259,5	507,1	615,3	422,1	36
43,9	248,4	27,4	19,3	6,1	258,0	11,0	37
217,1	181,7	175,0	116,4	369,3	210,3	282,9	38
29,0	32,4	37,4	24,2	25,3	34,7	38,4	39
.	.	2 706,5	2 850,3	.	.	2 921,2	40
.	.	2 058,6	2 198,4	.	.	2 223,5	41
.	.	13,8	13,8	.	.	14,6	42
.	.	471,1	456,1	.	.	515,1	43
.	.	15 677,4	15 038,9	.	.	16 291,7	44
.	.	5 745,2	6 382,4	.	.	6 181,2	45
.	.	6 202,1	5 916,7	.	.	6 039,0	46
.	.	147,6	4,0	.	.	149,9	47
.	.	9 636,6	10 165,1	.	.	10 429,0	48
.	.	5 745,2	6 382,4	.	.	6 181,2	49
.	.	2 498,6	2 734,8	.	.	2 553,4	50
.	.	147,6	4,0	.	.	149,9	51
.	.	4 044,4	4 660,9	.	.	4 272,3	52
.	.	1 633,1	1 818,7	.	.	1 650,8	53
.	.	1 763,3	2 190,4	.	.	1 923,8	54

Merkmale auf der letzten Seite — 3) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung — 4) Landessteuern (Gemeindesteuern — 6) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1984	1985
			Monatsdurchschnitt	
	Preise			
	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte			
1	* Gesamtlebenshaltung	1980 = 100	118,4	120,9
2	* darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	"	115,3	115,9
3	Wohnungsmieten ¹⁾ , Energie	"	122,5	126,4
4	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter			
	für die Haushaltsführung	"	115,6	117,2
5	Bekleidung, Schuhe	"	117,1	120,0
	Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmer- haushalten mit mittlerem Einkommen			
6	Gesamtlebenshaltung	1980 = 100	118,4	120,9
7	darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	"	115,0	115,6
8	Wohnungsmieten ¹⁾ , Energie	"	122,6	126,6
9	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter			
	für die Haushaltsführung	"	115,5	117,2
10	Bekleidung, Schuhe	"	117,6	120,7
	Preisindex ²⁾ für Wohngebäude			
11	* Bauleistungen am Bauwerk	1980 = 100	114,4	114,8
12	davon Rohbauarbeiten	"	111,3	110,7
13	Ausbauarbeiten	"	118,7	120,8
14	Preisindex ²⁾ für gemischt genutzte Gebäude	"	114,9	115,5
15	für Bürogebäude	"	115,9	116,9
16	für gewerbliche Betriebsgebäude	"	116,2	116,8
17	Preisindex für den Straßenbau ²⁾	"	100,6	102,1
	Löhne und Gehälter			
	Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau ³⁾			
	Bruttowochenverdienste			
18	* männliche Arbeiter	DM	694	719
19	* darunter Facharbeiter	"	732	760
20	* weibliche Arbeiter	"	473	491
21	* darunter Hilfsarbeiter	"	461	478
	Bruttostundenverdienste			
22	* männliche Arbeiter	DM	16,70	17,42
23	* darunter Facharbeiter	"	17,66	18,39
24	* weibliche Arbeiter	"	11,82	12,40
25	* darunter Hilfsarbeiter	"	11,48	12,10
	bezahlte Wochenarbeitszeit			
26	männliche Arbeiter	h	41,5	41,3
27	weibliche Arbeiter	"	40,0	39,6
	Angestellte, Bruttomonatsverdienste ³⁾			
	in Industrie und Hoch- und Tiefbau			
	kaufmännische Angestellte			
28	* männlich	DM	4 253	4 428
29	* weiblich	"	2 922	3 030
	technische Angestellte			
30	* männlich	DM	4 450	4 649
31	* weiblich	"	2 998	3 101
	in Handel, Kredit und Versicherungen			
	kaufmännische Angestellte			
32	* männlich	DM	3 485	3 644
33	* weiblich	"	2 358	2 468
	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen			
34	Gesamtindikator der konjunkturellen Entwicklung ⁴⁾		-0,5	+0,1

1) einschl. Wasserverbrauch in den Wohnungen — 2) statt Monatsdurchschnitt 1984 bzw. 1985: Vierteljahresdurchschnitt — 3) mit der jeweiligen von 10 konjunkturabhängigen Einzelreihen (Glättung der Vormonatwerte; zum Ermittlungsverfahren vgl. Stat. Rundschau NW, Heft 11/83.)

1985			1986				Lfd. Nr.
April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
121,0	121,1	121,2	120,8	120,7	120,5	120,7	1
117,1	117,2	116,9	116,8	117,3	117,5	117,7	2
126,4	125,8	125,5	124,8	124,2	123,1	122,4	3
117,0	117,1	117,2	118,3	118,3	118,2	118,4	4
119,7	119,8	119,8	121,7	121,9	122,0	122,1	5
121,0	121,2	121,3	120,8	120,7	120,6	120,8	6
116,9	117,0	116,5	116,5	116,9	117,1	117,2	7
126,5	126,0	125,9	125,6	125,1	124,2	123,6	8
116,9	117,1	117,2	118,3	118,3	118,2	118,4	9
120,3	120,5	120,5	122,5	122,7	122,8	122,9	10
.	114,6	.	.	.	115,7	.	11
.	110,4	.	.	.	111,1	.	12
.	120,5	.	.	.	122,3	.	13
.	115,3	.	.	.	116,4	.	14
.	116,7	.	.	.	118,1	.	15
.	116,5	.	.	.	118,1	.	16
.	101,9	.	.	.	103,6	.	17
713	.	.	.	733	.	.	18
752	.	.	.	776	.	.	19
489	.	.	.	500	.	.	20
480	.	.	.	487	.	.	21
17,36	.	.	.	17,68	.	.	22
18,33	.	.	.	18,65	.	.	23
12,37	.	.	.	12,66	.	.	24
12,12	.	.	.	12,36	.	.	25
41,0	.	.	.	41,5	.	.	26
39,5	.	.	.	39,5	.	.	27
4 415	.	.	.	4 516	.	.	28
3 020	.	.	.	3 084	.	.	29
4 616	.	.	.	4 729	.	.	30
3 073	.	.	.	3 149	.	.	31
3 638	.	.	.	3 786	.	.	32
2 463	.	.	.	2 533	.	.	33
-0	+0,1	+0,1	+0,5	+0,6	+0,7	+0,8	34

Anzahl der Beschäftigten gewichteter Durchschnitt der 4 Erhebungsmonate Januar, April, Juli und Oktober — 4) faktorenanalytische Verknüpfung

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für das Bundesgebiet

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1984	1985
			Monats- oder Jahresdurchschnitt bzw. Stichtag	
	Bevölkerung			
1	Wohnbevölkerung ¹⁾	1 000	61 049	...
2	Eheschließungen	je 1 000 der	5,9	6,0p
3	Lebendgeborene	Bevölkerung	9,5	9,6p
4	Gestorbene	und 1 Jahr	11,3	11,5p
	Erwerbstätigkeit			
5	Erwerbstätige	1 000	25 352p	25 531p
6	Arbeitslose ¹⁾	"	2 266	2 304
	Landwirtschaft			
7	Gewerbl. Schlachtungen, Schlachtmenge	1 000 t	387	387
8	Milcherzeugung	"	2 179	2 140
	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe			
9	Beschäftigte	1 000	6 854	6 940
10	Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	653	659
11	Umsatz	Mill. DM	116 481	124 691
12	darunter Auslandsumsatz	"	33 544	37 006
13	Index der Nettoproduktion	1980 = 100	98,6	103,7
	Bauhauptgewerbe			
14	Bauhauptgewerbe, alle Betriebe			
15	Beschäftigte	1 000	1 106	1 026
16	geleistete Arbeitsstunden	Mill.	122	106
	darunter für Wohnungsbau	"	52	40
	Handel			
17	Einzelhandel			
	Umsatz insgesamt	1980 = 100	111,3	114,0
18	Warenverkehr mit Berlin (West)			
19	Bezüge	Mill. DM	2 924	3 137
20	Lieferungen	"	2 174	2 307
21	Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost)			
22	Bezüge	Mill. DM	645	636
23	Lieferungen	"	534	659
24	Außenhandel			
25	Einfuhr	Mill. DM	36 188	38 651
26	Ausfuhr	"	40 685	44 764
	Verkehr			
27	Beförderte Güter			
28	Eisenbahnen ²⁾	1 000 t	27 482	27 884
29	Binnenschifffahrt	"	19 707	18 534
30	Seeschifffahrt	"	11 026	11 528p
31	Beförderte Personen			
32	Eisenbahnen ²⁾	Mill.	90,5	92,0
	Geld und Kredit			
33	Bargeldumlauf ¹⁾	Mrd. DM	99,8	104,2p
34	Spareinlagen ¹⁾	"	568,8	601,6p
35	Kredite an			
36	Unternehmen und Privatpersonen ¹⁾	Mrd. DM	1 468,8	1 548,2p
37	öffentliche Haushalte ¹⁾	"	446,8	465,8
	Steuern			
38	Einnahmen aus Steuern insgesamt	Mill. DM	29 789	31 303
39	Steuern vom Einkommen	"	16 218	17 854
40	Lohnsteuer	"	11 363	12 303
41	veranlagte Einkommensteuer	"	2 197	2 381
42	nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	466	517
43	Körperschaftsteuer	"	2 193	2 653
44	Bundessteuern	"	4 505	4 586
45	Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	"	4 222	4 264
46	Landessteuern	"	1 548	1 540
	Preise			
47	Preisindex ausgewählter Grundstoffe	1980 = 100	121,2	122,1
48	Preisindex für Wohngebäude (Bauleistungen am Bauwerk)	1980 = 100	114,0	114,5
49	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	1980 = 100	119,2	121,8
50	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	1980 = 100	106,9	103,1
51	Preisindex für die Lebenshaltung			
52	aller privaten Haushalte	1980 = 100	118,4	121,0
53	von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen	"	118,4	120,9

1) Jahres- bzw. Monatsende — 2) Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs — — — Quelle: Statistisches Bundesamt

1985			1986				Lfd. Nr.
April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
61 010 4,7 9,9 11,7	61 011 10,3 9,8 11,4	61 015 7,6 9,2 10,6	... 4,1 9,3 13,6	... 5,0 11,0 12,3	... 10,2 9,9 10,7	... 8,0 10,5 11,2	1 2 3 4
2 305	25 424p 2 193	2 160	25 469p 2 448	25 601p 2 230	25 701p 2 122	25 780p 2 078p	5 6
394 2 273	403 2 452	348 2 306	364 2 225	441 2 334	400 2 507	398 2 381	7 8
6 873 672 124 345 37 381 104,8	6 884 663 126 520 37 042 103,2	6 907 615 120 797 36 296 105,0r	7 014 645 120 872 36 751 104,5	7 017 724 132 279 40 278 113,3	7 021 629 114 976 33 706 104,6	7 044 659 125 026 38 040 109,2	9 10 11 12 13
1 003 113 42	1 037 124 49	1 047r 117r 46r	923 78 29	984 122 44	1 000 109 40	14 15 16
115,3	114,3	104,8	115,4	122,7	117,3	...	17
2 918 2 296	3 022 2 303	3 015 2 132	2 987 2 245	3 287 2 442	2 877 2 116	3 060 2 220	18 19
631 608	623 627	600 599	550 607	567 629	552 534	519 529	20 21
39 504 45 001	39 425 46 890	36 603 42 116	35 285 43 726	39 940 49 989	32 571 40 632	34 470 44 395	22 23
27 733 20 475 11 915	27 984 20 875 11 782	26 702 21 270 11 521	26 280 17 026 11 437p	28 954 ... 11 610p 11 485p 11 137p	24 25 26
86,4	88,4	86,3	84,7	91,2	27
98,2 571,4	99,6 570,5	99,8 571,1	104,2 628,3	104,6 630,6	105,5 631,8	105,4p 633,3p	28 29
1 480,8 451,8	1 487,2 453,3	1 503,2r 454,0	1 579,2 461,0r	1 582,8 463,0	1 589,4 462,4	1 606,2p 460,7p	30 31
24 091 10 375 10 404 -1 048 515 503 4 198 3 925 1 439	24 690 10 726 10 740 -846 334 498 4 339 3 925 2 147	39 533 27 315 11 996 7 416 648 7 255 4 699 4 459 1 259	36 878 25 429 9 881 7 403 396 7 749 4 377 4 023 1 613	24 942 11 336 11 086 -1 152 1 356 45 4 558 4 236 1 824	26 224 11 235 11 034 -860 498 564 4 455 4 090 2 347	40 987p 28 281 12 401 7 284 771 7 825 4 712p 4 458p 1 602p	32 33 34 35 36 37 38 39 40
124,5 122,0 103,4	124,3 114,2 122,1 103,4	123,4 122,0 104,0	109,4 120,1 100,4	107,4 119,4 98,4	105,2 116,1 118,6 97,3	103,9 118,5 98,9p	41 42 43 44
121,1 121,1	121,2 121,3	121,3 121,3	121,0 121,0	120,9 121,0	120,9 120,9	121,1 121,2	45 46

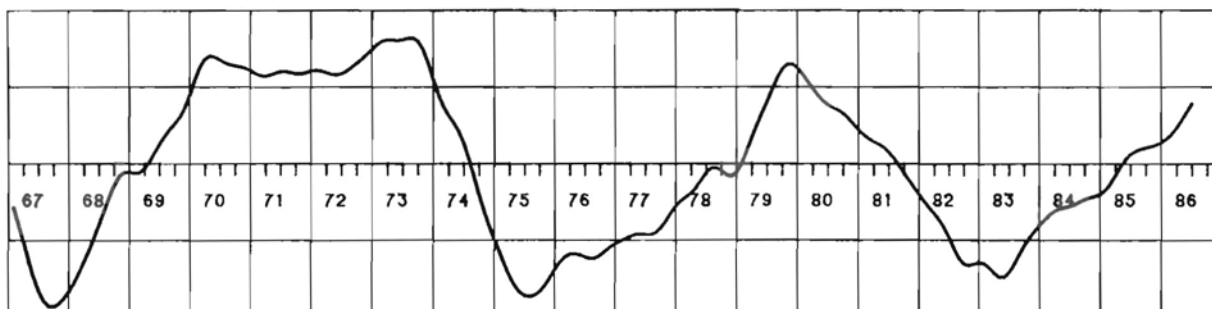
Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Ergänzende Daten zu Sozialleistungen

Merkmal	Einheit	1985	1986					
		Monats- durchschnitt	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
Gesetzliche Krankenversicherung¹⁾ (ohne mitversicherte Familienangehörige)								
Mitglieder insgesamt	1 000	9 865	9 894	9 893	9 895	9 881	9 882	9 881
darunter								
Pflichtmitglieder	"	5 665	5 701	5 692	5 692	5 686	5 686	5 683
darunter								
krankenversicherte Arbeitslose . . .	"	481	482	508	521	508	490	473
Rentner und Rentenantragsteller . . .	"	2 950	2 954	2 957	2 958	2 958	2 959	2 960
Altenteiler	"	50	49	49	49	49	49	49
Krankenstand der Pflichtmitglieder . .	%	4,68	3,92	5,16	6,95	4,79	4,77	4,32
Männer	"	5,00	4,15	5,41	7,14	5,04	5,07	4,61
Frauen	"	4,21	3,58	4,81	6,68	4,44	4,33	3,89
Darunter RVO-Kassen								
Ortskrankenkassen								
Mitglieder insgesamt	1 000	3 451	3 449	3 449	3 451	3 446	3 448	3 446
darunter								
Pflichtmitglieder	"	2 028	2 032	2 033	2 036	2 034	2 037	2 035
Rentner	"	1 232	1 226	1 225	1 224	1 222	1 221	1 221
Krankenstand der Pflichtmitglieder . .	%	5,00	3,84	5,56	7,05	4,92	5,13	5,13
Männer	"	4,94	3,82	5,43	6,81	4,83	5,02	5,02
Frauen	"	5,13	3,88	5,86	7,58	5,13	5,38	5,38
Innungskrankenkassen								
Mitglieder insgesamt	1 000	805	806	804	801	796	794	792
darunter								
Pflichtmitglieder	"	587	587	585	581	577	575	572
Rentner	"	149	149	150	150	150	150	150
Krankenstand der Pflichtmitglieder . .	%	4,02	3,57	4,41	5,74	4,26	4,17	3,90
Männer	"	4,19	3,68	4,57	5,85	4,42	4,33	4,05
Frauen	"	3,37	3,17	3,83	5,36	3,63	3,60	3,36
Betriebskrankenkassen ²⁾								
Mitglieder insgesamt	1 000	1 263	1 271	1 269	1 270	1 269	1 270	1 271
darunter								
Pflichtmitglieder	"	721	726	724	724	724	724	725
Rentner	"	435	436	437	437	437	438	438
Krankenstand der Pflichtmitglieder . .	%	5,56	4,69	6,25	8,57	5,41	5,69	4,97
Männer	"	5,61	4,71	6,29	8,55	5,46	5,76	5,07
Frauen	"	5,40	4,62	6,13	8,62	5,26	5,49	4,67

1) einschl. bundesunmittelbarer Betriebskrankenkassen mit Verwaltungssitz in NW sowie Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundespost, Bundesbahn, des Bundesverkehrsministeriums, Bundesknappschaft, Krankenkasse der rheinischen Landwirtschaft und der Krankenkasse für den Gartenbau mit Anteil Nordrhein-Westfalens — 2) einschl. bundesunmittelbarer Betriebskrankenkassen mit Verwaltungssitz in NW

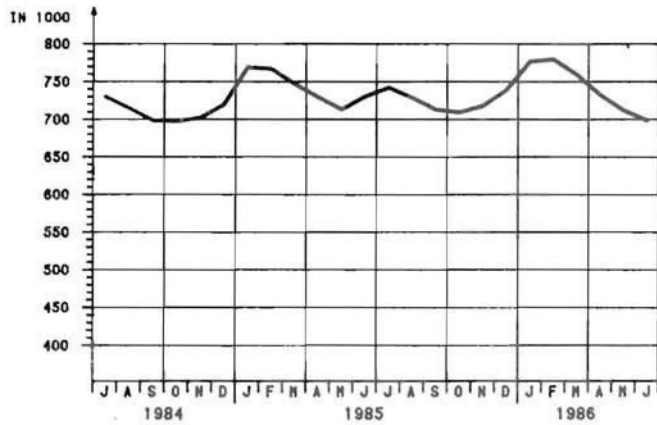
MONATLICHER GESAMTINDIKATOR DER KONJUNKTURELLEN ENTWICKLUNG JANUAR 1967 BIS JUNI 1986



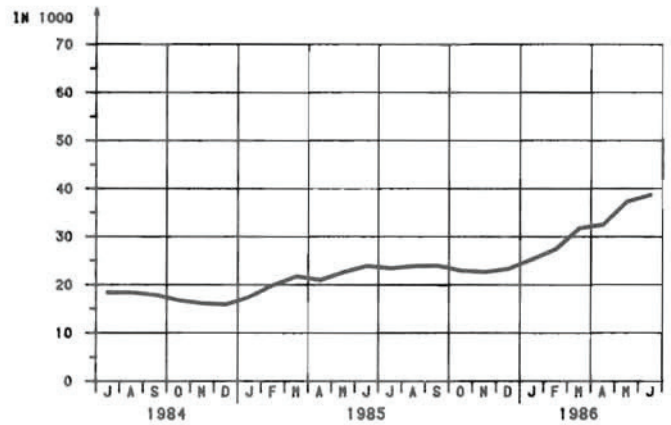
GRAFISCHE DATENVERARBEITUNG* LDS NW

ARBEITSMARKT, PREISE, LÖHNE, GEHÄLTER JULI 1984 BIS JUNI 1986

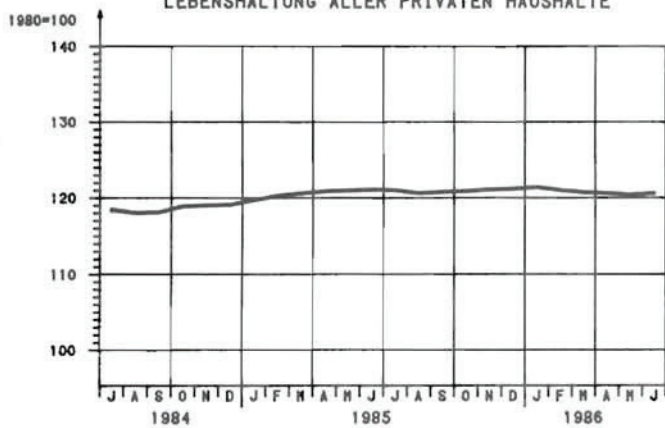
ARBEITSLOSE



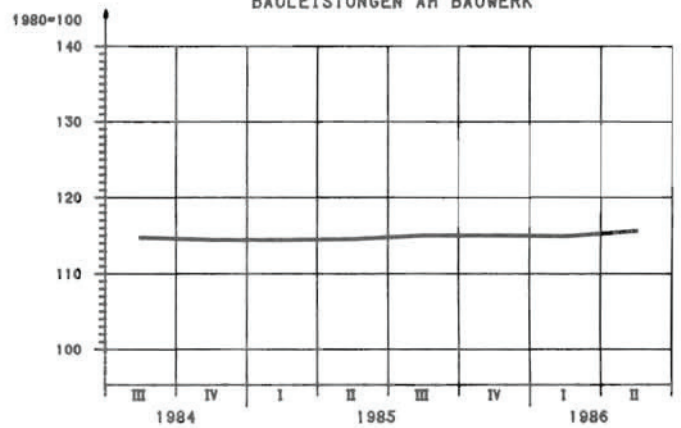
OFFENE STELLEN



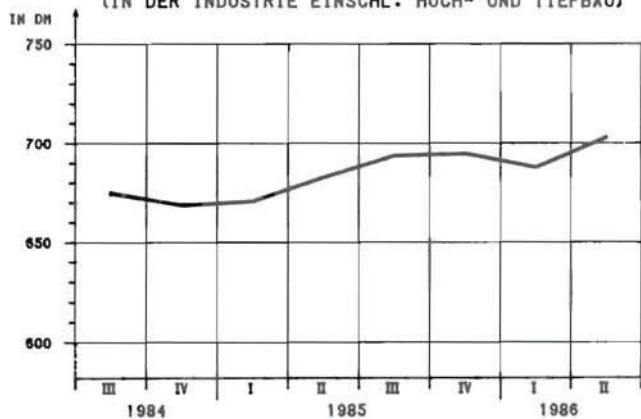
PREISINDEX FÜR DIE
LEBENSHALTUNG ALLER PRIVATEN HAUSHALTE



PREISINDEX FÜR WOHNGEBÄUDE,
BAULEISTUNGEN AM BAUWERK



BRUTTOWOCHENVERDIENST DER ARBEITER
(IN DER INDUSTRIE EINSCHL. HOCH- UND TIEFBAU)



BRUTTOMONATSVERDIENST DER ANGESTELLTEN
(IN DER INDUSTRIE EINSCHL. HOCH- UND TIEFBAU)

